

Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

13. Sitzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“

25. Februar 2011, 9:34 bis 14:35 Uhr

Anwesend

Vorsitzender Abg. Jürgen Banzer (CDU)

ordentliche Mitglieder:

stellvertretende Mitglieder:

CDU

Abg. Alexander Bauer
Abg. Patrick Burghardt
Abg. Ismail Tipi
Abg. Astrid Wallmann

SPD

Abg. Heike Habermann
Abg. Gerhard Merz

Abg. Nancy Faeser

FDP

Abg. Hans-Christian Mick

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Mürvet Öztürk
Abg. Kordula Schulz-Asche

DIE LINKE

Abg. Barbara Cárdenas

Sachverständige der Fraktionen

Birgit Simon
Dr. Stefan Luft
Marc Phillip Nogueira
Prof. Dr. Friedrich Heckmann

Fraktionsassistenten

| | | |
|------------|-------------------|----------------------------------|
| FraktAss | Pascal Schnitzler | (Fraktion der CDU) |
| FraktAssin | Lena Kreuzmann | (Fraktion der SPD) |
| Özgür | Sevim | (Fraktion der FDP) |
| FraktAssin | Pia Walch | (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| Tamina | Schilling | (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| FraktAssin | Simin Falsafi | (Fraktion DIE LINKE) |
| Jan | Schalauske | (Fraktion DIE LINKE) |

Sachverständige

Walter Fontaine (Sozial- und Jugendamt der Stadt Dietzenbach)
Prof. Dr. Walter Siebel (Universität Oldenburg)
Heike Hanhörster (Institut f. Landes- u. Stadtentwicklungsforschung, Dortmund)
Dr. Norbert Gestring (z. Z. Universität Frankfurt)
Dr. Andrey Holm (Universität Oldenburg)
Dr. Jan Hilligardt (Hessischer Landkreistag)
Dietmar Kolmer (Hessischer Städte- und Gemeindebund)
Lars Redert (Hessisches Statistisches Landesamt)

LandesregierungStaatskanzlei

RiLG Simon Trost

HMdJIE

ROR Lamm
RRin Addison-Agyei

Landtagskanzlei

RDirin Dr. Lindemann

Protokollierung: Sonja Samulowitz, Birgit Raddatz

Anhörung zu

Themenblock 11: Wohnraum

- Instrumente der Stadt- und Quartiersentwicklung für eine positive Zukunftsperspektive und eine verbesserte Integration sowie die Vermeidung von soziokultureller Segregation

Fragenkatalog

1. Wie wohnen Menschen mit Migrationshintergrund (Haushaltsgröße, Wohnungsgröße, Ausstattung, Wohnform) in Hessen? Wie lassen sich ihre Wohnbedingungen und -bedürfnisse charakterisieren, und wie unterscheiden sich diese von Menschen ohne Migrationshintergrund?
2. Gibt es migrationsspezifische Aspekte beim Zugang zum Wohnungsmarkt?
3. Welche Bedeutung kommt der Mietbelastung bzw. der Bildung von Wohneigentum bei Menschen mit Migrationshintergrund zu? Lassen sich Unterschiede zu Menschen ohne Migrationshintergrund ausmachen?
4. Können im Bereich Wohnraum Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen bzw. zwischen unterschiedlichem Aufenthaltsstatus und unterschiedlichen Aufenthaltsgründen ausgemacht werden?
5. Wo wohnen Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der hessischen Städte und Gemeinden? Wie sieht es mit der innerstädtischen räumlichen Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund aus? Worin liegen die Ursachen für räumliche Segregation?
6. Wie lassen sich die bestehenden Instrumente und Programme der Stadt- und Quartiersentwicklung bewerten (Kommunaler und sozialer Wohnungsbau, Städtebauförderung und Programm „Soziale Stadt“)? Welche Maßnahmen sind besonders geeignet bzw. angebracht, um eine positive Zukunftsperspektive für Menschen mit Migrationshintergrund und eine verbesserte Integration zu ermöglichen sowie soziokulturelle Segregation zu vermeiden?

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Insbesondere heiße ich unsere Sachverständigen willkommen. Ich danke Ihnen, dass Sie sich für dieses wichtige Thema Zeit genommen haben.

Wir fangen mit Herrn Fontaine vom Sozial- und Jugendamt der Stadt Dietzenbach an.

Herr **Fontaine**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst kurz vorstellen: Ich bin seit gut zwei Jahrzehnten Fachbereichsleiter Soziale Dienste der Stadt Dietzenbach. Weiterhin bin ich Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach, deren Gesellschafter die Kreisstadt Dietzenbach und die Nassauische Heimstätte sind. Diese Gesellschaft besitzt 92 Wohnungen in dem sozialen Problemgebiet „Östliches Spessartviertel“. Außerdem bin ich seit 1997 bei der Kreisstadt Dietzenbach für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ verantwortlich.

Ich möchte Ihnen ganz kurz die Gliederung meines Vortrags vorstellen: Zunächst möchte ich über das soziale Problemgebiet „Östliches Spessartviertel“ in Dietzenbach vor den Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ referieren. Danach möchte ich anhand einiger Bilder aus dem Jahre 1997 dokumentieren, wie das Gebiet vor der Sanierung aussah. Ich werde dann auf flankierende soziale Maßnahmen eingehen und anhand einiger Bilder zeigen, wie es derzeit in diesem Problemgebiet aussieht. Anschließend werde ich versuchen, eine Auswertung vorzunehmen, einen Ausblick zu geben und Empfehlungen auszusprechen.

Zum Gegenstand des Vortrags. Am Beispiel des bundesweit bekannten sozialen Problemgebiets „Östliches Spessartviertel“ – man kennt eher den Namen „Starkenburgring“ – soll dargestellt werden, wie eine räumliche, soziale und kulturelle Segregation entstehen kann, welche insbesondere baulichen Formen Segregation annehmen kann und welche Möglichkeiten es gibt, den oben angeführten Segregationsformen entgegenzuwirken.

Zunächst möchte ich Ihnen die Wohnanlage vorstellen: Die fünf Hochhäuser sind zwischen neun und 17 Stockwerke hoch: Zwei Häuser haben 17 Stockwerke, zwei 14, und ein Haus hat neun Stockwerke. Die Anlage umfasst insgesamt 1.019 Wohnungen. Auf einer Etage liegen bis zu 16 Wohnungen, die zwischen einem und vier Zimmern groß sind. Die Flure sind bis zu 30 m lange dunkle Sackgassen, in die aufgrund der Rundbebauung kein Tageslicht einfällt. Es gibt dort keine Gemeinschaftsräume.

Die Balkone wurden als Lagerfläche genutzt. Die Fahrstühle waren ständig defekt. Die Treppenhäuser waren vermüllt. Die Außenanlagen bestanden im Wesentlichen aus ungepflegten Grünflächen ohne jeglichen Gebrauchswert, die durch Zäune unterteilt waren. Es gab keine Verbindung der Häuser untereinander. Es gab nur einen kleinen, heruntergekommenen Spielplatz. Die Parkdecks standen mit ausgeschlachteten und ausgebrannten Autos voll. In dem Viertel fehlten Freizeit-, Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten. Es gab keine Anbindung über den öffentlichen Personennahverkehr an andere Stadtteile in Dietzenbach.

Die 1.019 Wohnungen gehörten ca. 750 verschiedenen Eigentümern aus ganz Deutschland und teilweise auch aus dem angrenzenden Ausland, die ihr Eigentum zu einem großen Teil an gewerbliche Mietverwalter abgegeben hatten, deren Maxime es war, Gewinne zu erwirtschaften. Viele dieser Eigentümer haben ihre Wohnungen kein einziges Mal gesehen.

In der Folge zogen viele Menschen, die ein geringes oder gar kein Einkommen hatten, in die Wohnungen, insbesondere Migranten aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet. Verdichtete Bebauung, ausschließliche Nutzung für Mieter, mietfreies Wohnen und ein starker Zuzug von Migranten aus bildungsfernen Schichten bildeten die Keimzelle der beginnenden räumlichen und sozialen Segregation.

Das „Östliche Spessartviertel“: Die Großwohnanlage wurde zwischen 1970 und 1974 im sogenannten Bauherrenmodell errichtet – im Gegensatz zu vielen anderen Großwohnsiedlungen also nicht im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, sondern als Anlage- und Abschreibungsobjekt. Somit waren die Eigentümer verpflichtet, die Wohnungen zehn Jahre lang über einen gewerblichen Zwischenvermieter zu vermarkten. Die Wohnanlage war wegen der damaligen Wirtschaftskrise schlecht zu vermarkten. Um Leerstand zu verhindern, vermieteten einige Eigentümer ein paar Monate mietfrei.

Nun möchte ich Ihnen kurz die Menschen im Quartier und die Sozialstruktur vorstellen: Circa 3.500 Menschen wohnten in den fünf Hochhäusern, davon ungefähr 1.500 Kinder und Jugendliche. Circa 96 % der Menschen haben einen Migrationshintergrund. Die beiden größten Einwanderergruppen stammen aus der Türkei und aus Marokko. Viele Bewohner sind aus eher ländlichen und als bildungsfern definierten Milieus zugewandert.

Eine hohe Arbeitslosigkeit und der Bezug finanzieller Transferleistungen kennzeichnen die Lage im Quartier. Laut Bericht der Sozialplanung des Kreises Offenbach vom 29.01.2007 beziehen ca. 25 % der Bewohner staatliche Hilfen. Fast ein Drittel hiervon waren Kinder unter 13 Jahren. Arme oder potenziell von Armut betroffene Personen konzentrieren sich in hohem Maße in dem Quartier, weshalb man hier von einem räumlich und sozial segregierten Quartier sprechen kann.

Ich möchte jetzt die Probleme und die Verwahrlosungserscheinungen auflisten, die in den Neunzigerjahren in der Wohnanlage zu verzeichnen waren: Die Wohnanlage und das gesamte Wohnumfeld waren Mitte der Neunzigerjahre von Verwahrlosung gekennzeichnet. Die verdreckten Müllbehälter wurden, teilweise aus Angst vor Schaben und Kakerlaken, nicht benutzt. Stattdessen wurde der Müll über Balkone und Fenster entsorgt. Die Kellerverschläge brannten oft. In leeren Wohnungen und im Keller übernachteten Obdachlose und illegal beschäftigte Bauarbeiter, meist aus Osteuropa.

Auf den zweigeschossigen Parkdecks hinter den Hochhäusern standen Dutzende von ausgeschlachteten und ausgebrannten Autos. Sperrmüll wurde dort gelagert. Die Vandalismusschäden waren erheblich: Glasscheiben wurden eingeschlagen, Briefkästen eingetreten, und die Feuerlöscher in den Fluren wurden beschädigt oder gestohlen. Die Kriminalitätsrate, besonders unter Jugendlichen, war enorm hoch.

Infolge der zunehmenden Verwahrlosung zog Mitte der Neunzigerjahre fast ein Drittel der Bewohner weg. Der Leerstand der Wohnungen wuchs beträchtlich: Es gab etwa 200 leer stehende Wohnungen, was 20 % des Wohnungsbestands entspricht.

Die Nebenkosten stiegen für die Mieter Mitte der Neunzigerjahre auf 12 DM/m², was nahezu einer zweiten Miete entsprach. Viele Eigentümer und viele Mieter waren nicht mehr liquide, und es konnte in der Wohnanlage nicht mehr zwecks dringend erforderlicher Sanierungsmaßnahmen investiert werden. Die Folge war ein weiterer Verfall der Wohnanlage und des Wohnumfelds. Die Abwärtsspirale des Quartiers war nicht mehr zu übersehen, und die Dietzenbacher Bevölkerung mied es immer stärker. Das Wohnquartier war von der restlichen Stadt nahezu abgehängt.

Jetzt möchte ich Ihnen anhand einiger Bilder zeigen, wo sich das Ganze abspielte und noch abspielt.

(Präsentation Fontaine siehe Anlage 1 – Folie 15: „Luftbilddaufnahme ‚Östliches Spessartviertel‘“)

Hinten sehen Sie die fünf Hochhäuser: zwei 17-geschossige, zwei 14-geschossige und ein neugeschossiges.

(Fontaine Folie 16: „Luftbildaufnahme ‚Östliches Spessartviertel‘ vor dem Hintergrund der ursprünglichen Kernstadt“)

So sieht das Ganze vor dem Hintergrund der ursprünglichen Kernstadt aus.

(Fontaine Folie 18: „Balkon statt Keller als Aufenthaltsort“)

Einige Impressionen: Balkon statt Keller als Aufenthaltsort.

(Fontaine Folie 19: „Defekte Klingelanlagen“)

Die Klingelanlagen waren in allen Häusern komplett demoliert. Keine einzige Klingel funktionierte mehr.

(Fontaine Folie 20: „Defekte Briefkastenanlagen“)

Sämtliche Briefkastenanlagen waren kaputt. Die Post war nicht mehr zuzustellen.

(Fontaine Folie 21: „Defekte Hintertüren“)

So sahen die Hintertüren aus.

(Fontaine Folie 22: „67 dunkle und verdreckte Flure“)

Die 67 Flure waren zumeist verdreckt und absolut dunkel. Wenn Sie sich die Decke anschauen, stellen Sie fest, dass von dort Versorgungsleitungen herunterhängen. Die konnten von Jugendlichen mit den Händen heruntergerissen werden. Hier bestand auch eine erhebliche Gefahr.

(Fontaine Folie 23: „Treppengang“, Folie 24: „Treppengänge“ und Folie 25: „Eingangsbereich und Hintertür“)

Die Treppengänge waren völlig verwahrlost, wie man anhand dieser Bilder erkennen kann.

(Fontaine Folie 26: „Störanfällige Aufzüge“)

Die Aufzüge der Anlage waren ständig defekt. In diesen Hochhäusern sind die Aufzüge das Herz der Anlage. Wenn man Mitte der Neunzigerjahre erlebt hat, wie zu den Kernzeiten – 13 bis 13:30 Uhr – 40, 50 oder 60 Kinder, die aus der Schule nach Hause gekommen waren, vor den Aufzügen standen, die nicht funktionierten, oder wenn man das Pech hatte, irgendwo zwischen dem 16. und dem 17. Stockwerk eine halbe Stunde mit dem Lift stecken zu bleiben und mit zehn bis 15 Leuten sowie einigen Hunden festzusitzen, weiß man, wie schwierig die Situation dort war. Die Aufzüge waren ständig defekt.

(Fontaine Folie 27: „Außenanlage und Parkdeck“)

So sahen die Außenanlagen und die Parkdecks aus. Ich habe eben von den ausgebrannten und ausgeschlachteten Autos gesprochen. Hier erhält man einen kleinen

Überblick darüber, wie es aussah. Wie unschwer zu erkennen ist, war das Außengelände völlig verdreckt und hatte überhaupt keinen Spielwert mehr.

(Fontaine Folie 28: „Außenanlage und Müllbehälter“)

Der Müll wurde überall gelagert – meist nicht dort, wohin er gehörte. So sah es größtenteils aus.

Zu den Folgen der Segregation: Ein wesentliches Kriterium für eine gesellschaftliche Integration ist die Einbindung in den Arbeitsmarkt. Da diese nur schwach entwickelt ist, auch aufgrund des relativ niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveaus, kommt der Bildung eine zentrale Rolle zu, zumal es teilweise erhebliche Sprachdefizite gibt. Wegen der beengten Wohnverhältnisse und der damit einhergehenden eingeschränkten Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten haben die Kinder verstärkt Probleme mit der Motorik und leiden unter Konzentrations- und Aufmerksamkeitsdefiziten. Mit fehlender Qualifikation und hoher Arbeitslosigkeit steigt das Risiko der Ausgrenzung, und somit sinkt die Chance auf eine gesellschaftliche Integration.

Ich möchte nun zu dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ kommen und kurz über die Sanierungsmaßnahmen in dessen Rahmen berichten. Die Stadt Dietzenbach ist im Jahr 1999 als eine der ersten hessischen Kommunen in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Es wurde in den ersten Jahren eine wesentliche Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen erreicht. Ich werde das nachher anhand einiger Bilder dokumentieren.

Zunächst einmal sind die Eingänge komplett neu gestaltet worden. Die Klingelanlagen wurden erneuert. Es wurden neue Briefkastenanlagen installiert. Die Foyers sind mit neuen Lichtbändern ausgestattet worden. Im Erdgeschoss wurden Concierge Räume eingerichtet, und in den Eingangsbereichen sowie in den Foyers wurden Videoüberwachungssysteme installiert. Durch diese Maßnahmen konnte der Vandalismus eingedämmt werden, und die Sicherheit in der Wohnanlage wurde stark verbessert.

Im Rahmen weiterer Sanierungsmaßnahmen wurden in den ersten drei Etagen der fünf Hochhäuser die Fußböden und die Decken erneuert sowie neue, hellere Lampen installiert. Die Wände wurden hell gestrichen. Die ersten sieben der zwölf Aufzuganlagen wurden saniert.

Das Wohnumfeld wurde komplett umgestaltet. Dies war nur dadurch möglich, dass sich die Stadt Dietzenbach das Außengelände von der Eigentümergemeinschaft per Vertrag bis Ende 2013 übertragen ließ. Von 1999 bis 2013 ist also die Stadt für die Außenanlage verantwortlich. Das war die Voraussetzung, um überhaupt eine Umgestaltung vornehmen zu können und zu dürfen.

Das Wohnumfeld wurde 2001/2002 in einem Partizipationsverfahren unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen komplett umgestaltet. Die Zäune zwischen den Häusern wurden entfernt, und auf den so geschaffenen Freiflächen wurden kleine Hügel angelegt sowie Bäume und Sträucher gepflanzt. Neue Wege von Haus zu Haus wurden angelegt, und naturnahe Kinderspielflächen entstanden auf der gesamten Freifläche vor und hinter den Häusern. Es entstand eine richtige Spiellandschaft. Weiterhin wurden überdachte Sitzgruppen für Erwachsene geschaffen.

Die zweigeschossigen Parkhäuser hinter den Häusern wurden mit einer Beleuchtung versehen, um eine soziale Kontrolle herzustellen. Die Schrottfahrzeuge wurden konsequent abgeschleppt.

Das durch starken Wildwuchs gekennzeichnete Gelände auf der anderen Straßenseite der Hochhäuser wurde 2002 von der Stadt Dietzenbach erworben. Es wurde in den Folgejahren gerodet und bekam eine beleuchtete und leicht bepflanzte Durchwegung zu zwei angrenzenden Kindertagesstätten. Auch das möchte ich anhand einiger Bilder dokumentieren.

(Fontaine Folie 35: „Sanierter Eingangsbereich und sanierte Hintertür“ und Folie 36: „Sanierte Hintertüren“)

Das sind die neu gestalteten Eingangsbereiche und die sanierten Hintereingänge.

(Fontaine Folie 37: „Sanierte Klingelanlage“ und Folie 38: „Sanierte Klingelanlagen und Briefkästen“)

Die Klingelanlagen mussten komplett erneuert werden. Es sind überall neue Briefkastenanlagen installiert worden. Das war 2002/2003. Ich habe die Wohnanlage gestern besucht. Die Briefkastenanlagen sind immer noch in demselben guten Zustand wie vor nahezu zehn Jahren.

(Fontaine Folie 39: „Sanierte Aufzüge“)

Die Aufzüge sind mittlerweile alle saniert worden. Es ist also möglich, in relativ kurzer Zeit vom Erdgeschoss ins 17. Stockwerk zu gelangen, und zwar störungsfrei.

(Fontaine Folie 40: „Sanierte Flurbereiche“)

Auch die Flurbereiche sind mittlerweile komplett saniert worden. Sie wurden hell und freundlich gestrichen. Die Beleuchtung ist wesentlich verbessert worden, was auch das Sicherheitsgefühl der dort lebenden Menschen stark erhöht hat.

(Fontaine Folie 42: „Beispiel eines Balkons nach der Sanierung“)

Das ist ein Beispiel für einen Balkon nach der Sanierung. Es sieht jetzt natürlich nicht überall so aus, aber es gibt hin und wieder solche Beispiele. Außerdem sind Keller eingerichtet worden, sodass die Menschen jetzt – jedenfalls größtenteils – die Möglichkeit haben, dort die Sachen zu lagern, die sie nicht brauchen.

(Fontaine Folie 43: „Sanierte Außenanlage mit Spielbereich“, Folie 44: „Saniertes Außengelände und Spielbereich“ und Folie 45: „Sanierte Außenanlage mit Spielgeräten und Unterständen“)

Zu den Außenanlagen. Sie werden erkennen können, dass eine wirklich schöne Spielandschaft entstanden ist: komplett vor und hinter den fünf Hochhäusern. Die Außenanlage befindet sich immer noch in einem sehr guten Zustand. Sie wird von Kindern liebend gern genutzt. Da wir Unterstände geschaffen haben, findet man in den Sommermonaten auch verstärkt Mütter dort, die sich da unterhalten und besser auf ihre Kinder aufpassen können.

(Fontaine Folie 46: „Sanierte Wertstoffinsel“)

Mittlerweile gibt es sogenannte Wertstoffinseln. Die Anlage ist nicht mehr vermüllt, sondern befindet sich in einem nahezu normalen Zustand.

Nun zu den Verbesserungen der individuellen Lebenschancen. Zur Verbesserung der sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastruktur wurde Anfang 2004 ein sogenannter Stadtteiltreff in einer Dreizimmerwohnung in einem der Hochhäuser eingerichtet. Es gibt Mutter-Kind-Spielbereiche. Neben einer internationalen und einer marokkanischen Frauengruppe treffen sich dort Frauen zu Deutschkursen, und es werden seitens der Stadt Beratung und Formularhilfen angeboten. Auch Integrationslotsinnen werden dort ausgebildet.

Wir haben 2001 zwei Streetworker eingestellt und bieten in einer Zweizimmerwohnung soziale Beratung und individuelle Hilfen an. Daneben gibt es auch Gruppenangebote, meistens Sportangebote. Dafür bietet sich eine nahe gelegene Turnhalle an. Der Miternachtssport findet alle 14 Tage in einer Halle beim Wohnquartier statt. Ein sozialpädagogisch begleitetes „Box-Projekt“ für ca. 70 Jugendliche hauptsächlich aus dem Wohnquartier wird seit 2009 in einer angemieteten Halle durchgeführt. Erste Erfolge bei der Ausbildung bzw. bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind zu verzeichnen.

Das Beispiel Offenbach lässt grüßen. Frau Simon, wir haben ein bisschen bei Ihnen abgekupfert. Aber wenn das der Sache dient, ist es in Ordnung.

Wir haben 2007 einen Quartiersmanager eingestellt, der auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingeht und diverse Projekte initiiert und begleitet: Ausbildung von Integrationslotsinnen, Informationsveranstaltungen, Bewohnerfeste und Ähnliches.

Wir haben den Einsatz unserer Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen erheblich verstärkt. Mittlerweile gibt es an allen Schulen in Dietzenbach Schulsozialarbeit. Träger ist die Stadt Dietzenbach. Wir haben die Hausaufgabenhilfen ausgebaut. Mittlerweile bieten wir täglich für 360 Kinder Hausaufgabenhilfen an.

Die Sprachförderungsangebote in den drei am Wohnquartier gelegenen Kindertagesstätten haben wir erheblich ausgebaut. Seit 2003 – seit es das Programm der Landesregierung gibt – sind wir daran beteiligt. Mittlerweile geben wir gemeinsam mit dem Land pro Jahr 135.000 € für externe Sprachförderungsangebote aus. Wir haben außerdem die Sprachangebote für die Mütter der Kinder, die bei uns betreut werden, erheblich ausgeweitet. Mittlerweile nehmen etwa 125 Mütter an unseren Sprachangeboten teil.

Ich leite nun zu dem Punkt „Auswertung, Ausblick und Empfehlungen“ über. Die Verzahnung des Maßnahmenkatalogs in sozialer und baulicher Hinsicht trug Früchte. Die Verslumung der Wohnanlagen und die Abwärtsspirale konnten gestoppt werden. Die Lebensumstände der Bewohner konnten stark verbessert werden. Wie ich eben schon sagte, befindet sich die Wohnanlage mittlerweile in einem normalen und ordentlichen Zustand, der dem vergleichbarer Hochhäuser in anderen Städten entspricht.

Die Kriminalitätsrate konnte fast um die Hälfte gesenkt werden, auch durch die verstärkte Präsenz sowie vertrauensbildende und präventive Maßnahmen der Polizei. So ist z. B. ein Kontaktbeamter im Quartier unterwegs.

Die Maßnahmen auf dem sozialen Sektor habe ich eben schon vorgestellt: z. B. verstärkte Sprachförderung in den Kitas, Sprachkurse für Frauen, Ausbildung von Integrations- und Elternlotsinnen, Durchführung von Dutzenden von Mikroprojekten im Rahmen des

Programms „Stärken vor Ort“, ehemals LOS, und von ausgezeichneten HEGISS-Projekten. Das führte zu einer Befriedung der sozialen Situation.

Die Anzahl der im Quartier lebenden Menschen ist innerhalb von zwölf Jahren um ca. 25 % gesunken. Derzeit leben nur noch etwa 2.800 Menschen dort. Sie werden sich daran erinnern, dass Mitte der Neunzigerjahre 3.800 Menschen dort gelebt haben. Daraus folgert, dass die Wohnungen größtenteils nicht mehr überbelegt sind. Der Wohnungsleerstand – anfangs 20 % – beträgt heute ca. 8 %. Für eine Wohnanlage dieses Zuschnitts ist das eine normale Quote.

Die Geburtenrate ist in Dietzenbach mittlerweile stark rückläufig – entgegen gegenteiliger Prognosen. Ich erinnere an die Bertelsmann Stiftung, die erklärt hat, Dietzenbach würde erst ab dem Jahr 2020 mit Geburtenrückgängen zu rechnen haben. Statt 400 Geburten – das war der übliche Wert der vergangenen zwei Jahrzehnte – wurden 2010 nur noch 303 gemeldet. Das waren also rund 100 Kinder weniger als früher. Auch im „Östlichen Spessartviertel“ wird das zu einem weiteren Rückgang der Bevölkerungszahlen führen.

Mittelfristig wird es dadurch auch zu einer Verringerung der Anzahl der zu betreuenden Kinder pro Gruppe in den Kindertagesstätten kommen, was zu einer Qualitätssteigerung mit den entsprechenden Auswirkungen auf Schul- und Berufsabschlüsse führen wird. Das Mitte 2011 seine Arbeit aufnehmende, in unmittelbarer Nähe des Wohnquartiers gelegene Bildungshaus wird mit einer Bündelung von Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sicherlich mittelfristig das Bildungsniveau heben.

Ich fasse zusammen: Aus einem abgehängten Stadtteil wird ein Stadtteil, der sich auf dem Weg der Eingliederung und der Integration befindet.

Aber es ist mit Risiken nach der Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ zu rechnen. Das Programm läuft Ende des Jahres 2011 aus. Die Verstetigungsphase ist dann beendet. Die Finanzierung der Stelle des Quartiersmanagers steht in den Sternen. Die Finanzierung der Beteiligungsprojekte HEGISS und „Stärken vor Ort“ ist nicht gesichert. Die fehlende Finanzierung weiterer erforderlicher baulicher Investitionen – es geht um bröckelnde Fassaden, undichte Flachdächer, marode Wasserleitungen und die Pflege der Spielplätze – ist zur Kenntnis zu nehmen.

Ich sprach eben von der Abwärtsspirale, die wir aufhalten konnten. Sie könnte wieder beginnen, sich zu drehen. Weitere finanzielle Mittel der öffentlichen Hand sind dringend erforderlich, um dieses Risiko zu minimieren und die Integration des Stadtteils „Östliches Spessartviertel“ und der dort lebenden Menschen weiter zu fördern.

Ich will noch auf einige, wie ich es genannt habe, Webfehler bei der Sanierung und auf die Empfehlungen zu sprechen kommen. Die Eigentumsverhältnisse in der Anlage machen es außerordentlich schwer – derzeit haben wir, ausgehend von ursprünglich 750, noch 650 Eigentümer in dieser Anlage –, die dort lebenden Menschen in die Sanierungsmaßnahmen einzubeziehen. Die Eigentümer repräsentieren die Bewohnerschaft nur in geringem Maße, haben aber das Sagen.

Mitbestimmung und Partizipation eines Großteils der Menschen konnten kaum umgesetzt werden. Die Männer haben sich hier nahezu komplett verweigert. Ein direkter Austausch zwischen den Repräsentanten der Stadt und der Bewohnerschaft fand nur sporadisch statt. Das führte dazu, dass sich die Bewohner oft nicht ernst genommen fühlten

– und auch noch nicht fühlen. Ein Großteil der im Quartier lebenden Menschen ist nicht wahlberechtigt und somit politisch nahezu ausgegrenzt.

Um die Situation im „Östlichen Spessartviertel“ nachhaltig zu verbessern und der Ausgrenzung entgegenzuwirken, bedarf es einer stärkeren Einbindung der Menschen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Ich denke, es müssen Beteiligungsgremien geschaffen werden, die der Aktivierung von Selbsthilfe und letztlich auch der Übertragung von Kompetenzen und Verantwortung auf die betroffene Bürgerschaft dienen müssen.

Vorsitzender: Ich darf zu Fragen oder Stellungnahmen einladen. – Herr Tipi, bitte.

Abg. **Ismail Tipi:** Herr Fontaine, vielen herzlichen Dank für die Informationen. Ich habe einige kurze Fragen und möchte auch eine Einladung aussprechen. Es geht mir darum, zu erfahren, wie zurzeit die Eigentümerverhältnisse aussehen, nicht nur im Spessartviertel, sondern in der gesamten Stadt Dietzenbach. Wie viele Migranten besitzen schon Eigentumswohnungen oder Häuser? Wie entwickelt sich diese neue Bewegung? Gibt es eine Verbesserung, wenn Menschen Eigentümer werden? Gibt es Unterschiede zwischen Eigentümern und Mietern, auch was die sozialen Probleme und die Kriminalität betrifft?

Ist auch dieses Problem nach den Sanierungsmaßnahmen im Spessartviertel gelöst worden? Wie anfällig für kriminelles Verhalten sind die Menschen dort im Vergleich zu früher? Das heißt: Wie hat sich die Kriminalitätsrate entwickelt?

Außerdem interessiert mich, wie die Stadt bei verantwortungslosen Eigentümern vorgeht. Ich denke insbesondere an die Eigentümer einiger Hochhäuser in der Stadt, die zwar schön fleißig die Mieten kassieren, aber nichts in die Häuser investieren, sodass sie verwahrlosen.

Was für eine soziale Kontrolle übt der Staat eigentlich in diesen Vierteln aus? Was wird dagegen getan? Was hat man noch vor, um die soziale Kontrolle zu verstärken?

Dann möchte ich eine Einladung an die gesamte Enquetekommission aussprechen. Wir sprechen in der Enquetekommission über Integration und Migration sowie über die vorhandenen Probleme und Lösungsvorschläge. In Dietzenbach herrschen Zustände, die wir uns vielleicht einmal direkt anschauen sollten. Es gibt dort Kindergärten, die zu 100 % von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden. 98 % der Schülerinnen und Schüler der Sterntalerschule haben einen Migrationshintergrund.

Ich schlage vor, dass die Enquetekommission eine der nächsten Sitzungen in Dietzenbach veranstaltet und mit dem Verantwortlichen – mit dem Herrn Staatssekretär oder vielleicht auch mit Herrn Fontaine – eine Begehung macht, um die Probleme, über die wir hier seit Monaten reden, direkt vor Ort zu erfahren. Ich bewirte gern jeden, der vor Ort ist. Sie sind auch meine Gäste.

Herr **Fontaine:** Zunächst zur Eigentümerstruktur. Die Anzahl der sogenannten selbst nutzenden Eigentümer in der Wohnanlage konnte erheblich gesteigert werden. Anfang bis Mitte der Neunzigerjahre gab es 150 Eigentümer, die dort auch wohnten. Seit 2001 bis 2003 – um den Dreh herum – haben wir durch Beratungsgespräche und auch durch Gespräche mit den Vertretern von Banken dafür gesorgt, dass mittlerweile rund 250 selbst nutzende Eigentümer dort wohnen.

Herr Tipi, in aller Regel ist es so, dass die Leute, die dort Eigentum besitzen, mit der Anlage insgesamt wesentlich pfleglicher umgehen als die Mieter. Deswegen war es auch unser Bestreben, die Zahl der selbst nutzenden Eigentümer weiter zu erhöhen. Das ist uns aber nicht gelungen. Die Banken spielen größtenteils nicht mit.

Zur Kriminalitätsrate. Ich sagte eben schon, dazu gibt es verlässliche Zahlen vonseiten der Polizei. Die Kriminalitätsrate im Quartier konnte halbiert werden. Herr Kolmer, Sie haben die Zahlen; mir liegen sie jetzt nicht vor.

Herr **Kolmer**: Wir hatten 2006 noch 1.593 Straftaten, die den Bürger tangieren. Das sind Raubüberfall, Handtaschenraub, Straßenraub, Vergewaltigung, Körperverletzung, Autodiebstahl, Fahrraddiebstahl und Wohnungseinbruch. Ende 2009 hatten wir noch 753 solche Straftaten. Die Zahlen aus dem Jahr 2010 kenne ich noch nicht. Sie beziehen sich auf die ganze Stadt, nicht nur auf das Quartier.

Herr **Fontaine**: Dann gab es die Frage nach den verantwortungslosen Eigentümern. Was können wir machen? – Herr Tipi, wir können relativ wenig tun. Es gibt eine Hand voll sogenannter Großeigentümer, die dort bis zu 30 Wohnungen besitzen und davon auch leben. Wir haben keine rechtliche Handhabe. Wenn vonseiten der Eigentümergemeinschaft nicht in die Anlage investiert wird, lässt sich das vonseiten der Stadt zunächst einmal nicht beeinflussen.

Wir haben aufgrund des Instrumentariums der Wohnungsgesellschaft – ich bin einer der beiden Geschäftsführer – natürlich die Möglichkeit, in den Eigentümerversammlungen für bauliche und soziale Verbesserungen zu werben. Aber wir besitzen nur 92 von 1.019 Wohnungen. Das heißt, wir selbst haben nicht die Mehrheit. Wir sind auf Verbündete angewiesen. Es ist immer ein kräftiges und heftiges Ringen, diese Mehrheiten herzustellen; denn die Interessen der Stadt sind nicht immer kongruent mit denen der Eigentümer. Einiges konnte bewirkt werden. Aber man muss auch sehen, dass die Stadt hin und wieder keine Mehrheit bekommt.

Abg. **Alexander Bauer**: Ich mache es kurz. Dietzenbach ist ein Beispiel für eine Situation, wie es sie wahrscheinlich in vielen anderen Städten in Hessen bzw. in ganz Deutschland gibt. Deshalb ist meine Frage: Welche dieser Probleme lassen sich generalisieren, sind also nicht für Dietzenbach spezifisch? Ich denke, die Schilderung der Situation in diesen verdichteten Wohnquartieren mit den genannten Problemen trifft auch auf andere Städte zu. Von daher verstehe ich Dietzenbach mit all diesen Entwicklungen als Paradigma, von dem man sowohl die negativen Tendenzen als auch die positiven Schritte ableiten kann. Sehen Sie das ähnlich? Oder sehen Sie irgendwo lokalspezifische Entwicklungen, die man nicht verallgemeinern kann?

Sie haben darüber gesprochen, dass gewisse Faktoren Auswirkungen haben. Herr Tipi hat gesagt, es gibt Kindertagesstätten, die zu 100 % von Migrantenkinder besucht werden, und Schulen, in denen das in ähnlicher Größenordnung der Fall ist. Das ist die logische Konsequenz dieser Quartiersentwicklung. Ergeben sich daraus auch Folgeprobleme, z. B. dass die ursprünglichen Dietzenbacher diese Institutionen meiden und für ihre Kinder bewusst andere wählen? Fängt man sich – ich formuliere es ein bisschen flapsig – durch diese Häufung also Folgeprobleme ein?

Die entscheidende Frage ist: Sie kurieren an den Symptomen einer Krankheit, die Sie durch die Stadtentwicklungspolitik in der Vergangenheit geerbt haben. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus generell für eine künftige Quartiers- oder Stadtpolitik? Wir werden die Städte sicherlich nicht mehr so flächendeckend weiterentwickeln. Aber im Kleinen, nämlich bei einem Stadtumbau oder auch einem Stadtrückbau aufgrund der demografischen Entwicklung, müsste man aus diesen Fehlentwicklungen der Vergangenheit konkrete Handlungsempfehlungen ableiten können. Deshalb ist meine Frage an Sie: Welche Lehren haben Sie in Bezug auf die Stadtplanung aus dieser Entwicklung gezogen, und was können Sie uns mit auf den Weg geben?

Herr **Fontaine**: Einzigartig ist in Dietzenbach sicherlich die Eigentümerstruktur. Sie werden es nirgendwo sonst in Deutschland finden, dass eine solche Wohnanlage im Grunde genommen von 650 Eigentümern beherrscht wird – um es einmal so zu sagen. Wir haben sicherlich noch größere Wohnanlagen in Deutschland. In dem Zusammenhang denke ich z. B. an Bremen. Aber dort haben einige wenige Baugesellschaften das Sagen. Mit ihnen kann man relativ rasch verhandeln. In Bremen ist dann auch eine ganze Menge passiert. Ich darf daran erinnern, dass dort in großem Umfang Wohnraum abgerissen wurde. Diesen Abriss hat man großflächig vorgenommen. Das Quartier ist ganz einfach verkleinert worden. Das war in Bremen möglich.

In Dietzenbach ist das nicht möglich. Bei einer Eigentümerstruktur, die dadurch gekennzeichnet ist, dass es 650 Eigentümer gibt, die nicht unter einen Hut zu bringen sind, geht das schlicht nicht, es sei denn, es kommt zu einer massenhaften Enteignung. Das brächte Probleme mit sich und wäre sicherlich nicht von heute auf morgen umzusetzen – wir haben das Szenario einmal durchgespielt –, sondern würde Jahrzehnte dauern, sofern es überhaupt machbar wäre. Diese Eigentümerstruktur dürfte einzigartig sein.

Wir haben schon Überlegungen angestellt, noch etwas stärker in den Ankauf von Wohnungen einzusteigen, um das Stimmengewicht der Stadt zu erhöhen. Allerdings wäre es nicht mit zehn oder 20 Wohnungen getan, sondern man müsste einige Hundert Wohnungen kaufen, um Mehrheiten zu bekommen, stärkeren Einfluss zu gewinnen und Maßnahmen umsetzen zu können. Das brächte natürlich auch finanzielle Probleme mit sich.

Was die Kindertagesstätten anbelangt: Im Schnitt haben 80 % der Kinder in unseren Kindertagesstätten einen Migrationshintergrund.

(Abg. Alexander Bauer: In der ganzen Stadt?)

– Ja, flächendeckend, in der ganzen Stadt. Von daher stellt sich die Frage, die Sie formuliert haben, eigentlich nicht mehr. Das erübrigt sich.

(Abg. Alexander Bauer: Und die Konsequenzen für die Stadtplanung?)

– Ich bin ganz sicher, dass in Dietzenbach kein einziges Hochhaus mehr gebaut wird.

Abg. **Gerhard Merz**: Ich nehme die Einladung zu einem Besuch in Dietzenbach gern an. Ich habe mir die dortigen Verhältnisse in der Anfangsphase des Programms „Soziale Stadt“ einmal angeschaut und mir gedacht, dass ich bei allen Problemen, die wir in Gießen in der Nordstadt haben – wir waren in der ersten Runde ebenfalls dabei – in

Dietzenbach, was das betrifft, nicht verantwortlich sein möchte; denn die Eigentümerstruktur produziert dort in der Tat ganz besondere Probleme.

Das ist auch ein Teil meiner ersten Frage. Die Beziehungen zwischen einem Mieter und einem Vermieter sind das eine. Das andere ist: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Masse der Mieter der Wohnungen im Grunde von sozialen Transferleistungen gelebt hat. Mit anderen Worten: Die Mieten haben früher die Sozialämter übernommen; heute sind es die SGB-II-Behörden. Welche Rolle haben sie eigentlich bei der Entstehung des Problems gespielt? Man muss schließlich eine Mietkostenübernahmeerklärung abgeben.

Es wäre auch denkbar gewesen, zu sagen: Wir erkennen, dass sich hier etwas zusammenbraut, und wir geben dafür keine Mietkostengarantieerklärung mehr ab, sondern wir sehen zu, dass die Leute woanders eine Wohnung bekommen. – Wir wissen, welche Rolle die Obdachlosenbehörden bei der Entstehung der klassischen sozialen Brennpunkte gespielt haben. Was Gießen angeht, kann ich Ihnen drei Lieder davon singen. Welche Rolle haben sie gespielt, und hat es eigentlich jemals Versuche gegeben, dort anzusetzen?

Das ist eine der Lehren, die daraus zu ziehen wären: zu untersuchen, wie sich Sozialverwaltungen und Übernehmer von Transferleistungen in solchen Prozessen zu verhalten haben. Ist beispielsweise das starre Festhalten an Mietobergrenzen eine vernünftige Politik, auch unter dem Aspekt von – je nachdem, wie Sie wollen – sozialer Investition oder sozialer Prävention?

Zweite Frage. Wer hat am Ende – das ist mir nicht ganz klar geworden – eigentlich die Investitionen in den Gebäuden bezahlt? Die Mittel des Programms „Soziale Stadt“ werden sozusagen nur bis zur Außenhaut eines Gebäudes eingesetzt, im Gebäude selbst nicht mehr. Alles, was drinnen gemacht wird – das war immer die Grundlogik –, muss von dem jeweiligen Hausbesitzer oder Wohnungseigentümer finanziert werden. Mir ist nicht ganz klar geworden, wie das in Dietzenbach finanziert worden ist. Das ist auch im Interesse der Fortsetzung des Prozesses eine spannende Frage.

Dritte Frage. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die sozialen Standorte, die ausfinanziert sind – aber natürlich vor allen Dingen die, bei denen der Prozess jetzt im Gang ist –, unter dem Auslaufen beziehungsweise unter den drastischen Kürzungen des Programms zu leiden haben. Was wären denn Ihre Anforderungen an einen Standort, der im Grunde schon ausfinanziert ist? Sie haben das schon angedeutet. Können Sie es noch etwas vertiefen?

Herr **Fontaine**: Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die Stadt Dietzenbach nicht Träger der Sozialhilfe ist. Sozialhilfeträger ist der Kreis Offenbach. Das macht die Sache nicht gerade einfach. Die Stadt Dietzenbach hat – das mag Anfang der Neunzigerjahre gewesen sein – die Sozialhilfe an den Kreis redelegiert. Damit haben wir den direkten Einfluss auf die Belegung in den Hochhäusern im Grunde genommen verloren. Das war, im Nachhinein gesehen, ein Fehler. Der Einfluss der Stadt auf den Kreis ist nicht so stark, als dass wir dort tatsächlich darauf hinwirken könnten, die Zuweisung anders zu organisieren.

Allerdings – das lässt hoffen – sind wir im Rahmen der Arbeitsgruppe „Östliches Spessartviertel“ jetzt mit Landrat Quilling ins Gespräch gekommen. Herr Kolmer, wir saßen gerade in der vorigen Woche mit ihm und anderen, auch mit Vertretern von „Pro Arbeit“,

zusammen, um über ein gemeinsames Handeln zu sprechen und unsere Maßnahmen zu koordinieren. Daran mangelte es in der Vergangenheit leider.

(Abg. Gerhard Merz: Ich hatte noch zwei andere Fragen!)

– Die Antwort wollte ich umgehen. – Sie haben mit Ihrer Aussage, dass in den Häusern im Rahmen des Bund-Länder-Programms nichts finanziert werden darf, grundsätzlich recht. Aber wie so oft im Leben gibt es auch Ausnahmen. Eine dieser Ausnahmen ist im „Östlichen Spessartviertel“ gemacht worden. Natürlich ist das in Absprache mit dem Wirtschaftsministerium erfolgt. Reicht das aus?

(Abg. Gerhard Merz: Ja!)

Vorsitzender: Sind damit Ihre letzten beiden Fragen beantwortet?

Abg. **Gerhard Merz:** Ich möchte noch etwas über die Perspektive des Programms „Soziale Stadt“ wissen.

Herr **Fontaine:** Was die Perspektive des Programms „Soziale Stadt“ betrifft – ich bin eben schon kurz darauf eingegangen –: Ende 2011 ist bei uns die Sache zu Ende. Wir haben im Moment keine Perspektive in diesem Bereich. Wir hoffen, dass ein neues, vergleichbares Programm aufgelegt wird, an dem wir partizipieren können. Ansonsten kann, wie ich eben schon sagte, die Abwärtsspirale, die wir aufhalten konnten, wieder anfangen, sich zu drehen. Das ist meine Befürchtung. Dieses Risiko haben wir im Augenblick.

Sachv. **Dr. Stefan Luft:** Ich habe zwei Fragen. Zum einen haben Sie erwähnt, dass Sie über den Ankauf von Wohnungen nachdenken. Was allerdings die Übertragbarkeit auf andere Städte betrifft: Ich beobachte, dass in den meisten Städten der Prozess in entgegengesetzter Richtung verläuft, sprich: Es wird öffentlicher Wohnraum privatisiert. Die Steuerungsmöglichkeiten werden dadurch geringer.

Zum anderen habe ich eine Frage zu den Besitzverhältnissen in dieser Hochhausiedlung. Sie haben anfangs gesagt, es habe einen hohen Leerstand gegeben. Aber ein hoher Leerstand korrespondiert nicht mit den Gewinnerzielungsinteressen der Eigentümer. Mich würde interessieren, warum man das auch vonseiten der Eigentümer hat laufen lassen.

Sie haben gesagt, es sei schwierig gewesen, da Sie weniger als 10 % der Wohnung besäßen. Sie haben aber in den Gebäuden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Haben Sie Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt, oder haben Sie gesagt: Wir sozialisieren die Sanierungskosten, aber es bleibt dabei, dass die erzielten Gewinne privatisiert werden“? Sprich: Die Besitzer mussten zu der Sanierung nichts beitragen. Das kann man sich auch denken.

Herr **Fontaine:** Die Sanierungsmaßnahmen bezogen sich innerhalb der Häuser ausschließlich auf die sogenannten Gemeinschaftsflächen, nicht auf die Wohnungen. Bei den Sanierungsmaßnahmen innerhalb der Häuser mussten die Eigentümer 70 % der Kosten übernehmen. Das heißt, das ist nicht zu 100 % über das Programm „Soziale Stadt“

finanziert worden – in meinem Vortrag ist das wohl zu kurz gekommen –, sondern 70 % des Betrags mussten von den Eigentümern zunächst einmal bereitgestellt werden. Erst dann sind wir von der öffentlichen Hand hinzugekommen und haben komplementär den Rest beigesteuert. Die Eigentümer waren also mit im Boot.

Allerdings waren die Eigentümer bei der Sanierung des Außengeländes, von der ich eben gesprochen habe, komplett außen vor. Es hat damals übrigens 1,2 Millionen DM gekostet, um es so herzurichten, wie ich es Ihnen präsentiert habe. Sanierung und Finanzierung wurden zu 100 % von der öffentlichen Hand übernommen.

Kurz zu den Eigentümern. Ehrlich gesagt, ich kann Ihre Frage nicht beantworten. Die Eigentümer kommen und gehen. Es gibt nur ganz wenige, die über einen längeren Zeitraum mit dieser Anlage zu tun haben: Man kauft an, behält die Wohnung drei, vier oder fünf Jahre, verdient Geld, verkauft wieder und wird nicht mehr gesehen. Ein Gespräch mit den Eigentümern kommt eigentlich nur sporadisch zustande. Man sieht sich im Laufe des Jahres nur einmal – wenn es hochkommt, zweimal – bei den Eigentümerversammlungen. Ansonsten sieht man sich nicht. Die Menschen kommen aus Stuttgart, Bremen oder von sonst wo. Da existieren keine direkten Kontakte. Es gibt nur einige wenige, die im Einzugsbereich der Wohnanlage wohnen, z. B. in Frankfurt, mit denen man hier und da ins Gespräch kommt. Aber die anderen entziehen sich. Von daher kann ich Ihnen diese Frage einfach nicht beantworten.

Vorsitzender: Ist es nicht so, dass bei diesem Finanzierungsmodell die Verluste, die zugewiesen wurden – das ist ein System, das es heute so nicht mehr gibt –, das Ausschlaggebende waren, während die Mieteinnahme an sich ein Zusatzgewinn war?

Herr **Fontaine:** Ja, das ist so.

Vorsitzender: Wenn das so ist, ist die fehlende Motivation nachvollziehbar. Das war eine steuerlich ohnehin falsche Steuerungsstruktur, die zu solchen Ergebnissen führen musste. Wenn die Verlustzuweisungen zu hoch werden, kommen falsche Interessen ins Spiel.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Herr Fontaine, erst einmal herzlichen Dank für die sehr ausführliche Darstellung, wie die öffentliche Hand doch Entwicklungen auffangen kann und teilweise auch auffangen muss, die der private Eigentümer anscheinend vernachlässigt hat. Wir denken zwar, Eigentum verpflichtet; in dem Fall ist das aber anscheinend nicht so.

Für mich ist es wichtig, etwas über die Investitionen zu erfahren. Sie haben erwähnt, dass das Außengelände mit 1,2 Millionen DM saniert wurde. Ich möchte wissen, wie viel die Investitionen Sie insgesamt gekostet haben. Im Endeffekt hat man damit nämlich etwas gemacht, was unter Umständen die Eigentümer hätten leisten müssen.

Außerdem würde mich Folgendes interessieren. Sie haben uns ein wenig über die Struktur der Bewohner und deren Bildungshintergrund erzählt. Sie haben auch erwähnt, dass unter den Bewohnern viele Empfänger von Transferleistungen sind. Konnten Sie in den letzten Jahren, nachdem die Qualität des Lebensumfelds erhöht worden ist und unter Umständen auch das Lebensgefühl verbessert wurde, vonseiten der Kommune z. B. feststellen, dass sich die Arbeitsmarktintegration erfolgreicher gestaltete und dass die Zahl der Empfänger von Transferleistungen gesunken ist? Haben Sie auch in diesen Be-

reichen eine Verbesserung feststellen können? Schließlich gehe ich davon aus, dass die Maßnahmen, die Sie durchgeführt haben, präventiv wirken. Es ist erfreulich, wenn man dann feststellen kann, dass auch bei der Arbeitsmarktintegration Erfolge erzielt worden sind. Vielleicht ist der Zeitraum zu kurz. Aber eventuell haben Sie einige Zahlen.

Eine weitere Frage: Sie meinten, es sei das Wiedereinsetzen einer Abwärtsbewegung zu befürchten, wenn die Folgefinanzierung der Projekte nicht gesichert ist. Wie sehen die aktuellen Verhandlungen mit den Trägern oder auf der Bundesebene aus? Kann man in dieser Situation eine Ausnahme machen? Können also in dieser Situation, auch wenn sie nicht bundesweit aufgesetzt werden, Folgeprojekte aufgelegt werden, damit keine Abwärtsspirale einsetzt?

Herr **Fontaine**: Zunächst zu den Finanzen. Wir haben in den letzten zehn Jahren über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ Zuschüsse in Höhe von 2,15 Millionen € bekommen. Die Stadt Dietzenbach hat natürlich komplementär etwas beisteuern müssen. Wir sind jetzt dabei – ich hatte das in einem Nebensatz erwähnt –, ein Bildungshaus einzurichten. Der Spatenstich war gestern. Dafür bekommen wir über das Programm „Soziale Stadt“ noch einmal 1,5 Millionen €. In den letzten zehn Jahren sind also aus dem Programm „Soziale Stadt“ rund 3,7 Millionen € nach Dietzenbach geflossen.

Vorsitzender: Darin sind aber auch die Personalkosten enthalten. Ich glaube, es wurde nach den Investitionen gefragt.

Herr **Fontaine**: Die habe ich jetzt nicht herausgerechnet. Das ist der Gesamtbetrag. – Ich bin außerdem kurz darauf eingegangen, dass sich die Lebensbedingungen verbessert haben. Das ist so. Das wird Ihnen jeder bestätigen, den Sie in der Wohnanlage fragen.

Was den Arbeitsmarkt anbelangt, so gibt es das Problem, das ich eben im Zusammenhang mit der Sozialhilfe geschildert habe: Wir sind nicht Träger der Maßnahmen. Das heißt, all das, was dort auf dem Arbeitsmarkt gemacht wird, ist in aller Regel nicht mit uns koordiniert. Von daher ist es auch relativ schwierig, entsprechende Zahlen zu bekommen. Ich kann Ihnen die aktuellen Daten nicht liefern. Ich weiß nur, dass wir bei den Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ immer versucht haben, die Leute, die dort wohnen, einzubeziehen.

Ich habe Ihnen Bilder von den Treppenhäusern vor und nach der Sanierung gezeigt. Wir haben über Jahre hinweg mit der GOAB aus Offenbach – Jürgen Schomburg und andere – intensiv kooperiert und hatten dort bis zu 24 ABM-Kräfte. Das haben wir einige Jahre lang durchgeführt. Derzeit haben wir 19 AbH-Kräfte, die bei der Sanierung und als Concierge ein bisschen mitarbeiten. Das sind Entwicklungen, die wir steuern können. Darauf haben wir auch einen direkten Einfluss. Aber was den Arbeitsmarkt direkt anbelangt, sind wir ein bisschen abgekoppelt.

Herr **Kolmer**: Dazu kann ich etwas ergänzen. Wir haben in Dietzenbach 11.000 Arbeitsplätze. Gut die Hälfte wird aber von Leuten bedient, die außerhalb von Dietzenbach wohnen; denn das sind im Regelfall hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Wir haben vor Ort 10.000 Menschen, die einen Arbeitsplatz haben. Aber fast die Hälfte muss pendeln. Wir haben in Transferleistungen und Maßnahmen – SGB II, SGB III – 5.100 Menschen; davon sind 1.750 Jugendliche.

Vorsitzender: Die dritte Frage bezog sich auf die Perspektiven des Programms „Soziale Stadt“. Ich glaube, das ist auf der lokalen Ebene nicht zu beantworten.

Herr **Fontaine:** Das ist richtig.

Abg. **Kordula Schulz-Asche:** Auch ich bedanke mich recht herzlich für Ihren Vortrag. Ich habe zwei Fragen. Die eine Frage bezieht sich auf die Infrastruktur in dieser Wohngegend. Wie sieht es z. B. mit der ärztlichen Versorgung und mit Läden aus? Gibt es solche Angebote wohnortnah oder unter Umständen sogar in den Wohnanlagen selbst? Gibt es da einen Lebensmitteladen und einen Zeitungsladen? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Zweite Frage. Sie haben sehr offen berichtet, dass es für Sie schwierig war, die Bewohner in die Maßnahmen einzubeziehen. Wenn Sie jetzt jemand fragte, welche Lehren Sie daraus ziehen, wenn es darum geht, beim nächsten Mal schon im Vorfeld solcher Sanierungsmaßnahmen die Bewohner einzubeziehen, was für Empfehlungen würden Sie da geben?

Herr **Fontaine:** Zunächst zur Infrastruktur. Eine solche Infrastruktur ist gegeben, zwar nicht direkt im Wohngebiet, aber sie ist fußläufig erreichbar. Diese Läden sind in drei bis vier Minuten zu erreichen; sie befinden sich im Kernbereich: dort, wo das neue Rathaus entsteht und auch das Einkaufszentrum gebaut worden ist. Dort lässt sich all das besorgen, was man im täglichen Leben braucht. Innerhalb von drei bis vier Minuten ist man dort. Das ist überhaupt kein Problem.

Die Teilungserklärung lässt es nicht zu, dass in dieser Wohnanlage Geschäfte eröffnet werden, dass sich Ärzte niederlassen oder Ähnliches. Die Teilungserklärung könnte nur geändert werden, wenn dem 100 % der Eigentümer zustimmen würden. Aufgrund der Struktur, die ich eben aufzuzeigen versucht habe, ist das einfach nicht möglich.

Meine Empfehlung wäre – ich beziehe mich jetzt auf Dietzenbach –, sich nicht nur mit den Eigentümern zu befassen, sondern in einem stärkeren Umfang zu versuchen, die dort lebenden Menschen zu erreichen und gemeinsam mit ihnen den Weg der Sanierung zu gehen. Aber das ist schwierig. Es ist nicht so, als ob wir es nicht versucht hätten. Es ist sehr schwierig, weil, wie ich eben geschildert habe, die Eigentümer das Sagen haben. Das macht es in Dietzenbach so unendlich schwierig, und das ist es auch, was die Wohnanlage in Dietzenbach von anderen unterscheidet.

Abg. **Barbara Cárdenas:** Ich freue mich, dass wir hier so ausführlich über Dietzenbach sprechen können. Ich wohne seit 1993 in Dietzenbach und habe diese Verbesserungen verfolgen können. Herr Fontaine, ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie so ausführlich darüber berichtet haben. Ich habe drei Fragen.

Erstens. Sie haben gesagt, die Überbelegung habe abgebaut werden können. Dabei haben Sie sehr deutlich geschildert, dass zum Teil auch in den Kellern gewohnt wurde. Wohin sind diese Menschen eigentlich gegangen? Haben sie selbst dort Wohnungen mieten können, oder wo sind sie geblieben?

Zweitens. Ist es nicht auch ein Webfehler – so denke ich jedenfalls –, dass es bei diesen Projekten, z. B. bei dem Programm „Soziale Stadt und bei Frauenprojekten, nicht möglich war, über das Viertel hinaus Beteiligte einzubinden? Ich habe die Erfahrung gemacht, dass das nicht möglich war: Leute, die von außerhalb dazustoßen wollten, durften dies nicht. Von daher konnte keine wirkliche Durchmischung von Angeboten stattfinden. Das habe ich immer sehr bedauert. Ich habe dort selbst solche Projekte durchgeführt. Hat das nicht auch dazu geführt, dass die Isolation des Viertels, von der Sie gesprochen haben, perpetuiert worden ist? Ich denke, die Isolation ist noch nicht aufgehoben.

Drittens. Sie haben zu Recht von der mangelhaften Beteiligung dieser Menschen gesprochen: dass es nicht gelungen ist, sie ausreichend zu beteiligen. Sie haben besonders die Männer erwähnt. Ich weiß, dass wir in der Stadtverordnetenversammlung in Dietzenbach einen Seniorenbeirat und einen Ausländerbeirat haben. Warum haben wir nicht auch einen Beirat der Menschen aus diesem Viertel? Das ist eine Idee, die ich wichtig finde. Ist einmal darüber nachgedacht worden? Könnte man das anregen?

Herr **Fontaine**: Ich möchte mit der letzten Frage beginnen. Ich habe schon in meinen Empfehlungen darauf hingewiesen, dass uns sehr daran gelegen sein sollte, hier Beteiligungsgremien zu schaffen. Es muss verstärkt in Angriff genommen werden, gemeinsam mit den Menschen etwas zu schaffen. Zwischendurch haben wir das immer wieder versucht, aber das waren nur sporadische Geschichten. Ich denke, wenn man versuchen will, die Menschen mitzunehmen, muss eine Kontinuität gegeben sein.

Es kann nicht sein, dass wir einmal im Jahr, sozusagen als Highlight, den Bürgermeister einfliegen lassen, der zwei Stunden lang artig Fragen beantwortet, und das ist es dann gewesen. Das funktioniert so nicht. Hier muss eine Kommission gebildet werden, die die Beteiligung institutionalisiert. Es ist schwierig, aber ich denke, es ist der einzige Weg, um, kombiniert mit anderen Maßnahmen, dafür zu sorgen, dass sich die Abwärtsspirale, von der ich gesprochen habe, nicht wieder in Bewegung setzt.

Die Überbelegung ist ganz stark zurückgegangen. Das ist anhand der vorhandenen Zahlen einfach nachzuweisen. In der Anlage wohnen rund 1.000 Menschen weniger. Die Wanderungsströme kann ich nicht nachvollziehen. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen von einzelnen Leuten, die ich im Laufe der letzten Jahrzehnte kennengelernt habe, berichten, dass sie in die Kernstadt abgewandert sind: Richtung Landratsamt und Richtung Rathaus. Sie kommen aus Dietzenbach: Das sind die Georg-August-Zinn-Straße und die Werner-Hilpert-Straße. Andere sind einfach weggezogen. Dazu haben wir keine verlässlichen Daten.

Dann haben Sie von dem Webfehler gesprochen. Ich hätte wirklich gern eine Durchmischung der Angebote in der Anlage vorgenommen. Das war nicht möglich; denn einige Eigentümer haben vor Gericht erstritten, dass die Wohnungen, die zu Stadtteiltreffs umfunktioniert worden sind, ausschließlich von denen genutzt werden dürfen, die in dieser Anlage wohnen. Das ist vom Amtsgericht in Offenbach bestätigt worden. Eine Durchmischung durfte in dieser Anlage einfach nicht stattfinden. Da waren uns die Hände gebunden. Es gibt ein, zwei Leute – Sie kennen sie wahrscheinlich ebenfalls –, die darauf achten, dass dort keine Personen ein- und ausgehen, die 200 m entfernt auf der anderen Straßenseite wohnen. Das ist durch die Teilungserklärung leider so festgelegt worden, und das lässt sich schlecht ändern.

Herr **Kolmer**: Frau Cárdenas, zu Ihrer Frage, wohin die Menschen gezogen sind: Im Starckenburgring wohnen noch 2.800 Menschen. Wir haben etwa 13.500 Migranten in der Stadt. Anders ausgedrückt: Das sind etwas über 28 % Passausländer und fast 40 % Migranten. Sie sind über die ganze Stadt verteilt, haben Eigentum erworben oder wohnen zur Miete. Das verlagert sich immer weiter in die Stadt. In etwa zwölf Jahren – die Sterberate der Deutschstämmigen einberechnet – werden wir über 50 % Migranten in der Stadt haben.

Sachv. **Birgit Simon**: Herr Fontaine, viele Fragen sind schon beantwortet – auch zwei, die ich auf meiner Liste hatte. Man sieht hier ganz gut, wie ein sozialer Brennpunkt aufgrund einer privaten Eigentümerschaft entstehen kann und dass diese privaten Eigentümer kein Interesse an der Stadt, an ihrer Entwicklung oder an der Situation ihrer Bevölkerung haben. Die Stadt nimmt Geld in die Hand, um dort zu sanieren. Sie bezahlt sogar zu einem großen Teil die Unterkunftskosten der Menschen, die dort wohnen. Das sind Entwicklungen, die wir nicht befürworten können; denn sie haben negative Konsequenzen.

Offensichtlich bleiben die Steuerungsmöglichkeiten aus. Sie haben das ein bisschen damit erklärt, dass der Kreis der Sozialhilfeträger ist. Die Stadt Offenbach hat da andere Möglichkeiten und nimmt sie auch wahr. Ich glaube, da muss dringend nachgearbeitet werden.

Mich interessiert aber, welche Konsequenzen die Stadt Dietzenbach im Hinblick darauf gezogen hat, den sozialen Wohnungsbau selbst viel stärker zu fördern, bzw. welche Konsequenzen Sie im Hinblick darauf gezogen haben, etwas dafür zu tun, dass Menschen alternative Wohnungen angeboten werden, die viel besser sind. In der Diskussion zeigt sich ganz deutlich, dass sozialer Wohnungsbau eigentlich immer noch einen schlechten Ruf hat. Es wird nämlich befürchtet, dass genau dort soziale Brennpunkte entstehen. Deshalb wurde der soziale Wohnungsbau in den Städten immer weiter zurückgefahren. Ist in den letzten zehn oder 20 Jahren parallel dazu mehr sozialer Wohnungsbau entstanden, den Sie selbst steuern können?

Herr **Fontaine**: Nein, der soziale Wohnungsbau liegt seit Jahren brach.

Sachv. **Birgit Simon**: Warum? Wenn man solche Entwicklungen sieht, kann man es doch anders machen.

Vorsitzender: Das ist eine Entscheidung des Stadtparlaments, der städtischen Gremien.

(Herr Fontaine: Richtig!)

Sachv. **Birgit Simon**: Vielleicht darf ich ergänzen, dass das Stadtparlament aus den mangelnden Steuerungsmöglichkeiten die Konsequenz hätte ziehen können, zu sagen: „Dort können wir steuern; wir schaffen eigene Wohnungen, in denen unsere Quartiersmanager so arbeiten können, wie wir es wollen“, statt dieses Viertel – wie es sicherlich auch richtig war – immer gerade vor dem Absturz zu bewahren. Wenn die HEGISS-Mittel wegfallen – das gilt auch für die Stadt Offenbach –, heißt das entweder, dass man mit städtischen Mitteln weiterfinanzieren muss, oder dass die Gefahr besteht, dass das, was

geschaffen worden ist, sukzessive wieder verloren geht und dass die Negativspirale wieder in Gang gesetzt wird.

Herr **Kolmer**: Darauf kann ich Ihnen antworten. Wir – der Bürgermeister und ich – denken momentan ernsthaft darüber nach, eine eigene Hausverwaltungsgesellschaft oder eine eigene Wohnungsbaugesellschaft aufzubauen. Das ist die eine Seite.

Wenn Sie das Stadtparlament ansprechen: Da wird es schwierig. Die Mitglieder des Dietzenbacher Stadtparlaments sind immer noch zum größten Teil deutschstämmig. Dort ist man gar nicht so begeistert davon, dass wir für „die“ wieder etwas bauen. Ich drücke es deshalb so drastisch aus, weil es seinerzeit nicht machbar war. Aber es gibt eine Bewegung, was dazu führt, dass das langsam in Angriff genommen werden kann.

Eine andere Frage: Sie sprachen von einer „privaten Eigentümergemeinschaft“. Wir wollen jetzt aber kein Dietzenbacher Thema anschneiden: Wir haben nämlich nicht nur ein „Östliches Spessartviertel“, sondern auch eine Richter-Anlage. Das ist ebenfalls ein sozialer Brennpunkt, der allerdings nicht in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden ist, obwohl schon oft darum gebeten wurde. Dort wohnen 600 Menschen in ähnlichen Verhältnissen, wie sie früher im „Östlichen Spessartviertel“ geherrscht haben. Die Kinder besuchen sich da gegenseitig von Stockwerk zu Stockwerk. Keiner geht mehr dorthin. Aber das ist ein anderes Thema. Diese drei hohen Häuser sind im Besitz eines einzigen Eigentümers. Er hat kein Interesse daran.

Abg. **Gerhard Merz**: Ich möchte noch etwas zu den Leerständen sagen. Ein Leerstand ist in solchen Beständen die Regel,

(Herr Fontaine: 10 %!)

ganz unabhängig davon, ob man eine solche Eigentümerstruktur hat oder ob es sich um eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft handelt; denn die Leute ziehen aus, wenn sie nur irgend können, und niemand zieht ein, der nicht mit vorgehaltener Pistole hineingezwungen wird. Von daher entstehen automatisch temporäre Leerstände in relativ großen Anteilen der Bestände. Daraus ergibt sich diese Gesamtleerstandsquote. Das ist nicht verwunderlich. Das haben Sie übrigens zum Teil in ganz normalen privaten Mehrfamilienhäusern auch.

Herr **Fontaine**: Ganz kurz dazu: 10 % Leerstand in einer solchen Anlage sind ganz normal. 20 % Leerstand, von denen ich anfangs gesprochen habe, sind nicht mehr normal. Das zeigt eine Abwärtsspirale an.

(Abg. Gerhard Merz: Bei dem Zustand ist das schon normal!)

– Die Anlagen sind mittlerweile in einem relativ guten Zustand, sodass die Leerstände in der Tat erheblich verringert werden konnten. Das spricht für die Anlage und für die Maßnahmen der sozialen Stadterneuerung.

Abg. **Kordula Schulz-Asche**: Ich habe noch eine Nachfrage. Sie haben gesagt, die Bevölkerung würde fragen: Warum gebt ihr denn Geld für die aus? – Wenn ich es richtig verstanden habe, ist die Sanierung dieses Viertels mit öffentlichen Geldern erfolgt. Wir

alle sind nicht sicher, wie die weitere Entwicklung in diesem Viertel aussehen wird. Ist es dann nicht die Aufgabe der Stadt, dafür zu werben, dass man das Geld lieber in die Hand nimmt, um neue und bessere Wohnungen zu bauen, anstatt weiter in ein Viertel zu investieren, das in seiner Sanierungskonzeption immer auf der Kippe steht, noch dazu nach den Erfolgen bei der Reduzierung der Kriminalität? Wie wird denn in der Stadt darüber diskutiert, z. B. über den Grundsatz „Eigentum verpflichtet“? – Ihre Aussage hat mich etwas verwundert.

Herr **Kolmer**: Ich gebe Ihnen völlig recht. Aber so etwas steht und fällt natürlich mit den Akteuren oder auch mit den Hauptamtlichen, je nachdem, wie der Fokus gesetzt wird. Momentan gibt es ein großes Miteinander: Alle Bürger versuchen, an einem Strang zu ziehen. Deshalb führen wir derzeit eine Strukturanalyse durch – warum kann der eine mit dem anderen nicht aus? –, bei der Herr Prof. Heckmann die Federführung hat. Wir sind auf dem Weg, das Ganze in die richtigen Gänge zu bringen. Aber viele Jahre lang ist das vergessen worden.

Vorsitzender: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Herr Fontaine, ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Ich darf Herrn Prof. Walter Siebel von der Universität Oldenburg das Wort erteilen.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung. Ich hoffe, Sie werden von jemandem aus dem fernen Oldenburg keine neuen, detaillierten Erkenntnisse über die Wohnsituation von Migranten in Hessen erwarten. Herr Fontaine und Herr Gestring wissen das sehr viel besser als ich. Ich möchte mich bei dem, was ich hier vortrage, auf Punkt 10 der Aufgabenbeschreibung der Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ konzentrieren, d. h. auf die Frage der Segregation und auf Maßnahmen der Stadtteilpolitik in problematischen Quartieren.

Aber erlauben Sie mir, Ihnen zuerst eine ganz allgemeine These vorzutragen. Moderne Gesellschaften haben eine im historischen Vergleich einmalige Fähigkeit zur Integration. Das hängt damit zusammen, dass moderne Gesellschaften nicht nur über die Homogenität integriert werden, sondern auch aufgrund ihrer Fähigkeit, Differenz auszuhalten bzw. – anders gesagt – Differenz systematisch gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das erreichen moderne Gesellschaften über ihre zentralen Systeme Markt, Recht, Demokratie und eben auch Stadt. Ich will das kurz erläutern; denn ich glaube, es ist sehr wichtig, sich das vor dem Hintergrund der Frage klarzumachen, welche Politiken daraus folgen.

Wie Sie wissen, ist der Markt farbenblind. In den Markt kann man sich integrieren, wenn man über marktfähige Ressourcen verfügt: Geld, Qualifikation, marktgängige Waren. Es ist völlig egal, welche Hautfarbe man dann hat. Wenn der Markt gut funktioniert, wird er einen integrieren.

Dass Justitia blind ist, wissen Sie ebenfalls: Das Recht entscheidet ohne Ansehen der Person. An demokratischen Prozessen kann man sich beteiligen, wenn man über die Bürgerrechte verfügt und die Grundrechte einhält. Auch da ist es egal, aus welcher Familie man stammt, welche Religion man hat, ob man vermögend ist oder arm.

Eine Stadt funktioniert genauso. Wir können eine Stadt geradezu als einen Ort definieren, an dem Fremde leben. Auf dem Dorf gibt es keine Fremden, aber in dem öffentli-

chen Raum der Städte ist die Begegnung mit Fremden alltäglich. Auch der Einheimische begegnet im öffentlichen Raum der Stadt dem anderen als Fremder. Das heißt, dass Städter eine bestimmte Lebensweise entwickeln müssen, um mit den täglichen Zumutungen der Konfrontation mit Fremdheit umgehen zu können. Diese Lebensweise ist schon vor 100 Jahren von Georg Simmel mit Begriffen wie „Gleichgültigkeit“, „Distanziertheit“ und „Blasiertheit“ beschrieben worden. Das heißt, städtisches Leben ist überhaupt nur möglich, weil sich der gelernte Städter gleichsam mit Distanz und urbaner Indifferenz wappnet, um die beunruhigenden Erfahrungen von Fremdheit, wie sie für die Stadt typisch sind, bewältigen zu können.

Man kann sagen – ich glaube, das ist Ihnen allen klar –, die wichtigste Bedingung für eine gelingende Integration ist, dass die Systeme Markt, Demokratie, Recht und Stadt so funktionieren, wie sie nach ihrer eigenen Logik funktionieren müssen. Die Diskriminierung z. B. widerspricht der Logik des Markts, der Demokratie oder des Rechtssystems. Ein Markt funktioniert nicht gut, wenn er bestimmte Produktionsfaktoren nicht integriert, etwa weil einem die Hautfarbe bestimmter Menschen nicht passt. – So weit die allgemeine Vorrede. Nun komme ich zu den Problemen selbst.

Ich glaube, es ist uns allen klar, dass auch unter optimalen Bedingungen – funktionierende Märkte, zuerkannte Staatsbürgerrechte usw. – die Integration nicht nur von Migranten außerordentlich viel abverlangt. Die Migranten müssen sich in eine fremde Umgebung einfinden, und sie müssen sich von ihrer Heimat lösen. Dazu ist zweierlei notwendig. Erstens braucht man sehr viel Zeit – solche Prozesse dauern einfach sehr lange –, und zweitens sind Räume des Übergangs erforderlich, wie sie Einwanderungsquartiere oder ethnische Kolonien bieten.

Damit bin ich bei dem Thema, das Sie unter Punkt 10 ansprechen: der Segregation. Sie fragen im Prinzip nach den Möglichkeiten, sozial-kulturelle Segregation zu vermeiden. Ich möchte eine These dagegensetzen. In der Tat muss eine erzwungene soziale Segregation, soweit das irgend möglich ist, auf jeden Fall vermieden werden. Aber es gibt auch eine freiwillige, eine kulturell bedingte Segregation, und die sollte eine kluge Integrationspolitik zulassen. Sie können sich Einwanderungsstädte auf der ganzen Welt ansehen: Überall werden Sie Einwanderungsquartiere finden. Eine typische Einwanderungsstadt kann man als ein Mosaik verschiedener Lebenswelten beschreiben: Little Italy, Little Russia, Chinatown. Auch die Deutschen, die nach Amerika ausgewandert sind, sind aus guten Gründen zunächst einmal nach Little Germany gezogen.

Sie haben insofern gute Gründe dafür, als solche Einwanderungsquartiere positive Funktionen für kürzlich Eingewanderte erfüllen können. Die Zuwanderer sind normalerweise nicht sofort in den Markt oder in die sozialstaatlichen Netze integriert. Deshalb sind sie ganz besonders auf informelle Hilfsnetze angewiesen. Einwanderungsquartiere können solche informellen Hilfsnetze am besten bieten. Die Zuwanderer erhalten in solchen ethnischen Kolonien erste Informationen über die fremde Umwelt. Sie finden materielle Unterstützung und Wohnmöglichkeiten. Sie werden psychisch unterstützt und sind vor sozialer Isolation geschützt. Das heißt, die Stadt als ein Mosaik verschiedener Lebenswelten, dieses Nebeneinander von Little Italy, Chinatown, Little Germany usw., bietet Räume des Übergangs, die den Schock der Migration – Migration ist immer mit einer schockartigen Erfahrung verknüpft – mildern können und gleichzeitig Schleusen in die noch fremde Umgebung bieten.

Für solche Räume des Übergangs, d. h. für die Akzeptanz von Einwanderungsquartieren als notwendige Stufen im Prozess der Integration, spricht neben dem, was ich Ihnen deutlich zu machen versucht habe, ein weiteres Argument, nämlich dass solche Quar-

tiere positive Funktionen im Prozess der Integration für die Einwanderer erfüllen können. Das hängt damit zusammen, dass solche Quartiere auch dazu dienen können, Konflikte zu vermeiden.

Das Problem besteht darin, dass die Filtermechanismen auf unseren Wohnmärkten dafür sorgen, dass die Zuwanderer nicht in die Nachbarschaft von wohlhabenden, akademisch gebildeten und – meinetwegen – grün-alternativ orientierten Deutschen ziehen, sondern sie geraten typischerweise in die Nachbarschaft der deutschen Verlierer des ökonomischen Strukturwandels. Verlierer sind selten in der Lage – sie sind auch nicht immer bereit dazu –, offen, tolerant und freundlich auf Zuwanderer zuzugehen. Ganz im Gegenteil, sie brauchen Sündenböcke, denen sie die Schuld an ihrer Situation zuschieben können, und Fremde haben sich für die Rolle des Sündenbocks immer besonders gut geeignet.

Wenn sich solche erzwungenen Nachbarschaften zwischen deutschen Verlierern und noch nicht integrierten Zuwanderern in einer städtischen Umgebung herstellen, die alle Zeichen des äußeren Verfalls trägt und ihren Bewohnern tagtäglich vor Augen führt, dass sie am Rand der Gesellschaft angekommen sind, braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass solche Quartiere keine Orte der gelingenden Integration sind, sondern Orte sehr konflikthafter, aggressiver gegenseitiger Abgrenzung. Normalerweise geht jeder von uns, wenn er nur irgend kann, solchen Konflikten im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Weg. Das heißt, man zieht in eine Nachbarschaft, in der man mit den Nachbarn besser auskommt, also in eine Nachbarschaft, wo seinesgleichen lebt. Das ist dann eine sozial homogenere Nachbarschaft.

Das ist das Phänomen der freiwilligen Segregation. Die freiwillige Segregation ist der zweite Mechanismus, mit dem Städte dieses Problem des dichten Nebeneinanders von verschiedenen Fremdheiten – das stadttypisch ist – zu entschärfen versuchen. Indem eine segregierte Stadt dieses Mosaik verschiedener Lebenswelten schafft, übersetzt sie soziale oder kulturelle Distanzen in räumliche Distanzen und entschärft damit die möglichen Konflikte zwischen sozialen Gruppen. Das heißt, Segregation ist eine notwendige und im Übrigen unvermeidbare Stufe im Prozess der Integration. Einwanderungsstädte brauchen Einwanderungsquartiere.

Die räumlich getrennten kleinen Welten, in denen sich verschiedene Einwanderergruppen konzentrieren, kann man als einen Puffer zwischen dem eingewanderten Individuum und der ihm noch fremden Aufnahmegesellschaft ansehen. Sie sind außerdem Brückenköpfe der vertrauten Heimat in der Fremde, und sie dienen, wenn es gut geht, als Schleusen in eine neue Umgebung.

Allerdings – das wissen Sie alle – sind solche Quartiere eine außerordentlich ambivalente Einrichtung in einer Stadt. Sie sind immer in Gefahr, zu Fallen zu werden. Je größer die entsprechende Gruppe ist, je weniger erfolgreich sie beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Bildungssystem und zum politischen System ist und je leichter der Zugang zu den Massenmedien des Herkunftslands fällt, desto größer ist die Gefahr, dass sich die Zuwanderer – häufig als Reaktion auf gescheiterte Integrationsbemühungen – in ein enges, stagnierendes und teilweise repressives Herkunftsmilieu zurückziehen. Das wiederum verringert ihre künftigen Chancen, sich erfolgreich in den Markt, die Politik und das Bildungssystem zu integrieren. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen steht die dauerhafte Ausgrenzung, an der auch die klügste Sozialpolitik kaum noch etwas ändern kann.

Segregation, also die Konzentration bestimmter, jetzt problematischer Gruppen in bestimmten Quartieren, entsteht heute nicht mehr nur durch Verdrängung, also durch das Hineinrücken von Problemgruppen in bestimmte Quartiere, sondern sie entsteht zunehmend auch durch eine passive Entwicklung, nämlich dadurch, dass diejenigen, die sich Mobilität leisten können, d. h. die bessergestellten Haushalte und auch die bei der Integration erfolgreichen Migrantenhaushalte, aus solchen problematischen Quartieren wegziehen. Das ist deshalb ein äußerst problematischer Prozess der Segregation, weil, unter der Bedingung entspannter Wohnungsmärkte, solche Prozesse außerordentlich schnell ablaufen, dabei lange unter der Wahrnehmungsschwelle der in den Kommunen Verantwortlichen bleiben und vor allem kaum steuerbar sind; denn sie beruhen auf den privaten Umzugsentscheidungen der einzelnen Haushalte.

Am Ende der Prozesse, die im Wesentlichen durch den Wegzug derer, die sich Mobilität leisten können, in Gang gesetzt werden, ergibt sich eine erzwungene Nachbarschaft der deutschen Verlierer und der nicht integrationserfolgreichen Zuwanderer. Das ist dann eine höchst konfliktreiche Mischung aus kultureller Fremdheit und sozialer Ausgrenzung. In dieser Überlagerung von kultureller Fremdheit und sozialer Probleme liegt die entscheidende Schwierigkeit. Ich glaube, dass die Integration der Stadtgesellschaft in Zukunft das zentrale Thema von Stadtpolitik sein wird.

Wichtig ist, dass es dabei eben nicht nur um die Integration der Zugewanderten geht, sondern genauso auch um die Integration von Deutschen, die von Ausgrenzung bedroht sind. Die Integration von Migranten ist nur eine besonders sichtbare Facette einer generellen Aufgabe von Stadtpolitik, nämlich die Integration der Stadtgesellschaft zu sichern. Die Adressaten einer solchen Stadtpolitik dürfen dann eben nicht nur die Migranten sein, sondern es muss genauso auch um die Deutschen gehen.

Im zweiten Teil meines Statements möchte ich gern ein paar Punkte zu den Ansatzmöglichkeiten einer entsprechenden Politik auf der Ebene der Quartiere nennen. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht ausführlich zu sagen, dass es drei Orte gibt, an denen über Integration entschieden wird: Der erste Ort ist der Betrieb, der zweite das Bildungssystem und der dritte das Wohnquartier. Ich zähle sie in dieser Reihenfolge auf, weil die Probleme des Wohnquartiers überwiegend Symptome für das sind, was auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem oder in den Familien schief gelaufen ist.

Das erste Stichwort für eine entsprechende Politik – ich habe es schon angesprochen –: Man muss eine erzwungene Integration verhindern, und man sollte eine freiwillige Segregation zulassen. Dass Segregation zum Teil auch erzwungen ist, ist eine der Folgen der Privatisierung von gemeinnützigen Wohnungsbeständen. Das hat zum einen dazu geführt, dass es immer weniger Belegrechtswohnungen gibt, und zum anderen dazu, dass sich die verbleibenden Belegrechte an den unattraktiven Standorten und in den unattraktiveren Bauformen konzentriert haben.

Leider gibt es auch Strategien großer Investoren, die gemeinnützige Wohnungsbestände aufgekauft haben, die das Problem enorm verschärfen: Sie konzentrieren die Belegrechte an den schlechten Standorten ihrer Bestände, unterlassen dort die Sanierungsmaßnahmen und setzen die Sanierungsmittel an den besseren Standorten ein, um in den um die Belegrechtswohnungen und die entsprechenden Haushalte bereinigten Teilen ihrer Bestände besser vermieten und verkaufen zu können. Dadurch entsteht, etwa auch in Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus an der Peripherie, in einzelnen Blöcken eine kleinteilige Verinselung, in der hochproblematische Haushalte konzentriert werden, sowohl arme Deutsche als auch Migranten.

Ich hatte gesagt, ethnische und kulturelle Segregation solle man als eine notwendige Stufe im Prozess der Integration zulassen. In allen empirischen Untersuchungen, die ich kenne, sind negative Effekte der ethnischen Segregation – nicht der sozialen – in Deutschland nur in Bezug auf den Erwerb der deutschen Sprache festgestellt worden. Dort gibt es sie in der Tat. Aber sonst kenne ich keine Untersuchungen, die negative Effekte dieser Form von Segregation bestätigt hätten.

Solchen Befürchtungen liegt eine empirisch eigentlich immer wieder widerlegte Überschätzung räumlicher Faktoren für die Entwicklung sozialer Phänomene zugrunde. Wenn in bestimmten Gebieten mit einer hohen Konzentration von Ausländern Probleme festgestellt werden, sind sie in allererster Linie – nicht ausschließlich – Effekte der sozialen Lage, nicht der ethnischen Kultur.

Allerdings sagt sich das, was ich damit empfehle, nämlich zwischen einer erzwungenen und einer freiwilligen Segregation zu unterscheiden, furchtbar leicht. Es ist einfach, das zu analysieren; in der Praxis überlagern sich die verschiedenen Formen von Segregation.

Daraus sollte man nun nicht den Schluss ziehen, jede Form von Segregation sei auf jeden Fall zu verhindern. Eine erzwungene Desegregation von Zuwanderern kann für die Integration genauso schädlich sein wie eine erzwungene Segregation, unter anderem weil sie den Aufbau informeller Netze behindert, auf die die Zugewanderten besonders angewiesen sind. Das heißt – ich bin mir bewusst, dass man das leicht sagen kann –, dass man in der Stadtpolitik auf einem ganz schmalen Grat wandern muss. Man muss freiwillige Segregation zulassen und erzwungene verhindern. Man muss Einwanderungsquartiere als Dauerinstitution der Stadt akzeptieren und zugleich alles daransetzen, dass daraus keine Fallen werden, aus denen die Zugewanderten keinen Weg mehr herausfinden.

Zweites Stichwort – Herr Fontaine hat das schon sehr eindrucksvoll geschildert –: Solche Quartiere sind in Gefahr, negative Karrieren zu machen, die man kaum unterbrechen kann. Es ist ganz entscheidend, solche Karrieren erst gar nicht in Gang kommen zu lassen. Das heißt, eine kluge Integrationspolitik muss vor allem präventiv tätig werden. Wenn solche Teufelskreise durch die Abwanderung der Mobilitätsfähigen erst einmal in Gang gekommen sind, lässt sich fast nichts mehr daran ändern. Dann kann man höchstens Schadensbegrenzung betreiben.

Dafür sind sicherlich vorsichtige städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen sinnvoll, mit denen z. B. integrationserfolgreichen Migrantenhaushalten bessere Wohnmöglichkeiten, die ihrer gestiegenen Kaufkraft entsprechen, innerhalb des Quartiers angeboten werden, sodass sie, um eine bessere Wohnung zu bekommen, nicht gezwungen sind, das Quartier zu verlassen. Wir stellen bei sozial erfolgreichen Migranten häufig fest – es gibt viele, die weg wollen, aber es gibt auch viele, die bleiben wollen –, dass sie sich gleichsam zum Umzug gezwungen sehen, weil sie keine entsprechende Wohnsituation finden und keine entsprechenden Eigentumbildungsmöglichkeiten haben, was auch, wie Herr Fontaine schon erwähnt hat, mit der Kreditvergabe von Banken in solchen Quartieren zusammenhängt.

Aber der entscheidende Grund für die Unzufriedenheit mit solchen Quartieren ist im Allgemeinen – wenn wir von Extremfällen absehen – nicht die gebaute Umwelt, sondern die soziale Nachbarschaft. Deswegen sind bauliche Maßnahmen auch nicht so entscheidend. Man kann diesen Menschen nicht nur mit Backsteinen helfen, sondern man muss ihnen mit anderen Menschen helfen. Das heißt, nicht nur Sozialarbeiter und Conciergen – was eine sehr vernünftige Maßnahme ist –, sondern auch Quartierspolizisten

und Mentoren für die Jugendlichen sind notwendig. Die Gelder, die für das Programm „Soziale Stadt“ zur Verfügung gestellt werden – ich glaube, die Zahl stimmt noch –, werden in der Bundesrepublik im Durchschnitt immer noch zu 90 % für bauliche Maßnahmen ausgegeben. Das Verhältnis sollte zugunsten der personalintensiven Maßnahmen verändert werden.

Zu einer präventiven Stadtteilpolitik gehört auch das Monitoring der Stadtentwicklung, sodass man rechtzeitig darüber informiert ist, wenn ein Stadtteil beginnt, zu einer schlechten Adresse zu werden: wenn Eltern beginnen, sich über die Bildungschancen ihrer Kinder auf der lokalen Schule Sorgen zu machen, wenn Haushalte anfangen, darüber nachzudenken, ob sie nicht doch lieber wegziehen.

Ein weiterer Ansatzpunkt sind Moderationsverfahren. Man muss versuchen, die typischen Konflikte in solchen Quartiere so zeitig zu moderieren, dass sie nicht gleich eskalieren und sich auf der Ebene von Kündigung, Polizeieinsatz, Justiz und gewaltsamen Auseinandersetzungen bewegen.

Natürlich ist die Bildungspolitik wichtig. Diese Quartiere – ich weiß, wie leicht sich das sagt – brauchen die besten Kindertagesstätten, und sie brauchen die besten Schulen. Einer der wesentlichen Gründe für den Wegzug von bessergestellten Haushalten ist die Sorge um die Bildungschancen ihrer Kinder. Die Schulen in den Problemquartieren werden sicherlich keine Halbtagschulen sein können; denn die Schulen in solchen Quartieren haben eine weit größere Funktion als die reine kognitive Wissensvermittlung. Sie fungieren – bzw. sie müssten das – teilweise auch als Ersatz für das, was in den Familien schief gelaufen ist, und sie sollten sich eher als Bürgerzentren für diese Quartiere verstehen.

Man wird auch in den Fällen – ich weiß, dass auch das hoch problematisch ist –, in denen 80 % oder mehr der Kinder einen Migrationshintergrund haben, über Busing nachdenken müssen, d. h. darüber, diese Kinder in den Schulen anderer Stadtteile unterzubringen. Diese Idee wird sicherlich eine „begeisterte“ Aufnahme bei den Eltern der deutschen Kinder in diesen Schulen finden. Das ist keine einfache Sache.

Partizipation und die Notwendigkeit, die Beteiligungsbereitschaft zu aktivieren, sind angesprochen worden. Dass das so schwer ist, hängt auch mit der Logik der Antragsstellung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ zusammen. Diese Logik der Antragskonkurrenz veranlasst die Gemeinden, gleichsam ihr Elend zu dramatisieren, indem man in dem Antragsformular nur die Blöcke und Straßenzüge, in denen wirklich die härteste Konzentration der Probleme festzustellen ist, nennt und dadurch angrenzende Wohnungen, Straßen oder Blöcke, in denen eher beteiligungsbereite und beteiligungsfähige Bewohner leben, systematisch außen vor lässt. Diese Form der gleichsam durch die Antragslogik erzwungenen Dramatisierung des Elends führt dazu, dass man in dem Programm nur noch eine Bevölkerung hat, die besonders schwer ansprechbar ist, und potenzielle Alliierte einer sozialen Politik für den Stadtteil draußen lässt.

Drittes Stichwort: Notwendigkeit der Differenzierung bei der Integrationspolitik. Es gibt enorme Unterschiede zwischen den Zuwanderern: nach Schicht, nach Bildungsstand, nach Aufenthaltsdauer, nach Rechtsstatus usw. Die Integrationspolitik muss dem Rechnung tragen. Die japanische Kolonie in Düsseldorf weist alle Zeichen einer Parallelgesellschaft auf, aber sie macht keine großen Probleme bei der Integration. Die Türken in Berlin-Kreuzberg oder in Berlin-Neukölln machen das aber durchaus.

Es gibt aber auch – das wird meistens vernachlässigt – ganz verschiedene Typen von Migration in unseren Städten. Damit gehen ganz unterschiedliche Interessen an einer Integration einher. Wenn wir über die Zuwanderung reden, denken wir im Allgemeinen an den klassischen Migranten, der hierherkommt, um zu bleiben. Aber es gibt noch zwei andere Typen, etwa die Transnationalen, die dauerhaft regelmäßig einen Teil des Jahres hier und den anderen Teil des Jahres in ihrem Herkunftsland verbringen. Die Polen und die Russen in Berlin sind typische Beispiele dafür. Sie können sich natürlich auch deutsche Rentner auf Mallorca als transnationale Migranten vorstellen.

Es gibt einen dritten Typus, der quantitativ außerordentlich gewichtig ist: Das sind die transitorischen Migranten, die sich nur vorübergehend hier aufhalten. Zwischen 1974 und 1999 sind 15 Millionen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert, und in demselben Zeitraum sind 12,3 Millionen wieder fortgezogen. Die Migranten, die wieder fortgezogen sind, haben sich im Durchschnitt vier Jahre bei uns aufgehalten.

Die transnationalen, die transitorischen und die klassischen Migranten leben alle in unseren Städten, aber sie haben ganz unterschiedliche Interessen an Integration. Für einen transitorischen Migranten sind die Städte keine Orte gelingender Integration, und er erwartet von ihnen auch nicht die Funktion einer Schleuse in die deutsche Gesellschaft, sondern für ihn fungieren die Städte – so könnte man es sagen – als ein Hotel, in dem man für eine gewisse Zeit möglichst bequem unterkommen möchte. Ansonsten möchte man in Ruhe gelassen werden – sicherlich auch von den Zumutungen der Integrationspolitik.

Die Städte müssen dafür Sorge tragen, dass diese Hotelfunktion gewährleistet ist. Wenn Sie sich die hoch qualifizierten transitorischen Migranten anschauen, stellen Sie fest, dass das alltäglich und hervorragend über den Markt geschieht. Es gibt an internationalen Arbeitsplätzen orientierte wirtschaftliche Eliten und auch wissenschaftliche Eliten sowie andere, die sich vorübergehend hier aufhalten, und für deren Bedürfnisse findet man auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt und im Bildungssystem – Stichwort: internationale Schulen – eine hervorragende Vorsorge.

Viertes und letztes Stichwort: Geduld, Konflikttoleranz und Einsicht in das Unvermeidliche. Die Integration und genauso die Aufgaben des Programms „Soziale Stadt“ sind eine Daueraufgabe. Mit der Sanierung eines Quartiers ist für eine Stadt das Problem längst noch nicht erledigt, sondern es wird an einem anderen Ort in der Stadt wieder zu so etwas kommen. Das heißt, Sie brauchen dauerhafte Institutionen, professionelles Personal und eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung. In diesen Politiken muss man von der projektförmigen Organisation entsprechender Maßnahmen wegkommen.

Ich denke, es ist auch eine Aufgabe der Politik, die Einsicht in das Unvermeidliche, z. B. in die Unvermeidbarkeit von Konflikten, zu vermitteln. Ich habe zu Anfang gesagt, auch unter idealen Bedingungen brauche Integration außerordentlich viel Zeit. In diesen langen Zeiträumen wird den Zugewanderten und genauso den Einheimischen eine weiß Gott außeralltägliche Leistung abverlangt. Wer seine Heimat verlässt, lässt nicht nur eine vertraute Umgebung zurück. Alfred Schütz hat einmal gesagt: Er muss seine Gräber entheiligen. – Aber auch für Einheimische bedeutet Zuwanderung eine Bedrohung und eine Belastung. Auch für Alteingesessene ist es ein Stück Heimatverlust, wenn sich ihre gewohnte Umgebung durch den Zuzug von Fremden plötzlich verändert. Das heißt, Wanderungsbewegungen stellen Identitäten infrage: nicht nur die der Migrierenden, sondern genauso auch die der Einheimischen.

Über alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen gelingender Integration hinaus braucht Integration immer Zeit. Die Integration der Ruhrpolen im Ruhrgebiet hat drei Generationen gedauert, und sie ist unter sehr viel günstigeren Umständen abgelaufen als die Integration der heutigen Zuwanderer. Die Integration der Ruhrpolen ist eigentlich erst im Zuge des Wirtschaftswunders in den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts gelungen. Integration braucht also sehr viel Zeit, und die Aufgabe beginnt mit jedem Zugewanderten aufs Neue.

Außerdem braucht die Integration, wie ich schon gesagt habe, Räume des Übergangs und auf beiden Seiten die Fähigkeit, mit den objektiven und den subjektiven Schwierigkeiten der Migration, die man überhaupt nicht leugnen kann, halbwegs zivil umzugehen. Ich denke, es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Integrationspolitik, Einsicht in die Unvermeidlichkeit der Ärgernisse, die damit verknüpft sind, und der Konflikte zu fördern und mit dieser Einsicht vielleicht auch ein bisschen die Fähigkeit zu vermitteln, solche Konflikte und Ärgernisse zu ertragen.

Vorsitzender: Danke schön. – Es ist gesagt worden: Stadtluft macht frei. – Diesen Satz könnte man an den Anfang Ihres Referats stellen. Insofern gefällt uns Hessen das ganz bestimmt. – Frau Öztürk hat sich als Erste gemeldet.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Herr Siebel, zu dem Thema Geduld fällt mir ein, es gibt ein schönes arabisches Sprichwort, das lautet: Geduld ist der Schlüssel zum Paradies. – Vielleicht gilt das auch für unsere Integrationspolitik. Von daher ermuntert uns das sehr, hier erst einmal geduldig weiterzumachen.

Ich habe mich gemeldet, als Sie über die soziale Segregation in bestimmten Wohnquartieren gesprochen und darauf hingewiesen haben, dass der Wegzug der mobilen Migranten und das Zurückbleiben der deutschen Bewohner und der Migranten, die am Rande der Gesellschaft lebten, ein gewisses Konfliktpotenzial bergen könnten.

Meine These ist – ich weiß nicht, ob das empirisch belegt ist; das ist meine Frage an Sie – , dass die mobilen Migranten, die aus den sozial schwachen Vierteln wegziehen, die Verbindungen zu diesen Vierteln und die Teilhabe an den entsprechenden sozialen Netzwerken nicht aufgeben. Vielmehr kehren sie teilweise zurück, pflegen die verwandtschaftlichen Beziehungen, die Bekanntschaften und den Kontakt zu den Nachbarn – wie auch immer – und versuchen, diejenigen, die zurückgeblieben sind, sozial zu unterstützen. Sie handeln quasi aus der Verantwortung heraus: Sie selbst haben es geschafft, und die anderen will man nicht zurücklassen.

Des Weiteren vertrete ich die These, dass in den Neunzigerjahren, als die Integrationspolitik noch nicht vorhanden war, über diese Netzwerke eine eigenständige Integration vieler Personen geleistet wurde. Ich weiß aber nicht, ob das empirisch belegt ist und ob es Untersuchungen dazu gibt. Im Umkehrschluss würde es nämlich bedeuten, dass durch den Wegzug der mobilen Migranten diejenigen, die zurückgeblieben sind, verloren wären. Ich glaube, dann müsste in manchen unserer Viertel die Situation viel schwieriger sein. Die Tatsache, dass vieles einigermaßen glimpflich oder sogar gut ausgegangen ist und Integration irgendwie zufällig funktioniert hat, ist meiner Meinung nach auch mit diesen Netzwerken zu erklären. Wie gesagt, ich weiß aber nicht, ob das wissenschaftlich belegt ist. Mich würde interessieren, ob Sie entsprechende Erkenntnisse haben.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dass wir die Bedeutung verwandtschaftlich basierter informeller Netze für die Integration von Zuwanderern überhaupt nicht überschätzen können. Wir haben eine eigene empirische Untersuchung durchgeführt – allerdings keine repräsentative –, in der das sehr deutlich herausgekommen ist. Die Nähe – auch die physische – zu den Verwandten war den von uns Befragten so wichtig, dass sie sogar bewusst auf bessere Wohnungen verzichtet haben, um in fußläufiger Entfernung zu ihnen leben zu können. Das gilt vor allem über die Frauen.

Ihre Vermutung, dass diese Netze durch die räumliche Distanz nicht sofort zerrissen werden, ist sehr plausibel. Aber auch angesichts der geringen Mobilität ist physische Nähe außerordentlich wichtig, damit solche Netze tagtäglich funktionieren können. Deshalb besteht auch ein großes Interesse, in solchen ethnischen Kolonien – in diesem Fall in der Nähe der eigenen Verwandten – zu leben.

Abg. **Gerhard Merz**: Erste Frage. Ich möchte gern an dem Punkt ansetzen, wie sich segregierte Stadtviertel – wenn man sie als Räume des Übergangs deutet – in der Generationenfolge entwickeln. Gibt es dazu allgemeine Erkenntnisse?

Zweite Frage. Es gibt Länder, in denen versucht wird, auf der Grundlage des Postulats der Zulassung, wenn auch nicht unbedingt der Förderung von Segregation politische Instrumente einzusetzen. Vielleicht könnten Sie etwas dazu sagen, wie sich das im internationalen Vergleich darstellt; denn es stellt sich schon die Frage, welche praktischen Schlussfolgerungen man aus einer solchen zumindest nicht unplausiblen Forderung zieht.

Dritte Frage. Jetzt wird es noch etwas praktischer: In den Wohnvierteln, über die wir reden, besteht relativ häufig ein großer Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Nun haben wir dort, wo konsequente und umfassende Modernisierungs- und Sanierungsanstrengungen unternommen werden, in der Regel einen deutlichen Anstieg der Mieten. Teilweise können sich die angestammten Wohnungsmieterinnen und -mieter dort nicht mehr halten, weil die Mieten so stark steigen. Wie ich vorhin schon einmal gesagt habe, gilt das auch im Zusammenhang mit den Mietobergrenzen bei den Hartz-IV-Behörden. Gibt es dazu Erkenntnisse, und können Sie uns empfehlen, wie man mit diesem Thema wohnungswirtschaftlich umgehen kann?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Zu der Frage der Generationenfolge: Wir haben in unserer Studie bewusst die Angehörigen der zweiten Generation angesprochen und bei ihnen ein großes Interesse daran festgestellt, in physischer Nähe zu ihren Eltern leben zu können. Das hat handfeste Gründe. Wenn man z. B. Kinder hat oder krank ist, ist eine in der Nähe lebende Großmutter etwas ganz Praktisches. Das brauche ich gar nicht näher auszuführen. Gerade bei den Angehörigen der zweiten Generation gibt es dieses große Interesse.

Zu der zweiten Frage. Das bekannteste Beispiel für ein solches Land ist Kanada. „Difference is our strength“ ist der Wahlspruch von Toronto – die bewusste, gleichsam offensive Darstellung der Stadt als ein Mosaik ganz unterschiedlicher Lebensweisen und Kulturen, wobei die Unterschiedlichkeit als Ausdruck und auch als Faktor der kulturellen Produktivität und Attraktivität einer Stadt angesehen wird.

Nun fällt das Kanada leichter als uns, weil man dort eine sehr strikte, auf Quoten basierende Einwanderungspolitik hat und sich daher nicht so sehr wie wir mit dem Problem auseinandersetzen muss, dass vor allem über den Familiennachzug unqualifizierte und nicht in den Arbeitsmarkt integrierte Einwanderer kommen. Es hilft nichts: Wir haben es mit einem außerordentlich ambivalenten und schwierigen Problem zu tun. Unter den Bedingungen, wie sie in deutschen Großstädten gegeben sind, ist eine Politik, wie sie in Toronto gemacht wird, schlicht schwerer durchzuführen; denn das Zulassen von Konzentrationen bestimmter Zuwanderergruppen in bestimmten Quartieren trifft mit der miserablen sozialen Situation eines Teils dieser Migranten zusammen. Daraus entstehen dann die Probleme.

Dass Modernisierung – teilweise sogar die Instandhaltung – mit einem Mietanstieg und in dessen Folge mit der Verdrängung des Schwächeren einhergeht, ist ein sehr altes Problem. Ich glaube, dass man das nicht mit guten Ideen, sondern nur mit Subventionen lösen kann. Ich halte es auch für fatal, dass der soziale Wohnungsbau so massiv zurückgefahren worden ist. Das ist eines der Probleme – ich glaube, die SPD hat das vor 30 Jahren in Gang gesetzt –, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Ich habe deshalb auch ganz bewusst von einer vorsichtigen Aufwertung gesprochen, die es erfolgreichen Haushalten erlaubt, im Quartier zu bleiben, wenn sie es wollen, und trotzdem ihre Wohnsituation zu verbessern. Aber es sollte in einem Quartier keine massiven flächendeckenden Aufwertungsmaßnahmen mit den entsprechenden Folgen für den Mietpreis geben. Ich finde, da muss man sehr differenzieren.

Sachv. **Birgit Simon:** Herr Prof. Siebel, Sie haben heute die Begriffe „erzwungene Segregation“ und „freiwillige Segregation“ eingeführt. Ich finde sie sehr interessant. Sie machen vor allen Dingen auf die positiven Aspekte der freiwilligen Segregation aufmerksam, indem Sie sagen: Wenn Zuwanderer kommen, müssen sie sich orientieren und zusammenbleiben, und dann kommen sie leichter in die Gesellschaft hinein.

Ich stelle aber ein ganz anderes Phänomen fest, nämlich dass Migranten, die hier schon über 30 Jahre leben, langsam alt werden und in ein Altenheim oder ins betreute Wohnen ziehen wollen – manche sogar in ein Pflegeheim –, dort wiederum eine freiwillige Segregation wünschen. Sie fragen an, ob wir nicht in einem Altenheim eine Abteilung für Migranten einrichten könnten, sodass sie sich dort wohler fühlen und leichter einen Zugang finden. Es ist die erste Generation von Migranten, die überhaupt in solche Institutionen geht.

Es hat sich auch gezeigt, dass viele Familien, die sich früher vorgestellt hatten, ihre alten Eltern bei sich zu behalten, an ihre Grenzen stoßen und sagen: Nein, das können wir gar nicht mehr schaffen. – Auch wenn diese Menschen eine ganze Zeit, nachdem sie zu arbeiten aufgehört hatten, zu den Transnationalen gehörten und regelmäßig nach Marokko, in die Türkei oder in andere Länder zurückgefahren sind, beschäftigen sie sich am Ende ihres Lebens, wenn sie nicht mehr so fit sind, durchaus mit diesen Ideen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie das auch als Wunsch nach einer sinnvollen freiwilligen Segregation ansehen, den wir in unseren Städten guten Gewissens umsetzen können.

Herr Prof. **Dr. Siebel:** Was spräche denn überhaupt dagegen?

Sachv. **Birgit Simon:** Die Vorbehalte, die es seitens der Einrichtungen gibt, oder auch das Misstrauen der Bevölkerung.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Ich finde das eine sehr gute Idee. Ich denke auch, dass es den Betreuungsaufwand verringern würde, wenn Menschen, die sich kennen und einander vertrauen können, in die Lage versetzt werden, zusammen alt zu werden. Darin unterscheiden sich Migranten und Deutsche nicht. Alle Untersuchungen über Wohnwünsche von alten Menschen zeigen einen dominanten Wunsch, nämlich den, in der gewohnten Umgebung, in der vertrauten Wohnung und mit der vertrauten Nachbarschaft alt zu werden.

Die niedrigsten Umzugsraten – wenn sie überhaupt umziehen – findet man bei 62- bis 72-Jährigen. Bei Menschen in höherem Alter steigen sie wieder an, und dann handelt es sich meistens um eine erzwungene Mobilität aufgrund von Pflegebedürftigkeit. Wenn überhaupt, dann ziehen die Menschen anlässlich der Verrentung zu den eigenen Kindern und keineswegs in die Berliner Innenstadt, um nahe am Kulturforum zu sein. Das sind sehr wenige. Darin, dass sie in der Nähe vertrauter Menschen alt werden wollen, unterscheiden sich die Migranten wahrscheinlich gar nicht von den Deutschen. Ich denke, das entlastet auch die sozialen Dienste.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira**: Sie haben eingangs Markt und Recht idealtypisch beschrieben und die Integrationsfähigkeit dieser Teilsysteme beschrieben.

Ich würde sagen, es ist gerade umgekehrt: Moderne Gesellschaften sind integrationsbedürftig. Wären die Teilsysteme der Gesellschaft derart integrationsfähig, wie Sie es dargestellt haben, müssten wir nicht so viel über diese Frage diskutieren. Tatsache ist, dass das Recht, der Arbeitsmarkt und andere Bereiche eben nicht das gewünschte Maß an Integration herstellen. Das würde ich zunächst einmal kritisch anmerken. Vielleicht können Sie dazu Stellung beziehen.

Meine Frage ist ganz konkret: Bildet sich Segregation freiwillig oder nicht freiwillig heraus? Was sind die Indikatoren, die Menschen dazu veranlassen, freiwillig diese Netzwerke zu verlassen, also eine räumliche Distanz herzustellen und vielleicht in Viertel zu ziehen, die anders durchmischt sind? Ich kann mir vorstellen, dass es eine Motivation dazu gibt, wenn man ein Bildungsaufsteiger ist. Gibt es klare Indikatoren dafür? Was führt dazu, dass sich die Menschen nach einer Segregation wieder untereinander mischen? So, wie ich Sie verstanden habe, sind das keine dauerhaften Zustände. Sie haben das transitorische Situationen genannt: Situationen des Übergangs. Was heißt das konkret? Wann führen diese Situationen dazu, dass sich die Leute in andere Teilbereiche der Gesellschaft eingliedern?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Erstens. Ich glaube, eine solche Beschreibung ist wichtig, um zu erklären, was wir unter Integration verstehen. Deswegen habe ich auf Markt, Recht, Demokratie und Stadt hingewiesen. Man könnte es so ausdrücken: In diesen Bereichen integriert man durch einen Verzicht auf Integration, indem man systematisch alle möglichen befremdlichen Eigenschaften einer Person übersieht.

Der Witz ist, dass ein Markt, in dem das zu wenig praktiziert würde, auf Produktionsfaktoren, etwa auf Arbeitskräfte und Know-how, verzichten müsste. Das heißt, die Logik dieser Systeme – das finde ich das Interessante – beruht darauf, systematisch von allem Möglichen abzusehen. Das ist ein ganz modernes Phänomen. Frühere Gesellschaften waren dazu überhaupt nicht fähig. So verläuft Integration bei uns. Dass man Konflikte vermeidet, sich eben nicht kümmert und den anderen nach seiner Façon selig werden

lässt, ist ein ganz wesentlicher Mechanismus moderner Gesellschaften im Umgang mit dem Alltagsphänomen Fremdheit.

Übrigens gilt das nicht nur für den Umgang mit Migranten. Wenn Sie sich Angehörige bestimmter deutscher Jugendsubkulturen anschauen, stellen Sie fest, dass sie auf einen ordentlichen deutschen Bildungsbürger oder auf einen Angehörigen traditioneller Arbeitermilieus wahrscheinlich mindestens genauso fremdartig wirken wie der türkische Kollege.

(Abg. Gerhard Merz: Da sagen Sie etwas!)

Das ist ein Alltagsproblem, und deswegen haben moderne Gesellschaften das Nicht-hingucken als einen Mechanismus der Integration entwickelt. Wir müssen uns davon lösen, zu glauben, es gehe durch eine Homogenisierung. Es geht zu einem großen Teil durch persönliche und räumliche Distanz.

Auch ich weiß, dass der Markt, das Rechtssystem, das politische System und die Stadt nicht immer so funktionieren, wie sie es nach ihrer eigenen Logik sollten. Aber daraus folgt, die beste Integrationspolitik ist die, die diese Systeme dazu befähigt, nicht diskriminierend zu funktionieren. Dann werden sie selbst bessere Leistungen erbringen. All das, worüber wir hier reden, gehört zu einer nachträglichen Politik, mit der man an den Symptomen kuriert, die in den anderen Systemen entstanden sind.

Zweitens. Sie haben mit Ihrer zweiten Frage ein Problem angesprochen, auf das ich selbst keine schlaue Antwort weiß: Die negativen Karrieren von Stadtquartieren werden heute mehr und mehr durch den Fortzug der Erfolgreichen und der Bildungsorientierten befördert. Die Anlässe für einen Fortzug sind: die Schulsituation – ein ganz starker Grund –, die negative Adresse, das Image, die alltäglichen Konflikte mit Nachbarn, die eben nicht wie man selbst sind, und die Wohnungsversorgung, d. h. die Wohnungsangebote im Gebiet. Es gibt viele, die aus diesen Gründen wegziehen. Das ist auch ein Prozess, sich in die Mittelschichtsgesellschaft zu integrieren. Das kann man nicht verhindern.

Auf der anderen Seite brauchen wir Einwanderungsquartiere als Dauerinstitutionen. Wer bleibt da eigentlich, um diese Mentoren- und Scoutfunktionen für die neu Zugewanderten zu erfüllen? – Damit sind wir wieder bei der Feststellung, was für eine schwierige Gratwanderung die Integrationspolitik vollbringen muss: Sie muss das Entstehen dieser Quartiere zulassen. Sie muss auch darauf sehen, dass ein paar Scouts und Mentoren dauerhaft dort leben. Ich glaube, es gibt genügend, die das wollen. Sie muss verhindern, dass sie wegziehen und nur die nicht Integrationserfolgreichen als Begrüßer für die neu Zugewanderten übrig bleiben.

Ich kann nur immer wieder sagen: Die erste Voraussetzung für eine kluge Stadtpolitik ist, sich diese Ambivalenz klarzumachen und damit vorsichtig umzugehen. Es gibt darauf keine pauschalen Antworten.

Abg. **Alexander Bauer:** Erstens. Ich habe Ihre Ausführungen dahin gehend verstanden, dass es drei wesentliche Orte gibt, an denen Integration stattfindet: Sie nannten die Betriebe, die Bildungseinrichtungen und die Wohnquartiere. In dieser Reihenfolge haben Sie sie erwähnt.

Zweitens haben Sie ausgeführt, dass die ethnische Segregation einen negativen Effekt hat, den die Wissenschaft nachweist: den negativen Effekt auf den Spracherwerb. Jetzt

haben wir schon andere Themenbereiche behandelt, wobei jeweils deutlich wurde – das ist zwar eine Binsenweisheit –, dass im Zusammenhang mit vielen integrationspolitischen Fragen die Sprache zwar nicht alles ist, aber ohne die Sprache alles nichts ist. Dementsprechend sind wir in den anderen Sitzungen immer auf den Kernsatz zurückgekommen, dass der Spracherwerb die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration ist.

Daraus folgere ich, dass man, wenn in den Wohnquartieren ein negativer Effekt der Segregation auf den Spracherwerb festzustellen ist, diese Segregationstendenzen zumindest nicht fördern sollte. Sie haben darauf hingewiesen, dass das eine notwendige Stufe der – als „Assimilierung“ will ich es nicht bezeichnen – Integration ist. Aber wenn sie auf die Kernkompetenz des Spracherwerbs eher negative Auswirkungen hat, müsste man dann aus Ihrer Sicht diesen Entwicklungen nicht durch eine entsprechende Stadtpolitik – durch eine Verteilungspolitik – entgegenreten? Ihr Argument ist, messbar gebe es nur ein Problem. Nach unserer Auffassung ist der Spracherwerb aber zentral. Daher ist diese Entwicklung eigentlich nicht als positiv darzustellen.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Sie haben völlig recht: Der Spracherwerb ist außerordentlich wichtig. Er ist in der Tat, soweit mir bekannt ist, der einzige empirisch nachgewiesene Nachteil der Konzentration in ethnischen Kolonien. Nur: Muss man aus dieser richtigen Einsicht die Konsequenz einer forcierten Desegregation mit allen ihren Nachteilen ziehen, nämlich dass man genau die informellen Hilfeleistungen erschwert, auf die gerade die neu Zugewanderten besonders angewiesen sind? Ich glaube, man produzierte eine massive Nachfrage nach zusätzlichen sozialstaatlichen Leistungen, wenn man das machen würde.

Kann man darauf nicht auch reagieren, indem man in diesen Quartieren die entsprechenden Angebote verstärkt? Das hat auch den Vorteil, dass die Leute dort viel leichter erreichbar sind, als wenn sie über eine ganze Stadtregion verstreut untergebracht werden. Meine These ist, dass die Desegregation zwar möglicherweise das Problem in Bezug auf den Spracherwerb lösen, dafür aber an anderer Stelle mehr Probleme erzeugen würde. Abgesehen davon isoliert man diese Leute sehr stark, wenn man sie in eine rein deutsche Umgebung bringt.

Abg. **Alexander Bauer**: Denken Sie nicht, dass eine zunehmende Zahl von interethnischen Kontakten auch ein Kennzeichen für eine gelingende Integration ist und dass sie gefördert werden müssten, damit sich die Zuwanderer in die sozialen Strukturen – Vereine, Verbände und die Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune – stärker integrieren? Denken Sie nicht, dass auch der interethnische Kontakt eine messbare Größe ist?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Da haben Sie völlig recht. Das entspricht auch dem, was wir über die Situation in den sogenannten Einwanderungsquartieren in Deutschland wissen. In der internationalen Diskussion spricht man von einem ethnisch dominierten Stadtviertel – damit auch von der Dominanz einer fremden Sprache – erst dann, wenn mehr als 40 % der Bewohner einer Ethnie angehören.

Das WZB hat eine Untersuchung in ca. 1.800 Quartieren in Deutschland durchgeführt: In keinem einzigen der untersuchten Quartiere ist das der Fall. Die größte Gruppe, die wir haben, die Türken, macht in nur elf von über 1.800 Quartieren mehr als 20 % der Bevölkerung aus. Das heißt, wir haben nicht, wie wir es etwa aus amerikanischen Städten

kennen, die Dominanz einer ethnischen Gruppe in bestimmten Quartieren. Die Normalität ist genau das, was Sie beschrieben haben: ethnisch gemischte Quartiere mit einer deutschen Majorität. Dann kann man hoffen, dass aufgrund der ethnischen Mischung Deutsch zur Verständigungssprache, also zur Lingua franca, unter den Angehörigen der verschiedenen Ethnien wird. Das Problem sind die Kindertagesstätten und die Schulen, aber auch da kann man hoffen.

Sachv. **Dr. Stefan Luft:** Ich habe drei Fragen. Erste Frage. Wie sehen Sie die Rolle ethnischer Präferenzen bei der Entstehung ethnisch-sozialer Konzentrationen? Ich habe es so verstanden, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Zuwanderer durch Mechanismen des Wohnungsmarktes und durch Diskriminierungspraktiken seitens der Vermieter in bestimmte Stadtviertel der deutschen Städte gefiltert wurden. Dann gab es in der öffentlichen Debatte immer die These – oder die Behauptung –, die wollten sich gar nicht integrieren, sondern unter sich bleiben. Das heißt, es wurde behauptet, die ethnischen Präferenzen seien das Entscheidende gewesen. Mich würde interessieren, wie Sie das einschätzen.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation. Könnte man sagen, dass sich, mit all den ambivalenten Auswirkungen, die es hat, in deutschen Städten nur Migranten mit einem hohen Status – Sie erwähnten die Japaner in Düsseldorf – und sozial starke Einheimische, die sich ebenfalls in bestimmten Stadtteilen konzentrieren, freiwillig für die Segregation entscheiden?

Dritte Frage. Sie raten von der Politik der Desegregation ab. Könnte man nicht sagen, dass die Städte eine solche Option gar nicht haben? Es gibt gar nicht die Möglichkeit, eine wohnliche Segregation zu verhindern. In den Siebzigerjahren gab es die Versuche, sie durch Zugangssperren zu verhindern. Das hat nicht funktioniert. Nach zwei, drei Jahren sind, mit Ausnahme von Westberlin, diese Zugangssperren aufgehoben worden.

Herr Prof. **Dr. Siebel:** Herr Dr. Luft, ich kann Ihnen eigentlich in allem zustimmen. Zunächst einmal: Es gibt Mechanismen auf dem Wohnungsmarkt – Kaufkraft, die räumliche Verteilung von ökonomisch zugänglichen Wohnungen, Diskriminierung und teilweise auch eine gezielte Belegungspolitik –, die dazu führen, dass sich bestimmte Gruppen in bestimmten Quartieren konzentrieren. Da geht es nicht so sehr um die Konzentration von Ethnien, sondern eher um die Konzentration von Zuwanderern plus Armut.

Die ethnische Segregation ist meistens ein sehr kleinräumiges Phänomen, das sehr stark über Verwandtschaftssysteme vermittelt wird. Primär ist es so, dass man bei denen wohnen möchte, die man schon persönlich kennt. Das sind in erster Linie die Verwandten. Das ist die zentrale Ursache für das Phänomen der Kettenwanderung: Menschen ziehen in Arbeitsmarktregionen, z. B. in das Ruhrgebiet, die ihnen ökonomisch gar keine positiven Perspektiven mehr bieten. Aber sie ziehen dahin, weil ihre Verwandten, die in den Sechzigerjahren gekommen sind, dort leben. Das ist ein ganz dominanter Wunsch im Zusammenhang mit der ethnischen Konzentration.

Wie gesagt, man muss diese beiden Prozesse auseinanderhalten. Ich nenne immer wieder dieses Beispiel: Die Deutschen in Amerika haben das auch gemacht, und sie haben sich mit guten Gründen so verhalten. Es hat ihnen nicht geschadet, dass sie das gemacht haben.

Die freiwillige Segregation ist vor allem ein Phänomen derer, denen alle Optionen auf dem Wohnungsmarkt offenstehen. Am stärksten ist das Phänomen der Segregation bei der deutschen Oberschicht. Nur schickt man dort keine Sozialarbeiter hin, weil man das für ein Integrationsproblem hält.

Vorsitzender: Wohlstandsverwahrlosung gibt es auch.

Herr Prof. **Dr. Siebel:** In den Kriminalitätsstatistiken kann man sie schlecht feststellen, weil sie besser verborgen wird. Die rauchen ihr Marihuana nicht auf der Straße, sondern im Garten, und dann erscheinen sie nicht in der Kriminalitätsstatistik.

Bei dem, was Sie im Zusammenhang mit der Problematik der räumlichen Segregation angesprochen haben, ist eines ganz wichtig: Wir unterstellen immer, dass sich in unserer Gesellschaft abgeschottete Milieus über die räumliche Konzentration entsprechender Gruppen in bestimmten Quartieren einer Stadt entwickelten. Das ist vielleicht eine Beschönigung des Bildes. Die viel härtere Form der Abschottung erfolgt über die tagtägliche Mobilität.

Der Integrationsbeauftragte der Stadt Zürich hat einmal gesagt, die eigentliche Parallelgesellschaft bildeten die hoch qualifizierten angelsächsischen Arbeitskräfte. Sie stellen die Segregation von dem Lebensbereich anderer Gruppen nicht dadurch her, dass sie sich gleichsam in eine von angelsächsischen Finanzfachleuten errichtete Festung zurückziehen, sondern durch eine hoch selektive, hoch mobile Nutzung der Region.

Man fährt in einen 10 km entfernten Klub, in dem man unter sich ist. Man fährt zu einem Arbeitsplatz, an dem man unter seinesgleichen ist. Man fährt zu einem Wohnquartier, in dem man unter sich ist. Man schickt seine Kinder in eine bestimmte Schule und fährt dafür 20 km. Das heißt, gerade durch eine hohe Mobilität entsteht die scharfe Form der Abschottung von Milieus gegeneinander. Gerade eine hohe Mobilität kann ein Indiz für eine sehr scharfe Segregation von Lebenssphären sein. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, die räumliche Konzentration sei das eigentliche Problem. Die tritt im Wesentlichen bei der Unterschicht auf, die nicht über diese Möglichkeiten der Mobilität verfügt.

Letzter Punkt. Eines der Probleme ist – da haben Sie recht –: Dort, wo sich mit sozialen Problemen belastete Gruppen konzentrieren, etwa Transferempfänger, die sich auch subjektiv von einer Orientierung auf den Arbeitsmarkt verabschiedet haben, führt das zu enormen Schwierigkeiten bei der Sozialisation der Jugendlichen, die in solchen Umwelten aufwachsen müssen. Ich denke, dort wäre Segregation – eine andere Belegungspolitik – in der Tat sehr sinnvoll. Nur hat man nicht die optimalen Möglichkeiten. Das hängt damit zusammen, dass der soziale Wohnungsbau und die Belegungsrechte quantitativ und qualitativ massiv reduziert worden sind. Es wäre sehr schön, wenn die Kommunen in verschiedenen Quartieren Belegungsrechte ankaufen könnten, um überhaupt Möglichkeiten für eine solche Politik zu haben.

Abg. **Kordula Schulz-Asche:** Herr Prof. Siebel, Sie haben eingangs und auch noch einmal zwischendurch die Bedeutung – in dieser Reihenfolge – von Arbeitsmarkt, Bildung und Wohnquartier angesprochen. Nach den Unruhen in Frankreich, die im Umkreis praktisch aller Großstädte stattgefunden hatten, wurden Untersuchungen dazu durchgeführt, welchen Zugang Menschen aus diesen Quartieren zum Arbeitsmarkt haben. Es ist festgestellt worden, dass es zum einen wegen des Namens und zum anderen wegen

der Adresse eine eindeutige Diskriminierung von Jugendlichen gegeben hat, die deswegen keine Stellen gefunden haben. Gibt es ähnliche Untersuchungen für Deutschland, oder berufen Sie sich bei Ihren Aussagen auch auf diese französischen Untersuchungen?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Ich meine, es hat vor einem Jahr eine Telefonumfrage gegeben, bei der man genau so etwas versuchte: sich ohne Ansehen der Person um eine Stelle zu bewerben. Das war ein Test. Herr Gestring, kennen Sie das?

Herr **Dr. Gestring**: Es ging um Stigmatisierung.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Das meine ich. Die haben ihre Adresse genannt, und dann wurden die Ergebnisse ausgezählt. Das waren anonyme Bewerbungen. Ich kenne nur eine Telefonstudie.

Frau **Hanhörster**: Der Planerladen Dortmund hat vor einigen Jahren eine Untersuchung zur ethnischen Diskriminierung durchgeführt, bei der Testpersonen unter verschiedenen Namen und mit unterschiedlicher Sprachkompetenz nach der Verfügbarkeit von Wohnraum gefragt haben. Um diese beiden Faktoren ging es. Es wurde in der Tat festgestellt, dass es immer noch eine Benachteiligung gibt.

Auch ich kann das aufgrund meiner Forschung sagen. Im Duisburger Raum machen wir gerade viele Untersuchungen mit Eigentümern, die wir sozusagen über ihre Wohnbiografie und über das Vorkommen von Diskriminierung berichten lassen. Es ist milieuübergreifend: Ich habe keinen Eigentümer kennengelernt, der nicht von genau dieser Diskriminierung aufgrund des Namens und der Erscheinung berichtet hätte.

Herr **Dr. Gestring**: Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit ist das eine, Diskriminierung aufgrund der Wohnadresse das andere. Im Rahmen derselben Studie, von der Herr Siebel gesprochen hat, haben wir auch Arbeitgeber befragt. Wir haben typische Migrantenquartiere untersucht: türkische Migranten der zweiten Generation in einer Großwohnsiedlung.

Die Arbeitgeber scheinen nicht so sehr auf das Quartier an sich – auf die Adresse – zu schauen, sondern sie verbinden mit dem Quartier eine Schule. Abgänger von bestimmten Schulen werden besonders geprüft. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Quartier und den Vorstellungen, die Arbeitgeber über Schulen in solchen Quartieren haben. Dabei sind das zum Teil Schulen, die richtig gut sind. Aber daran kann man sehen, dass es bei der Ausbildungsplatzsuche Diskriminierung gibt. Das kennt man auch aus der Schule in Berlin-Kreuzberg, die dadurch bekannt geworden ist, dass der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund 100 % betrug. Dort gibt es zum Teil ganze Jahrgänge von Schülern mit Haupt- und Realschulabschluss, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, da die Auffassung vorherrscht, in solch einem Quartier könne die Schule nur schlecht sein.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Meine erste Frage nach den Quartieren hat Frau Schulz-Asche schon vorweggenommen. Meine zweite Frage bezieht sich noch einmal auf die Begrif-

fe „freiwillige Segregation“ und „erzwungene Segregation“. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wo die Grenze zwischen der freiwilligen Segregation und der in der Integrationspolitik so verschrienen Parallelgesellschaft verläuft. Dieser Begriff ist politisch sehr negativ besetzt. Die Bildung einer Parallelgesellschaft ist etwas, was viele nicht wollen. Sie als Wissenschaftler können mir vielleicht dabei helfen, wo ich die Grenze zwischen der freiwilligen Segregation und der politisch verschrienen Parallelgesellschaft ziehe.

Sie sagen, die freiwillige Segregation in einem kulturell höher stehenden Milieu werde in der Gesellschaft eher akzeptiert als bei sozial schwächeren Personenkreisen, die ebenfalls eine kulturelle Segregation bevorzugten. Von der Mehrheitsgesellschaft werde dies aber als Abschottung gesehen. Wo ist da die Grenze zur Parallelgesellschaft zu ziehen? Vielleicht können Sie mir da helfen; das verwirrt mich nämlich ein bisschen.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Erstens. Mit „Segregation“ meinen wir gewöhnlich die Konzentration der Wohnstandorte einer bestimmten Gruppe, ob sozial oder ethnisch definiert, in bestimmten Quartieren der Stadt. Das hat noch nichts mit einer Parallelgesellschaft zu tun, sondern bezieht sich auf das rein empirische Phänomen der räumlichen Konzentration sozialer Gruppen in bestimmten Territorien der Stadt.

„Parallelgesellschaft“ bedeutet – wenn man den Begriff nicht nur polemisch verwendet –, dass eine bestimmte Gruppe parallele Institutionen zu denen der Gesellschaft entwickelt: ihr eigenes Justizsystem, ihre eigenen Schulen, ihre eigene Polizei, ihre eigene Wohnungsversorgung, ihre eigene ökonomische Basisstruktur usw. Unter einer Parallelgesellschaft – den Begriff muss man ernst nehmen – versteht man die Parallelisierung der Institutionen. Das würde man vielleicht in der Wirtschaft nicht unbedingt für problematisch halten; in der Justiz kann es ungeheure Probleme bereiten. Soviel ich weiß, gibt es Parallelgesellschaften in diesem Sinn in Deutschland nicht.

Zweitens. Damit möchte ich noch einmal auf den Zürcher Integrationsbeauftragten zurückkommen: Wenn es so etwas gibt, dann ist es ein Phänomen der hoch qualifizierten, international orientierten Arbeitskräfte, die etwa auf dem schulischen Sektor Parallelinstitutionen – die boomenden internationalen Schulen – zu denen des öffentlichen Schulsystems schaffen.

Etwas Ähnliches haben wir mit den in unseren Städten präsenten international orientierten Unternehmen, die sich auf internationale Märkte orientieren – genauso wie die Arbeitskräfte internationale Arbeitsmärkte und internationale Karrieren ins Auge fassen –, während die Lokalität der jeweiligen Gemeinde für sie zunehmend unwichtig wird. Ich halte das übrigens – aber darüber kann man lange reden – für ein zentrales Problem der kommunalen Politik; denn die politische Basis für die Lokalpolitik kommt zunehmend abhanden. Aber das ist ein ganz anderes Thema.

Abg. **Ismail Tipi**: Herr Prof. Siebel, zunächst einmal möchte ich etwas zu Ihrem netten Zitat zu dem Thema Geduld sagen. Im Türkischen gibt es auch ein Sprichwort, das sinngemäß übersetzt heißt: Der geduldige Derwisch ist in seiner eigenen Lethargie gestorben. – Das heißt für mich, dass Geduld nicht zu Lethargie, also zu Schläfrigkeit werden darf. Im Deutschen gibt es auch ein Sprichwort – wir sind jetzt ganz international –: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. – Ich denke, bei einer Wanderung, die jetzt bereits ein halbes Jahrhundert dauert, sollte man, gerade was Integration und Gesellschaftsfragen betrifft, mit der Geduld nicht allzu großzügig umgehen. Ich glaube, die Zeit ist gekommen, ein bisschen die Geduld zu verlieren.

Zu meiner eigentlichen Frage: Wir versuchen mit viel Geld, viel Energie und auch viel Arbeit, die Integration voranzutreiben. Zu einer gelungenen Integration gehört auch, dass die Menschen in dem Lebensmittelpunkt, den sie sich ausgesucht haben, sesshaft werden. Wie beurteilen Sie eigentlich die neue Diskussion darüber, dass Migranten, die sesshaft werden wollen, jetzt Eigentumswohnungen oder Häuser kaufen? Darüber wird jetzt eine Diskussion entfacht, und es wird gesagt – das hört man in vielen Gesprächen –: Die kaufen ganze Straßenzüge auf; erst war es die Arbeit, und jetzt kaufen sie uns auch noch die Häuser weg. – Glauben Sie, dass das in Zukunft ein großes Streitthema wird, oder entwickelt sich das zur Stammtischdebatte, die irgendwann vergessen sein wird?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Darf ich trotzdem noch etwas zur Geduld sagen? Wir waren viel zu geduldig, als es um die Selbsterklärung als Einwanderungsgesellschaft ging. Da haben wir uns viel zu viel Zeit gelassen. Wenn Sie das meinen, stimme ich Ihnen völlig zu: Wir haben viel zu spät angefangen, eine systematische Integrationspolitik zu betreiben. Das ändert nichts daran, dass wir sehen müssen: Auch bei einer guten Politik dauert die Integration drei Generationen. Normalerweise – wenn es gut geht – ist erst die dritte Generation wirklich integriert. Darauf bezieht sich meine Forderung: dass man sich einfach nicht überfordert und auch die Maßstäbe für den Erfolg der eigenen Politik nicht zu hoch hängt. Da brauchen wir weiß Gott Geduld.

Ich denke, es ist eine der besten Maßnahmen der Integrationspolitik, in der Wohnungspolitik genau das zu machen, was die Bundesrepublik damit immer bezweckt hat, nämlich Integration zu fördern.

Die Bildung von privatem Eigentum in der Hand privater Haushalte war das klassische Ziel einer konservativen Integrationspolitik über die Wohnungspolitik. Genau das selbe kann man heute bei Zuwanderern machen.

Die Eigentumsbildung ist eine Form, zu sagen, dass man auf Dauer hier bleiben will, dass man sich auch ökonomisch an den hiesigen Standort bindet. Wo immer Sie selbst genutztes Eigentum haben – das Gegenteil dessen, was Herr Fontaine vorhin beschrieben hat –, haben Sie auch ein höheres Interesse der selbst nutzenden Eigentümer am Schicksal ihres Quartiers und damit eine höhere Bereitschaft, sich an entsprechenden Maßnahmen zu beteiligen.

Eine der Maßnahmen vorsichtiger Aufwertung in ethnischen Kolonien zur Verhinderung der Abwanderung von integrationserfolgreichen Haushalten wäre die Förderung von Eigentumsbildung in solchen Quartieren. In der Tat – auch das hat Herr Fontaine gesagt – sind das Problem häufig die privaten Banken, die bei der Kreditvergabe in solche Quartiere zurückhaltend sind.

Abg. **Hans-Christian Mick**: Eine ganz kurze Frage: Sie hatten Handlungsempfehlungen an die Stadtpolitik ausgesprochen. Eine davon war ein, wie Sie sagten, „präventives Monitoring“ bestimmter Quartiere. Wahrscheinlich gibt es Kriterien, die sich dafür aufdrängen: hohe Kriminalität, hohe Arbeitslosigkeit usw. Wenn von „präventivem Monitoring“ gesprochen wird, haben Sie „weiche“ Kriterien, die schon sehr frühzeitig auf das Abgleiten eines Stadtteils hindeuten?

Herr Prof. **Dr. Siebel:** Ja. Das Beste, was es meines Wissens in Deutschland gibt, ist das Monitoring-System, das in Berlin aufgebaut worden ist. Herr Holm weiß das wahrscheinlich besser als ich. Herr Häußermann hat das im Wesentlichen aufgebaut. Es läuft seit drei oder vier Jahren und nutzt sowohl die Daten der amtlichen Statistik als auch – was gerade in diesem Bereich wichtiger ist – qualitative Informationen: regelmäßige Befragungen von Experten, sei es der Sozialarbeit, der Wohnungsämter, der Wohnungsgesellschaften, natürlich auch der Schulen, der Polizei und der Kirchen. Ich glaube, das ist eine Kostenfrage, denn Sie müssen Primärdaten erheben. Sie müssen die Leute systematisch befragen. Aber so kommen Sie sehr gut und frühzeitig an Informationen.

Abg. **Gerhard Merz:** Ich würde aus meiner kommunalen Politikerfahrung heraus gern zwei Anmerkungen zu einigen Aspekten machen, die hier angesprochen worden sind.

Erstens. Herr Dr. Luft hat davon gesprochen, dass die Kommunen praktisch keine Wahl in der Frage von Segregation oder Desegregation hätten. Das ist nicht ganz richtig. Ich habe vorhin die Belegungspraxis der Sozialämter bzw. heute der Jobcenter angesprochen. Sie können über die kommunalen Wohnungsgesellschaften, die es ja noch gibt, oder über die staatlichen Wohnungsgesellschaften, die es auch noch gibt und die zum Teil nach wie vor über erhebliche Wohnungsbestände verfügen, das eine oder das andere fördern.

In der Stadt Gießen, aus der ich komme, hat es bis vor 15 oder 20 Jahren – so etwa in dem Zeitraum – eine Quote in den einzelnen Häusern des Wohnungsbestandes gegeben. Das war damals der Stand der Diskussion. Das ist vernünftigerweise aufgegeben worden, weil wir der Auffassung waren, dass das zu gar nichts führt, und zwar aus den hier schon besagten Gründen. Aber diese Wahl hätte man schon.

Zweitens. Wir haben in unseren angestammten sozialen Brennpunkten, von denen einer von Horst-Eberhard Richter ausführlich beschrieben worden ist, zum einen den Versuch gemacht – das ist jetzt 30 oder 40 Jahre her –, das Problem dadurch zu lösen, dass man eine Desegregationspolitik durch Umsiedlung der dort angestammten deutschen Bevölkerung, ehemals Obdachlose, die teilweise über 30, 40, 50, in einem Fall sogar über 70 Jahre dort leben, betrieben hat. Das ist glanzvoll – oder, genauer gesagt, glanzlos – gescheitert.

Der andere Ansatz in punkto Antidiskriminierung war, den Straßennamen auszutauschen. Auch der Ansatz ist glanzlos gescheitert, sodass man am Ende zu der Politik kam, den Standort als solchen und die Bevölkerung dort zu stärken.

Das ist jetzt der Ausgangspunkt meiner Frage. Sie haben in Ihrem ersten Beitrag sehr richtigerweise, wie ich fand, genau diesen Punkt gemacht. Sie haben ihn auch in Bezug auf Schulen und Kindertageseinrichtungen gemacht, dass man die besten Schulen und Kindertageseinrichtungen dort braucht. Dann kam, für mich überraschend, der Hinweis auf das „Busing“, das Sie in bestimmten Situationen – so habe ich es verstanden – als Möglichkeit sehen. Das ist aber eher das Gegenteil der anderen Möglichkeit. Den Widerspruch möchte ich gern etwas näher beleuchtet haben. Können Sie einen Hinweis geben, was der Indikator dafür wäre, zu einem solchen Mittel zu greifen, wenn man es rechtlich sauber hinbekäme? Das ist nämlich wirklich eine Frage, bei der man ein politisches Steuerungsmittel in der Hand hätte.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Sie haben den entscheidenden Punkt angesprochen. Ich habe ja auch gesagt, dass das eine sehr problematische Maßnahme ist. Ich würde sagen, es ist eine Notmaßnahme. Die Hauptschwierigkeit wird die Schule sein, in die man die Kinder aus einem solchen Quartier bringt, die sich möglicherweise heftig dagegen wehrt. Erst recht wird man keine deutschen Kinder aus der Bildungsschicht per „Busing“ in Schulen bekommen, die in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil liegen.

Es ist also wirklich eine Notmaßnahme, über die man nachdenken müsste, wenn man in solchen Schulen Phänomene hat wie einen Migrantanteil von 80 % oder 100 % plus soziale Probleme. Natürlich ist wichtig, zu überlegen: Wen stecken Sie in den Bus? Die Besten einer Schule – dann machen Sie es noch schlimmer – oder die, von denen man hoffen könnte, dass sie, wenn sie in eine andere Umgebung, z. B. in eine Ganztagschule für acht Stunden am Tag, gebracht werden, vielleicht doch noch davon profitieren? Aber ich finde, das ist eine Notmaßnahme, weil man die Schulen in diesen Quartieren so schnell nicht verbessern wird, wenn man sie überhaupt verbessern kann.

Ich möchte noch eines ergänzen: Die Quotierung ist nicht nur praktisch gescheitert. Ich halte sie auch für Unsinn. Wenn es eine räumliche Quotierung ist, läuft das schlicht darauf hinaus, den eh schon außerordentlich beengten Wohnungsmarkt für ärmere Haushalte bewusst noch enger zu machen, indem man das Angebot noch knapper macht, weil man bestimmte Quartiere aus dem Angebot herausnimmt. Das ist eine gezielte Verschlechterung der Situation, die in jeder Hinsicht unsinnig ist.

Vernünftig ist Folgendes – das hängt entscheidend von dem Typ Wohnungsbaugesellschaft ab, mit dem eine Kommune kooperiert. Wenn Sie eine Wohnungsbaugesellschaft wie die SAGA in Hamburg haben, ist es eine sehr gute Maßnahme, der Wohnungsbaugesellschaft eine Quote vorzugeben. Sie muss in 10 % – oder 5 % oder wie viel Prozent auch immer – ihrer Bestände, das hängt von der Stadt ab, entsprechende Haushalte unterbringen. Es muss dann aber der SAGA überlassen bleiben, wo sie diese Belegungsrechte nutzt und wo sie welche Haushalte unterbringt. Das können Sie nicht mit dem Typ von Investor machen, den ich zu Anfang beschrieben habe.

Man muss in dem Zusammenhang auch sehen: Die Privatisierung gerade gemeinnütziger Wohnungsbestände lebt vom deutschen Sozialstaat. Wenn man nämlich Empfänger von Transferleistungen in seine Leerstände hineinbringt, hat man die sichersten Mietzahler, und man kann gleichzeitig, weil diese politisch keinen Einfluss haben, die Instandhaltungsinvestitionen unterlassen. Das ist eine Form der Privatisierung, die ökonomisch nur deshalb so erfolgreich ist, weil wir diese Form der Mietsubventionierung gerade für sozial problematische Haushalte haben. Wenn Sie eine Wohnungsbaugesellschaft haben, die eine solche Strategie fährt: Mit der geht das einfach gar nicht. Ich denke, diese Wohnungsbaugesellschaften und diese Form der Privatisierung an solche Gesellschaften sind das Problem.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Ich habe zwei Fragen. Ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe, Herr Prof. Dr. Siebel. Sie haben gesagt, Stadt, Markt und Recht – und etwas Viertes, das ich vergessen habe – seien eher diskriminierungsfrei. So habe ich Sie verstanden. Aber das kann ja nicht sein.

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Nein.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Wir haben ja eben Gegenbeispiele gehört: Ausbildungsmarkt, Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt. Das heißt, das wäre wahrscheinlich eine Forderung, die dem Anspruch des Grundgesetzes eigentlich entsprechen würde. Könnten Sie das noch deutlicher machen? Auch bei der Durchsetzung des Rechts ist es ja so, dass die Menschen, die einen teuren guten Anwalt bezahlen können, eher als andere Recht bekommen.

Die zweite Frage betrifft das „Busing“. Dazu hat Kollege Merz bereits die richtigen Anmerkungen gemacht. Ich möchte fragen: Wo gibt es Ihrer Meinung nach Beispiele für gut gelaufenes „Busing“? Ich kenne keine. Wir haben das ja auch in Dietzenbach überlegt, sind aber aus bestimmten Gründen davon abgekommen, vielleicht auch deshalb, weil bestimmte Wohnumfelder das nicht wollten. Ich weiß nicht mehr, was der Hintergrund war. Ich möchte gern Beispiele dafür haben, wo es wirklich gut läuft. Was sind die Bedingungen dafür, dass es überhaupt gut läuft?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: In Stuttgart, auch in Frankfurt, sind fast 40 % der Stadtbevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund. Wie ist das überhaupt möglich – ohne schwere Konflikte? Wir müssen zunächst einmal sehen, welche eine unglaubliche Integrationsleistung diese Gesellschaft erbringt, indem sie so hohe Prozentsätze von Zuwanderern in so kurzer Zeit aufnimmt, ohne dass wir hier bislang Riots haben, wie wir sie aus Amerika, England und Frankreich kennen.

Ich glaube, das hängt mit der Fähigkeit zusammen – etwa des Marktes, wenn er funktioniert –, von Fremdheit systematisch abzusehen, sie gar nicht wahrzunehmen. Mir kommt es darauf an, diesen Typ von Integration durch Verzicht auf Wahrnehmung aller möglichen Fremdheiten, durch Verzicht auf Integration, könnte man sagen, gegen die herrschende Vorstellung, Integration bedeute immer Homogenisierung, Assimilation und Einfügen in eine Gesellschaft, hervorzuheben. So funktioniert das in einer modernen Gesellschaft nicht. Das wollte ich nur klarmachen.

Der Witz ist: Ein Markt ist umso besser, je weniger er diskriminiert, weil er dadurch weniger auf Produktionsfaktoren verzichtet. Das heißt nicht, dass es empirisch nicht ganz anders ist. Der Witz ist, dass diese Gesellschaft gut funktioniert, wenn sie diese Form des systematischen Vernachlässigens von Fremdheit praktiziert. Dann funktioniert sie besser.

Die relativ konfliktfreie Anwesenheit einer solch großen Zahl von Fremden wäre im 19. Jahrhundert überhaupt nicht denkbar gewesen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte kann man sich immer noch wundern, dass das so relativ konfliktfrei läuft. Man muss sich erst einmal überlegen, warum das so ist. Dann findet man Ansätze für eine vernünftige Integrationspolitik. Ein Ansatz ist eben, Distanz zu fördern, sich nicht darum zu kümmern. Auch das ist eine Form von Integration.

Was das „Busing“ anbelangt, würde auch ich gern einmal ein gutes Beispiel hören. Trotzdem finde ich: Wenn es eine solche Situation gibt, könnte eine Stadt zumindest versuchen, eine sogenannte bessere Schule zu finden, die bereit wäre, einige Schülerinnen und Schüler aus einem solchen Quartier aufzunehmen; das wäre schon etwas. Dann müsste man sie in diese Schule bringen. Ich finde nicht, dass man von vornherein sagen sollte: Das hat überhaupt keinen Sinn. – Es wirkt schneller, als darauf zu hoffen, dort irgendwann einmal die ideale Schule oder die ideale Kindertagesstätte zu bauen.

Herr **Kolmer**: Ich möchte auf Ihre letzte Aussage eingehen, wonach der soziale Friede in Stuttgart und Frankfurt mit einem Migrantenanteil von 40 % – oder in Offenbach mit einem Anteil von 44 % – funktioniert. Die Untersuchung bei uns hat ergeben, dass wir einen sozialen Frieden haben und wunderbar nebeneinanderher leben. Wo ist da die Integration des Miteinanders?

Herr Prof. **Dr. Siebel**: Es ist zunächst einmal ein Erfolg, keine Konflikte zu haben. Gucken Sie sich die in den Banlieue- Auseinandersetzungen oder die Riots an, die wir in England oder in Amerika hatten. Es ist ein Erfolg, das – noch – nicht zu haben. Wir werden es wahrscheinlich kriegen, wenn es so weitergeht.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Alle Fragen sind gestellt und beantwortet.

Ich darf jetzt Frau Heike Hanhörster vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, um ihren Vortrag bitten.

Frau **Hanhörster**: Ich bemühe mich darum, es kurz und knackig zu machen. Wahrscheinlich sind Sie alle jetzt schon ein bisschen erschöpft. Ich knüpfe eigentlich an einige der Bereiche unmittelbar an, die Herr Prof. Dr. Siebel angesprochen hat.

Ich bin wissenschaftliche Mitarbeiterin am ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund, im Forschungsfeld „Sozialraum Stadt“. Wie der Name schon sagt, beschäftigt sich dieses Forschungsfeld mit sozialräumlichen Polarisierungsprozessen und der Frage sozialer und räumlicher Mobilität, unter anderem von Migrantinnen und Migranten.

(Präsentation Hanhörster siehe Anlage 2)

Ich möchte in den wenigen Minuten meines Vortrags verschiedene der Aspekte aufgreifen, die Sie zur Diskussion gestellt haben. Ich möchte mit der Frage nach den Unterschieden in der Wohnsituation beginnen. Das Statistische Landesamt hat Ihnen die Lage in Hessen dankenswerterweise aufbereitet. Wir werden vielleicht einige konkrete Zahlen noch unterfüttert bekommen.

Bei der Frage der Segregation würde ich gern Aspekte der Freiwilligkeit und Unfreiwilligkeit, die Herr Prof. Dr. Siebel angesprochen hat, aufgreifen. Aus meiner Perspektive ist es in der Tat analytisch möglicherweise hilfreich, so zu unterscheiden. In der Praxis ist jeder Haushalt in diesen benachteiligten Quartieren eigentlich von einer Überlappung freiwilliger und unfreiwilliger Merkmale betroffen. Das heißt: Jeder Haushalt hat gewisse Vorzüge, aber auch gewisse Benachteiligungen durch das Leben in diesem Stadtteil, so dass es de facto nicht zu trennen ist. Darauf möchte ich gern eingehen.

Dann möchte ich zunächst auf die Milieus und damit auf die Frage eingehen: Wie unterscheiden wir, wenn wir über den Wohnungsmarkt diskutieren? Fragen wir nach Aspekten der Nationalität, des Migrationshintergrundes, oder ist es möglicherweise nicht auch hilfreich, sich stärker mit unterschiedlichen sozialen Lagen und Werteorientierungen zu beschäftigen, die sich in Milieus ausdrücken?

Als ein Beispiel möchte ich über das Eigentum sprechen. Das ist hier verschiedentlich angeklungen. Wie drückt sich das in unterschiedlichen Milieus aus? Danach möchte ich

kurz auf die Frage eingehen, was das bedeutet und wo es Handlungsmöglichkeiten gibt.

(Hanhörster Folie 2: „Unterschiede im Wohnbereich?“)

Unterschiede im Wohnbereich: Fast alle Papiere, die im Vorfeld erstellt wurden, zeigen, weitestgehend auf der Grundlage des Mikrozensus 2006 – für Hessen ist das in gleicher Form dargestellt –, dass trotz bemerkbarer Aufholprozesse Migranten noch immer beengter und teurer wohnen. Wenn ich die Daten im Vorfeld richtig gelesen habe: 28 m² beziehungsweise 44 m² pro Person und pro Mietwohnung, die Personen mit oder ohne Migrationshintergrund zur Verfügung stehen. Es gibt also eine relevante Differenz.

Diese lässt sich vielfach durch die sozioökonomische Lage und die Zusammensetzung der Haushalte, durch das geringere Einkommen und die größeren Haushalte, die zum Teil in entsprechend größeren Wohnungen leben, die vergleichsweise teurer sind, sowie durch die Wohnstandorte erklären. Das heißt: Migranten wohnen vielfach in urbanen Gebieten, in Gebieten, die von angespannten Wohnungsmärkten betroffen sind, und suchen eine Wohnung in bestimmten Segmenten innerhalb einer Stadt. Wir alle wissen, es ist gar nicht so einfach, im Frankfurter Umland oder in der Stadt Frankfurt Fünf-Zimmer-Wohnungen zu akzeptablen Preisen zu bekommen.

Auch wenn wir argumentieren, viele der Differenzen sind sozioökonomisch zu erklären, so muss man in gleicher Weise sagen – das haben wir hier gerade diskutiert –: Die Diskriminierung ist nach wie vor Realität, und sie gilt es nach wie vor zu beobachten.

(Hanhörster Folie 3: „Soziale und ethnische Segregation“)

Zur Frage der Segregation. Herr Prof. Dr. Siebel hat bereits ausführlich darüber gesprochen, insofern fasse ich mich jetzt kürzer. Das aus meiner Sicht wichtige Argument ist: Wenn wir über Wohnungspolitik sprechen, sprechen wir über Segregation. Das wird auch zukünftig genau der Bereich sein, mit dem wir uns in den nächsten 20 bis 30 Jahren beschäftigen müssen. Das Thema wird uns nicht verlassen – im Gegenteil. Die Überlappung von sozialer und ethnischer Segregation, die jetzt schon festzustellen ist, wird sich voraussichtlich verstetigen und möglicherweise verstärken.

Gleichzeitig – darauf möchte ich hinweisen – ist aber eine soziale Ausdifferenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund empirisch nachzuvollziehen. Das heißt, dass wir innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den letzten Jahrzehnten eine größere Bandbreite in Bezug auf soziale Lagen und Werteorientierung haben, worauf ich gleich eingehen werde. Die große Frage ist: Was macht das mit der Stadt? Was macht diese Ausdifferenzierung mit den Stadträumen, und wo konzentrieren sich diese Milieus? Wir haben vorhin etwas über den Aspekt des „selektiven Fortzugs“ gehört. Welche Haushalte gehen, und welche Haushalte bleiben? Das ist aus meiner Sicht eine sehr relevante Fragestellung.

Insbesondere in Städten mit entspanntem Wohnungsmarkt, das hat Herr Prof. Dr. Siebel bereits angesprochen, gehen die, die gehen können, die Mobilien – möglicherweise, aber nicht alle. Die große Frage, wenn wir uns mit der integrierten Quartiersentwicklung beschäftigen, lautet also: Wie können wir die, die noch in diesen Stadtteilen leben, dort auch gern leben, halten? Mein Argument ist, dass die Frage des Gehens und Bleibens nicht nach Nationalitäten, nach dem Migrationshintergrund zu behandeln und zu analysieren ist, sondern nach unterschiedlichen Milieus.

(Hanhörster Folie 4: „Sinus-Migrantenmilieus in Stadt und Land“)

Sie kennen möglicherweise die berühmten „Kartoffel“-Grafiken von Sinus Sociovision. Milieus finde ich ganz handhabbar und nachvollziehbar. In der vertikalen Achse sieht man, wie sich die soziale Lage ausdifferenziert, und in der horizontalen Achse sieht man die Werteorientierung. Das heißt: Wir haben links unten die Milieus mit traditioneller Werteorientierung und geringer sozialer Lage in Bezug auf Einkommen und Bildungspositionen usw. Das sind die sogenannten klassischen Arbeitermilieus, die traditionsverwurzelten Milieus. Unten rechts sehen Sie die eher prekären Migrantenmilieus, in der Mitte – man kann auch sagen: in der Mitte der Gesellschaft – die klassischen statusorientierten Milieus. Ganz rechts oben sehen Sie die eher ambitionierten Migrantenmilieus. Als ein Beispiel sind die Kosmopoliten zu nennen, die, wie wir vorhin gehört haben, „frecherweise“ die Stadt und die Region nutzen, hier und dort sind. Durch ihre Mobilität verfestigen sie bestimmte Probleme in anderen Quartieren.

Wir sprechen also von unterschiedlichen Milieus. Wir haben die transnationalen Milieus, die auf diesem Bild weitestgehend rechts oben einzufügen wären. In dieser Sinus-Studie wurde auch deutlich, dass die Bezüge zum Herkunftsland über Milieus in ganz unterschiedliche Formen übergreifen, aber vorhanden sind. Das heißt, es mag die klassische Gastarbeitergeneration sein, wenn wir über Beteiligung sprechen und feststellen: Über fünf Monate ist die Wohnung leer. Das heißt, sie nutzen bestimmte Monate, fünf, sechs Monate, zum klassischen Pendeln zwischen zwei Ländern. Die kulturübergreifende Mobilität sieht – je nach Milieu – sehr unterschiedlich aus.

(Hanhörster Folie 5: „Migrantenmilieus in Deutschland“)

Hier sehen Sie die Verteilung der vier Milieugruppen, die ich gerade genannt habe. Das sind eigentlich Milieufamilien; in der Summe gibt es, ausdifferenziert, acht unterschiedliche Milieus. Sie gibt es in dieser Form, analytisch gesehen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Das sind sozusagen Migrantenmilieus. Meine Hoffnung wäre: Irgendwann erübrigt sich das, dann brauchen wir nur noch über Milieus zu sprechen. Zu diesem Zeitpunkt macht es aus meiner Sicht Sinn, zu schauen, ob es Differenzen zwischen Migrantenmilieus und deutschen Milieus gibt, und in einem späteren Schritt über eine Zusammenführung zu sprechen.

(Hanhörster Folie 6: „Mileupräsenz in Hessen“)

Hier sehen wir die Darstellung der Wahrscheinlichkeit, wie unterschiedliche Milieus in den unterschiedlichen Kreisen verortet sind. Weiß umrandet ist Hessen. Es geht darum – das ist meine Argumentation, insofern ist das nur eine Visualisierung, die Sie als Bild aufnehmen können –, dass auf der Kreisebene ganz unterschiedliche Milieus bestehen. Es erscheint aus meiner Sicht in der Argumentation sinnvoll – wir haben von kleinräumigem Monitoring gesprochen –, dieses kleinräumige Monitoring nicht nur in Bezug auf Nationalitäten oder Personen mit Migrationshintergrund – ja oder nein – durchzuführen. Die zentrale Frage ist vielmehr: Welche Milieus leben in den unterschiedlichen Räumen? Das ist im Stadt-Land-Unterschied sichtbar. Das heißt: Die ambitionierten Milieus sind tendenziell in den städtischen Kontexten, die traditionelleren Milieus in den ländlichen Gebieten. Ich würde gern Herrn Prof. Dr. Siebel widersprechen – leider ist er jetzt nicht mehr da –, der sagte, auf dem Land gebe es keine Fremden. Das ist sehr wohl so, und das gibt es auch über Jahrzehnte. Wir führen gerade im Auftrag der Schader-Stiftung eine Studie durch, in der es um Integration im ländlichen Raum geht. Man kann nicht sagen, Integration sei dort einfacher oder schwerer. Sie ist ganz anders. In der Tat: Auch wenn es eine räumliche Nähe gibt, führt das nicht zu sozialer Nähe. In Hessen gibt es

zwar keine in diesem Sinne so ganz peripher gelegenen Gebiete, aber wir sehen: Nordhessen und Südhessen unterscheiden sich räumlich und durch die Präsenz unterschiedlicher Milieus.

(Hanhörster Folie 7: „Eigentum als Integrationsbarometer und Eigentümer als Quartiersretter“)

Ich möchte die Milieus in Bezug auf die Eigentumsquoten argumentativ deutlich machen. Wir haben die Eigentumsquoten für Hessen nur in der Summe vorliegen. Ich glaube, in Hessen ist die Eigentumsquote von Personen ohne Migrationshintergrund ungefähr doppelt so groß wie die von Personen mit Migrationshintergrund.

(Hanhörster Folie 8: „Eigentumsbildung Türkeistämmiger in NRW“)

Für Nordrhein-Westfalen gibt es eine interessante Darstellung der Veränderung der Eigentumsquoten im Laufe der Jahre. Hier sehen Sie einen Zehnjahres-Schnitt, erhoben vom Zentrum für Türkeistudien, das regelmäßig in repräsentativen Studien Menschen befragt, wie sie leben und wohnen. Die Eigentumsquote – also die Quote derer, die im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung leben – hat sich innerhalb von zehn Jahren um über 20 Prozentpunkte erhöht: von 14 % auf 37 %. Wir sprechen hier über einen quantitativ sehr relevanten Prozess.

Diese Eigentumsquoten sind bei den Personen ohne und mit Migrationshintergrund – insbesondere bei denen mit Migrationshintergrund – im ländlichen Raum vergleichsweise höher. Hier stellt sich die Frage, welche Bedeutung das, integrationspolitisch gesehen, hat. Ich komme darauf gleich noch zu sprechen. Denn: Eigentum als „Integrationsbarometer“ oder „Quartiersretter“ ist etwas polemisch formuliert. Es wird vielfach angenommen, das hat Herr Prof. Dr. Siebel gesagt, mit der Eigentumsbildung verknüpfe sich eine bestimmte Hoffnung; zum Teil ist empirisch nachgewiesen, dass zumindest Eigentümerhaushalte länger vor Ort sind. Die Verbleibedauer im Quartier wird größer. Eigentümer investieren. Dadurch wächst natürlich die Sensibilität für das jeweilige Quartier. Auch die Wohnzufriedenheit steigt – bei Deutschen und Nichtdeutschen. Das ist beispielsweise für Duisburg deutlich nachgewiesen, wo es einen Integrations-Survey gibt.

Im ILS führen wir gerade eine Studie durch, in der wir – andere Studien zeigen das auch – die Frage der Eigentumsbildung kritisch beleuchten. Wir haben festgestellt: Die Zahl der Schwellenhaushalte, die Eigentum gebildet haben und deren Nettohaushaltseinkommen unter 1.000 € liegt, ist bei Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei Deutschen. Das heißt: Vielfach wird durch den Eigentumserwerb ein Weg aus der Diskriminierung gefunden. Das wurde uns in der qualitativen Studie, die wir durchführen, eindeutig so bestätigt.

Ein ambivalenter Aspekt des Eigentums: Durch die Eigentumsbildung wird die Antwort auf die Frage beschleunigt: Gehe ich, oder bleibe ich? – Das heißt: Der Eigentümerhaushalt überlegt sich: Was tun wir? – Durch diese Eigentümerhaushalte kann eine Entmischung stattfinden. Das Zentrum für Türkeistudien hat beispielsweise gezeigt, dass ein Drittel derjenigen, die jetzt noch zur Miete wohnen, ein Interesse haben, zukünftig Eigentum zu erwerben.

Herr Prof. Dr. Siebel hat es angesprochen: Wenn wir über Stadtplanungspolitik sprechen, ist die Frage der kleinräumigen qualitativen Inseln in segregierten Gebieten eine wichtige, mit der wir uns beschäftigen müssen. Ansonsten sind diese Haushalte irgendwann

weg. Aber sie sind, wie ich es jetzt etwas polemisch formuliert habe, wahrlich nicht die „Quartiersretter“ der Nation. Sie sind es unter anderem deshalb nicht – ich glaube, Frau Öztürk hat die Frage der Bezüge angesprochen –: Wenn wir uns fragen, welches die Potenziale sind, die ein Quartier hat, ist es ganz wichtig und aus meiner Sicht zentral, bei dem Programm „Soziale Stadt“ nicht innerhalb eines Quartiers zu verharren und immer zu denken, in diesem Quartier müsse die Lösung gefunden werden, sondern zu sehen: Die Haushalte, die fortziehen, sind ein sehr gutes Beispiel dafür, dass wir bürgerschaftliches Engagement von Haushalten finden, die fortgezogen sind, die gesagt haben: „Die soziale Kontrolle reicht uns; wir möchten nicht in der räumlichen Nähe wohnen, aber die soziale Nähe spüren wir nichtsdestotrotz und fühlen uns einer bestimmten Schule oder den Verwandten gegenüber noch verantwortlich und leisten dort entsprechende Beiträge.“

Als Wissenschaftlerin muss ich sagen: Es gibt noch erstaunlich wenig empirisches Wissen über diese kleinräumigen Muster. Auch wenn ich sage, es gibt eine Überlappung von sozialer und ethnischer Segregation auf Quartiersebene, so ist ganz wichtig und zu bedenken – in der Hinsicht ist auch das Monitoring in Berlin wichtig, bei dem der Focus von der Quartiersebene noch viel kleinräumiger in die Wohnnachbarschaften und Lebensräume geht –: Die Heterogenität eines Quartiers zeigt sich in den kleinräumigen, sehr unterschiedlichen Nachbarschaften.

(Hanhörster Folie 9: „Handlungsumfeld Wohnen“)

Wenn wir über die Quartiersentwicklung sprechen, kann man die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“, aber auch die Fokussierung auf die eher baulich-investiven Ansätze einfach nur als dramatisch bezeichnen. Wichtig ist es aus meiner Sicht, wenn wir das Wohnen in den Mittelpunkt rücken – das wurde beispielsweise für das Spessartviertel angesprochen –, dass wir die Verknüpfung zwischen Wohnungspolitik und anderen Sektoren, anderen Disziplinen suchen müssen. Der Bereich Bildung, da kann ich mich Herrn Prof. Dr. Siebel 100-prozentig anschließen, ist der zentrale Hebel.

Das zeigt sich auch im Spessartviertel. Natürlich geht es dort auch um eine bauliche Aufwertung, aber die besonderen Impulse, die dort gesetzt werden, sind die Fragen der Vernetzung und der Inklusion, über die wir vorhin gesprochen haben. Das heißt: Programme bzw. Projekte sollten nicht nur für die Quartiersbevölkerung ausgelegt werden. Es gibt dort, glaube ich, das Projekt „Wir bewegen uns“, das versucht, über verschiedene Initiativen, Vereine und Schulen eine Kooperation anzuregen und diese „Liaison“ möglicherweise über das Quartier hinaus zu verstärken.

Ganz wichtig ist die Frage der Durchlässigkeit, die ich als letzten Punkt nenne. Das ist aus meiner Sicht eines der zentralen Stichworte: die Durchlässigkeit von Quartieren nach innen und außen. Durchlässigkeit „nach innen“ bedeutet – das klingt vielleicht paradox: Wer will da rein? –: Wir müssen prestigeträchtige Mehrsporthallen, oder was auch immer, bauen, wir müssen attraktive Angebote in diese Quartiere verorten, damit z. B. Menschen, die Sport treiben oder ein Theater besuchen wollen, dorthin kommen. Andererseits müssen wir auch die Durchlässigkeit „nach außen“ fördern, was zu genau den Ambivalenzen führt, die Herr Prof. Dr. Siebel genannt hat. Möglicherweise ist es für einen aufstrebenden Haushalt sehr vorteilhaft, sein Quartier zu verlassen, insbesondere wenn er nach wie vor das Gefühl hat, dass seiner Bildungsaspiration unter den Rahmenbedingungen nicht nachgekommen werden kann. Für das Quartier ist das ein Verlust. Diese Ambivalenz, diese unterschiedliche Bewertung von Haushaltsebene und Quartier, müssen wir auch in der integrierten Quartiersentwicklung im Blick behalten.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Ich darf zu Wortmeldungen einladen. Bitte schön.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Ich würde gern Folgendes wissen: Sie haben eine Folien zu den verschiedenen Milieus und zu ihrer Verteilung in Deutschland, aber auch in Hessen gezeigt. Ich habe sie mir schon im Vorfeld angesehen. Da habe ich mir gedacht: Mensch, Osthessen, viel traditionell verwurzeltes Milieu. – Das hätte ich wahrscheinlich auch für die übrige Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erwartet. Da stellt sich natürlich die Frage des Zusammenhangs: Ist es so, dass die Migranten, die eher einem traditionellen Milieu angehören, tendenziell in diese Gebiete ziehen, oder wirken diese Gebiete mit all dem, was sozial dazu gehört, auf diese Milieus zurück? Letzteres würde gerade für die große Prägekraft unserer Gesellschaft sprechen und damit auch für das, was an Integration tatsächlich vonstatten geht. Wie ist da der Zusammenhang?

Frau **Hanhörster:** Es ist zutreffend, dass diese Darstellung nur die Migrantenmilieus zeigt, dass aber eine solche Verteilung der deutschen Milieus analog anzunehmen ist. Wir müssen immer aufpassen: Land und Stadt – da gibt es eine große Breite der Typisierung von Quartieren und Regionen, die genau dazwischen liegen, die z. B. in der Nähe von Ballungsräumen liegen. Wir haben uns in einem Projekt mit dem Kreis Offenbach und dort mit der Stadt Neu-Isenburg beschäftigt. Das ist eine mittelgroße Stadt, aber durch die unmittelbare Nähe zu Offenbach und Frankfurt werden der Wohnungsmarkt und die Milieus bestimmt, die dort leben. Deswegen haben wir unter anderem eine polarisierende Darstellung für die zentralen versus die peripher gelegenen Kreise dargestellt. Je nach der Nähe zu diesen Ballungsregionen sind die vor Ort lebenden Migranten in den ländlich geprägten Quartieren anders vertreten.

Sie fragten, ob diese Gebiete auch auf die Milieus wirken. Zum einen muss man sagen: In dem Milieu, in das ich hineingeboren werde, sterbe ich nicht unbedingt. Es finden Verschiebungen von Milieus statt. Das heißt: Ich kann möglicherweise statusorientiert aufwachsen, und mit dem Auszug aus meinem Elternhaus stelle ich fest: Ich packe Kosmopoliteninteressen aus und habe damit ganz andere Wohnstandortpräferenzen. – Das mag durch das Quartier mit bedingt werden. Ich würde diesen Rückschluss aber sehr begrenzt ziehen. Ich würde es eher umgekehrt sehen: Es geht nicht um die Frage des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in einem Quartier. Wenn wir uns Köln-Ehrenfeld oder Köln-Mülheim angucken, so sind das zwei Quartiere, die möglicherweise einen ähnlichen Anteil an Migranten haben. Das eine ist ein lebendiges innerstädtisches Viertel mit einem Café hier und einem Café dort. Sie kennen das auch aus Frankfurt. Das heißt, das sind unterschiedliche Stadtteile, die zwar formal, von den statistischen Rahmenbedingungen her, ähnlich gelagert sind, aber sehr unterschiedliche Milieus anziehen und diese Milieus in einem gewissen Rahmen vielleicht mit prägen. Aber da würde ich vorsichtig sein.

Abg. **Kordula Schulz-Asche:** Frau Hanhörster, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme, die Sie uns freundlicherweise vorher zugesandt haben, steht der Satz:

Insgesamt zahlen Personen mit Migrationshintergrund durchschnittlich eine höhere Bruttokaltmiete (6,40 Euro/qm) und damit rund 40 Cent mehr als deutsche Mieter.

Was sind die Gründe dafür? Wir haben vorhin gesehen, dass in Dietzenbach ein großer Teil der Personen, die in Wohnungen privater Eigentümer wohnen, Wohngeldzuschüsse

oder soziale Zuschüsse beziehen. Heißt das, dass hier unter Umständen in bestimmten Bereichen über das Wohngeld höhere Mieten überhaupt erst geschaffen werden? Was ist der Grund für diese höheren Mieten? Hat das etwas damit zu tun, dass sich die Eigentümer bestimmter Wohnungen darauf verlassen können, dass die Kommunen die Wohngelder zahlen, die Mieten eigentlich nicht marktgerecht sind und damit die Kommunen den privaten Bereich subventionieren?

Frau **Hanhörster**: Vorweg: Die Zahlen für Hessen, wenn ich das richtig gesehen habe, sind ähnlich. Das heißt, dass Migranten prozentual mehr zahlen. Dabei kann man nicht sagen, dass es an der Ausstattung der Wohnungen liegt.

(Abg. Mürret Öztürk: Eher umgekehrt!)

– Eher umgekehrt, ganz genau. Das sind vergleichsweise schlechter ausgestattete Wohnungen. – Die Faktoren hatte ich vorhin kurz dargestellt oder zumindest kurz angerissen. Dadurch, dass Migranten verstärkt in urbanen Gebieten wohnen und die Mieten dort höher sind, leben sie in angespannteren Wohnungsmärkten. Innerhalb dieser angespannten Wohnungsmärkte sind sie auf gewisse hart umkämpfte Segmente besonders angewiesen.

Ich finde Ihre Analyse für Hessen ganz beeindruckend, wonach der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die mit fünf und mehr Personen in einem Haushalt leben, im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund drei- bis fünfmal so hoch ist. Das heißt: Dieses Segment, das ohnehin ein kleines ist, wird in relevanter Weise zusätzlich beansprucht. Das treibt die Preise entsprechend nach oben.

Abg. **Hans-Christian Mick**: Frau Hanhörster, vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich habe eine Frage zum generellen Thema „Eigentum versus Miete“. Mir ist ein Satz auf einer Ihrer Folien aufgefallen, wonach Eigentum eine höhere Wohnzufriedenheit und Wohnqualität – ich weiß nicht genau, ob es diese Worte waren – bedeutet. Das ist ein Satz, den man auch in der allgemeinen politischen Diskussion öfter hört. Es ist in den Beiträgen zuvor mehrmals der Hinweis gefallen, dass die Banken bessere Kredite in diese Viertel vergeben sollten. Ich möchte nur erwähnen, dass das eine Politik ist, die in den USA seit den 70er Jahren betrieben wurde, und dass die der Hauptgrund für die Finanzkrise war. Vielleicht sollten wir mit solchen Forderungen etwas vorsichtig sein.

Ist wirklich die Kausalität gegeben, dass das Eigentum die Wohnqualität bedingt, oder liegt es nicht vielmehr daran, dass Eigentümer in der Regel besser verdienen und sich deshalb überhaupt Eigentum leisten können, ein höheres Bildungsniveau haben und damit meistens in einem besseren Viertel wohnen? Oder kann man wirklich die Kausalität sehen, dass das Wohnungseigentum an sich diese positiven sozialen Einflüsse hat?

Frau **Hanhörster**: Das ist eine relevante Frage. Wenn man „Miete versus Eigentum“ vergleicht und dem die Wohnzufriedenheit gegenüberstellt, stellt man ganz simpel fest: Die, die in ihrem Eigentum wohnen, sind anders etabliert und ökonomisch besser gestellt. Es ist allerdings so: In der Studie aus Duisburg, auf die ich mich beziehe, wurden gezielt Haushalte verglichen, die in den gleichen Quartieren wohnen. Man kann also nicht sagen, das ist aufgrund des Wohnstandortes zu erklären, sondern das waren die gleichen Stadtteile.

Aus der Perspektive der qualitativen Studie, die wir gerade zur Eigentumsbildung durchführen – wir haben mit ungefähr 30 Eigentümern und mit der gleichen Zahl an Experten gesprochen –, ist ein wichtiger Aspekt die Freiheit, die Gestaltungsmöglichkeit in den eigenen vier Wänden. Man kann in seinen eigenen vier Wänden entsprechende Sanierungsmaßnahmen in dem Zeitraum und mit der Geldmenge vornehmen, die ich zur Verfügung habe. Das ist ein zentraler Aspekt der Wohnzufriedenheit.

Der andere Aspekt ist die Frage der Diskriminierung, die ich vorhin erwähnt habe. Ich entweiche sozusagen dem permanenten Druck des Vermieters, der mir möglicherweise bestimmte Auflagen macht, ich entweiche dem Stress im Hausflur, möglicherweise in der Nachbarschaft. Dann habe ich eine größere Wohnsicherheit und durch die Investitionen das Gefühl: Ich bin finanziell ganz gut aufgestellt.

Das Redlining, das im US-amerikanischen Kontext in verschiedenen Bereichen massiv nachgewiesen wurde – z. B. wurden Bankkredite in bestimmten Bereichen nicht vergeben –, haben wir in gewissen Zeitphasen auch in Duisburg festgestellt. Dramatisch ist daran, dass kategorisch entschieden wurde, dass genau die Haushalte, die dort investieren würden und auch investieren könnten, keinen Kredit bekommen. Ich habe mit verschiedenen Kreditinstituten gesprochen, die gesagt haben: Ja, das war eine Zeit lang unsere Politik. – Das ist insofern sehr kritisch zu bewerten.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Ein Aspekt, den wir diskutiert haben, waren Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen in diesem Bereich. Ich kenne nur ein Beispiel, allerdings aus Belgien, wonach die Stadt Antwerpen private Wohnungen angemietet hat und weitervermietet. Mich interessiert zu wissen: Haben Sie darüber Informationen, ob so etwas in Deutschland eine allgemeine Praxis ist? Und wie beurteilen Sie das?

Das Zweite bezieht sich auf die Frage der Aufwertung von Quartieren und das Problem der möglichen Vertreibung von wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen. In Nürnberg gibt es ein sehr schönes Beispiel, das Sie vielleicht kennen: Gostenhof. Dort erbringen Mieter und teilweise auch die nicht so kapitalstarken Eigentümer alter Wohnungen Eigenleistungen. Es wird in der Darstellung im Rückblick behauptet – es begann ja in den 70er, 80er Jahren –, dass etwa 40 % der Leistungen durch Eigenleistungen möglich waren. Wie beurteilen Sie das? Das kennt man auf dem Land in Form von Nachbarschaftshilfe, wodurch Baukosten gespart werden. Mich interessiert, wie Sie beurteilen, dass man das auch in Städten nutzt.

Frau **Hanhörster:** Ich habe eine kurze Nachfrage zu Ihrer Frage, wie man das in Städten nutzt. Meinen Sie, wie weit sich das dort widerspiegelt, dass in Eigenleistung saniert wird? Bezieht sich Ihre Frage auf die Haushaltsperspektive?

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Das bezieht sich auf die Haushalte, aber auch auf die politische Ebene der Kommune, dass sie so etwas ermöglicht und die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schafft. Kennen Sie das Beispiel von Gostenhof in Nürnberg? Das ist ein klassischer Fall von Stadtsanierung in einem Migrantenviertel. Es ist eine Aufwertung erreicht und gleichzeitig vermieden worden, dass die schwächeren Bevölkerungsteile vertrieben wurden.

Frau **Hanhörster**: Ich kenne das Beispiel aus Nürnberg nicht. Es ist sicherlich so, dass wir immer noch davon sprechen können – das hat sich bei uns in den Interviews mit Eigentümern widerspiegelt –, dass auch in Eigenleistung saniert wird, dass das aber je nach Milieu unterschiedlich ist. Man kann also nicht sagen, Migranten oder Türkeistämmige sanieren mit Unterstützung des Onkels und des Nachbarn. Das kann man so pauschal nicht sagen.

Aber es ist tatsächlich so: Die vielen Schwellenhaushalte, die wir unter den Eigentümern in Duisburg festgestellt haben, würde ich nicht in dem Sinne als prekäre Eigentümer beschreiben, weil sie genau auf dieses Netz zurückgreifen konnten. Wir versuchen durch die Interviews, die wir führen, auch qualitativ nachzuweisen, dass diese Haushalte sehr wohl Unterstützung erfahren, sei es finanzielle Unterstützung, aber auch im Rahmen der engeren familiären Netze. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir nicht zu einer Schwarz-Weiß-Malerei kommen dürfen.

Zur Beantwortung Ihrer Frage: Wir finden das auch in den Städten vor. Das kann ich so bestätigen, zumindest für den nordrhein-westfälischen Kontext. Damit einhergehend gibt es deutliche Hinweise auf Aufwertungsprozesse, wobei viele dieser Sanierungen sukzessive vorgenommen werden. Auch das muss man im Blick behalten: Da ist die Fassade nicht sofort schmuck und schön, das wird von diesen Haushalten als ein jahrzehntelanges Meisterwerk betrachtet, entsprechende Sanierungen vorzunehmen, soweit Geld zur Verfügung steht.

Das belgische Beispiel kenne ich nicht. Das würde mich interessieren. Ich kann Ihnen auch nichts zu Ihrer Frage sagen, dass privater Wohnraum angemietet und weitervermietet wird. Ich kenne im deutschen Kontext nicht nur die Frage des Belegungsankaufs, sondern auch des Belegungstausches, wenn wir über kommunale Handlungsspielräume sprechen. Mein Argument war, zu sagen: Wir dürfen uns nicht auf die benachteiligten Quartiere konzentrieren, sondern wir müssen gesamtstädtisch denken und diese Quartiere in ihrer Funktion für die Quartiersbevölkerung, aber auch in ihrer Funktion, die sie gesamtstädtisch einnehmen, wertschätzen. Wir dürfen diese Quartiere aber auch nicht überlasten. Das heißt, dass im besten Fall sozialer Wohnungsbestand, wenn er neu geschaffen wird, als kommunaler Wohnungsbestand in den Sahneschnittchen der Städte entsteht, natürlich mit entsprechender Konfliktmoderation. Ansonsten wird es wahrscheinlich schwierig werden.

Ein letzter Punkt, der mir gerade einfällt: Vorhin wurde die Frage nach dem „Busing“-System gestellt und danach, wie man diese Situation entzerren kann. Ich kenne ein Beispiel aus Frankreich. Ich erinnere gerade den Städtenamen nicht mehr. Aber eine Kollegin aus Berlin beforscht derzeit auch die Frage, wie das „Busing“-System dort umgesetzt wird. Vorhin wurde gefragt, welcher Rahmenbedingungen es bedürfe: Deutlich wird dies in dem Programm „Moving to opportunities“ in den USA, wo versucht wird, benachteiligte Haushalte aus benachteiligten Quartieren zu bewegen und ihnen Wohnraum in privilegierten Gebieten zu verschaffen.

Das würde die Frage rückspiegeln: Ist das eine Handlungsmöglichkeit? Ich habe von Herrn Häußermann einen Artikel in Erinnerung, der gerade 2011 erschienen ist, in dem er die Aussage traf: Ja, das sei dann möglich, wenn diese Prozesse auch sozial-integrativ begleitet werden. – Sie waren also nicht erfolgreich; das bloße Umsetzen der Bevölkerung aus den benachteiligten Quartieren und das pure Verlagern in ein anderes Quartier sind aus dem Grunde, dass dort freiwillige und unfreiwillige Aspekte der Segregation miteinander vermischt sind, leider, muss man sagen, nicht die Rettung. Wir müssen diese Strategien interdisziplinär „zimmern“.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Sie gerade angesprochen haben. Bei der Schaffung von Eigentum durch Schwellenhaushalte haben Sie die Kreditsituation angesprochen. Meine Frage wäre: Wenn Sie Befragungen von Haushalten durchführen, haben Sie Erkenntnisse darüber, inwiefern die Schaffung von Eigentum durch Schwellenhaushalte, die die Hoffnung haben, der erzwungenen Segregation zu entfliehen und sich durch die Eigentumsschaffung besser zu fühlen, private Verschuldung und Insolvenzen zur Folge hat, weil diese die Einkommensverhältnisse nicht richtig eingeschätzt haben oder einschätzen konnten? Gibt es da ein gewisses Risiko?

Umgekehrt, um dieses Risiko zu minimieren: Wie groß sind die informellen sozialen Netzwerke, über die man sich Finanzmittel besorgt, weil man sie von den Banken nicht erhält? Haben Sie bei Ihren Befragungen diesbezüglich Informationen oder Hinweise bekommen?

Frau **Hanhörster:** Wir haben in Duisburg – darauf bezieht sich unsere Studie – unter anderem Makler und Kreditinstitute befragt. In Duisburg gibt es mittlerweile eine beträchtliche Anzahl an türkeistämmigen Maklern – mich würde interessieren, wie das im hessischen Raum ist, das weiß ich gar nicht –, die nicht nur dieses Klientel bedienen, sondern grundsätzlich auch für andere Gruppen offen sind.

(Zuruf: Gibt es auch!)

– Gibt es auch, sagen Sie gerade. – Interessanterweise haben unter anderem diese Makler die wohnräumliche Segregation mit befördert. Das geht aus einer Studie des Planerladens hervor, die deutlich macht: Wenn ich mich an einen türkeistämmigen Makler wende, hat der ein bestimmtes Portfolio. Wo liegt dieses Portfolio? Das sind alle Objekte, die sich in benachteiligten Gebieten befinden. Das heißt: Wenn ich mich an diese Makler wende, werde ich vorzugsweise in bestimmte Gebiete „beraten. Das lässt sich für Duisburg mit einem sehr getrennten Nord-Süd-Wohnungsmarkt und Nord-Süd-Immobilienmarkt so bestätigen. Das wird hier in Hessen vielleicht ähnlich sein.

Auf die Frage der Insolvenzen sind wir unter anderem gestoßen, allerdings nicht unbedingt bei den Fortgezogenen, sondern eher bei den Verbleibenden, die aufgrund einer vermeintlichen Gelegenheit gekauft haben. Es gibt, wenn man es typisiert, die „Gelegenheitskäufer“, die sagen: Mensch, eine super Möglichkeit, genau jetzt, dann mache ich das. – Manchen von denen wurde erst danach sukzessive deutlich, dass mit dem Kauf, z. B. aufgrund von Vorschriften des Denkmalschutzes, entsprechenden Kosten für die Sanierung verbunden waren, die diese Haushalte gar nicht tragen konnten, was zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat.

Vorsitzender: Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich bedanke mich sehr.

Ich darf Herrn Dr. Norbert Gestring von der Johann-Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt das Wort erteilen.

Herr **Dr. Gestring:** Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier vorzutragen.

(Präsentation Gestring siehe Anlage 3)

Wenn es um die Integration von Migranten im Bereich des Wohnens geht, sind damit zwei Fragen verbunden. Das eine ist die Frage der Integration im Sinne einer Versorgung mit Wohnraum. Das Zweite ist die Frage von Segregation und Quartier. Ich habe zwei Thesen zu Segregation und Quartier, die ich nur kurz erwähnen werde. Das wird Sie an das erinnern, was schon vorgetragen wurde.

(Gestring Folie 2: „Versorgung mit Wohnraum“)

Ich beginne mit der Versorgung mit Wohnraum. Die wenigen verfügbaren Daten, die wir über das Wohnen im Hinblick auf die Wohnversorgung haben, sprechen für einen Prozess der Integration in diesem Bereich. Allerdings gibt es nach wie vor Probleme der Unterversorgung.

(Gestring Folie 3: „Versorgung mit Wohnraum“ – Tabelle)

Diese Tabelle zeigt Ihnen Daten mit klassischen Indikatoren der Wohnforschung für Deutsche und Nicht-Deutsche in der Bundesrepublik insgesamt – nicht für Hessen speziell. Ich habe solche Daten für Hessen nicht gefunden. Ich will jetzt nicht auf alles eingehen. Sie sehen die Entwicklung dieser Indikatoren für den Zeitraum 1983 bis 2006. Wenn man Integration versteht als Anpassung, als Angleichung von Migranten an den gesellschaftlichen Durchschnitt, dann sieht man im Hinblick auf die Eigentumsquote, dass langsam, peu-à-peu ein Integrationsprozess zu beobachten ist, weil die Eigentumsquote bei den Migranten stärker zugenommen hat als bei den Einheimischen. Von 10,9 % auf 17,6 % ist die Eigentumsquote bei den Migranten gestiegen, also um 6,7 Prozentpunkte. Bei den Deutschen ist sie von 39,2 % auf 42,4 %, also um 3,2 Prozentpunkte gestiegen. Bei den Migranten ist der Anstieg schneller. Deshalb gibt es diesen Angleichungsprozess.

Im Hinblick auf die Wohnfläche kann man das nicht sagen. Zwischen 1993 und 2006 ist die durchschnittliche Wohnfläche in den Eigentümerhaushalten der Migranten um 2,3 m² gestiegen ist. Bei den Mieterhaushalten ist sie gewissermaßen konstant geblieben. Wenn man nur auf die Migranten guckt, sieht man: Es ist ein bisschen besser geworden, nicht sehr viel, aber ein bisschen besser. Bei den Deutschen ist die Entwicklung aber stärker. Die Deutschen haben in der gleichen Zeit ihre Wohnfläche stärker ausweiten können. Auf die Frage der Mietbelastung gehe ich später ein.

(Gestring Folie 4: „Versorgung mit Wohnraum“ – Hessen)

Für Hessen habe ich nur diese Daten gefunden: Die „Wohnfläche pro Kopf in Familien“ – das ist ein ganz ungewöhnlicher Indikator –, also die Wohnfläche pro Kopf in den Haushalten, die eine Familie bilden; das sind alle Haushalte mit Kindern. Da ist der Unterschied: Bei Haushalten ohne Migrationshintergrund sind es durchschnittlich 33,4 m² pro Kopf, bei denen mit Migrationshintergrund sind es 25,6 m². Dazu gibt es jetzt keine Entwicklungsdaten. Deshalb kann ich nur diese Diskrepanz vorstellen, aber nicht sagen, ob das in Richtung Integration geht.

Die Eigentumsquote ist in Hessen überdurchschnittlich hoch. Bei Haushalten ohne Migrationshintergrund liegt sie bei fast 50 %, bei denen mit Migrationshintergrund bei 22,4 %.

(Gestring Folie 5: „Versorgung mit Wohnraum“ – Frankfurt)

Jetzt zeige ich Ihnen Daten für Frankfurt. Da sieht man die Relevanz, auf die Frau Hanhörster hingewiesen hat, wonach Migranten zu einem viel größeren Teil als Nichtmigranten in großen Städten leben. In der Stadt Frankfurt sehen Sie einen sehr großen Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen im Hinblick auf die Wohnfläche. Die Deutschen haben pro Kopf – über alle Haushalte – doppelt so viel Wohnfläche zur Verfügung wie die Nicht-Deutschen.

Die Eigentumsquote ist in Frankfurt erstaunlich niedrig. Das war auch mir nicht klar. Sie liegt bei 19 % – gegenüber 8 % bei Nicht-Deutschen.

Worauf ich hinweisen will, ist Folgendes. Bisher könnte man sagen: Integration auf einem niedrigen Niveau. Aber: Der Anteil der unterversorgten Haushalte – das habe ich aus einem Sozialbericht, aus der Studie von Lücken-Klassen – ergibt sich aus folgender Berechnung. Das gemessene Kriterium beruht auf der sogenannten Kölner Empfehlung. Danach ist ein Haushalt dann mit Wohnfläche unterversorgt, wenn ein Erwachsener 37 m² oder weniger zur Verfügung hat, ein Erwachsener mit Kind 51 m² usw. Wenn man diese Kriterien anlegt, sind in Frankfurt immerhin 16,0 % der deutschen Haushalte mit Wohnraum unterversorgt und wohnen zu beengt – nach diesen Kriterien, die relativ niedrig sind, wie man sagen muss.

Jetzt wird es ein bisschen kompliziert. Bei den Nicht-Deutschen wird zwischen EU-15-Ausländern und den übrigen Ausländern unterschieden. Bei den EU-Ausländern sind es immerhin schon 33,0 %, die unterversorgt sind, und bei den übrigen Ausländern sind es 50 %. Das sind dramatische Zahlen. Sie sagen natürlich auch etwas über den Frankfurter Wohnungsmarkt aus.

(Gestring Folie 6: „Versorgung mit Wohnraum“ – Thesen 2 und 3)

Die Thesen beziehen sich auf die Erklärungen für diese Unterschiede und die Entwicklungen. Die zweite These lautet: Der Prozess der Integration hängt in hohem Maße von der sozioökonomischen Lage der Migranten ab. Sozioökonomische Faktoren erklären auch Unterschiede zwischen den Migrantengruppen – nicht kulturelle oder sonstige Faktoren. Welche Unterschiede das genau sind, kann ich Ihnen in Bezug auf Hessen nicht sagen. Man kann zumindest bei denen, die dauerhafte Einwanderer sind, spätestens in der zweiten Generation sicher davon ausgehen, dass sie die gleichen Ansprüche an das Wohnen haben wie die Einheimischen.

Die erste Generation vergleicht ihre Wohnsituation oft noch mit ihrer Wohnsituation im Herkunftsland, zumindest wenn sie als Erwachsene eingewandert sind. Die zweite Generation aber, das zeigen alle Studien, orientiert sich an den gesellschaftlichen Standards. Das sind keine anderen als die, welche die Deutschen haben.

Dritte These: Eine Integration im Sinne einer vollständigen Angleichung von Migranten an die nicht-migrantische Bevölkerung ist nicht zu erwarten – zum einen aufgrund der sozioökonomischen Lage, zum anderen wohnen Migranten häufiger in Großstädten. Außerdem gibt es eben nicht nur einen Migrationstyp. Darauf hat Herr Prof. Dr. Siebel schon hingewiesen. Es gibt nach wie vor Migranten, die nicht planen, dauerhaft in Deutschland, Hessen oder Frankfurt zu bleiben, sondern das als eine Station in ihrem Lebenslauf sehen. Als transitorische Migranten haben sie natürlich andere Ansprüche an das Wohnen als die Einwanderer, die dauerhaft hier leben. Die genauere Erklärung zeige ich Ihnen jetzt nicht, sondern gehe zur vierten These über.

(Gestring Folie 8: „Versorgung mit Wohnraum“ – These 4)

Vierte These: Der Prozess der Integration wird beeinträchtigt durch Diskriminierung. Diese Diskriminierung zeigt sich unterschiedlich. Eine Form der Diskriminierung zeigt die Studie aus Dortmund, wonach Menschen, die sich beispielsweise mit einem türkischen Namen bei einer Wohnungsbaugesellschaft oder bei einem Vermieter bewerben, geringere Chancen haben, überhaupt eine Antwort zu bekommen, als Deutsche, die das mit gleich lautendem Anschreiben tun. Es gibt nach wie vor Vermieter, die Migranten bestimmter Herkunft grundsätzlich ablehnen.

Eine zweite Form der Diskriminierung sind die sogenannten Ausländeraufschläge: „Wenn ich schon einen Ausländer bei mir wohnen lasse, möchte wenigstens den Vorteil davon haben, dass ich eine höhere Miete nehmen kann.“ – Dass dies noch eine Rolle spielt, zeigt sich daran, dass die Nicht-Deutschen durchschnittlich je Wohnung und durchschnittlich je Quadratmeter Wohnfläche höhere Mieten als die Deutschen zahlen. Das ist mit Sicherheit nicht dadurch zu erklären, dass sie die besseren Wohnungen in den besseren Lagen haben. Das ist einerseits dadurch zu erklären, dass sie in Großstädten wohnen, wo es teurer ist, aber andererseits wird auch Diskriminierung eine Rolle spielen.

Das Dritte ist, dass es nach wie vor die Praxis der Quotierung durch Wohnungsbaugesellschaften gibt. Sie wird begründet mit einer „guten Mischung“, aber niemand weiß, was eine gute Mischung ist, weil man das nicht an ethnischen Kriterien festmachen kann. Diese Quotierung ist eine Form der Diskriminierung, weil sie Menschen den Zugang zum Wohnungsmarkt nur aufgrund der Tatsache erschwert, dass sie z. B. eine türkische, griechische oder jugoslawische Herkunft haben.

(Gestring Folie 9: „Versorgung mit Wohnraum“ – These 5)

Fünfte These: Der Prozess der Integration wird beeinträchtigt durch eine Verknappung des Angebots im Segment der preiswerten Mietwohnungen. Der Wohnungsmarkt ist ja kein einheitlicher Markt, sondern man kann unterschiedliche Segmente unterscheiden. Ein Segment ist das der preiswerten Mietwohnungen, bei denen man unterteilen kann in private Wohnungen und Wohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstanden sind.

Dieses Segment schrumpft erstens, weil der soziale Wohnungsbau abgebaut wird. Damit verschlechtern sich die Chancen derjenigen, die auf dieses Segment angewiesen sind, unmittelbar. Dadurch kommen die räumlichen Konzentrationen zustande. Der Bestand an sozialem Wohnungsbau ist in Frankfurt von circa 65.000 bis 70.000 – ich habe unterschiedliche Zahlen gelesen – auf ca. 30.000 Wohnungen gesunken. Wenn es nur noch einen kleinen Anteil an Wohnungen gibt, für die es überhaupt Belegrechte gibt, werden sie sich in bestimmten Stadtteilen und da in bestimmten Quartieren der Stadt konzentrieren. Die Stadt kann dann gar nicht mehr anders, als die Menschen dorthin zu bringen. Das trägt zur weiteren Segregation bei.

Zweitens. Das Segment der preiswerten Mietwohnungen wird dadurch weiter eingeschränkt, dass im Zuge der Renaissance der Stadt, also der Wiederbelebung und Reurbanisierung der Städte, gerade innenstadtnahe Altbauquartiere Orte sind, an denen Luxussanierungen stattfinden. Diese innenstadtnahen Altbauquartiere sind für die urban orientierte Mittelschicht von hoher Attraktivität. Sie gehen in diese Quartiere, die äußerlich vielleicht noch gar nicht so attraktiv erscheinen mögen. Man kann das z. B. in Frankfurt-Bornheim sehen, wo die Mieten rasant steigen. Nach und nach werden in solchen Quartieren Luxussanierungen stattfinden, und Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Dann wird es zu einem Prozess der Verdrängung derer

kommen, die bisher dort gelebt haben, also die mit niedrigem Einkommen. Man nennt das in der Fachsprache Gentrification.

Drittens. Ich möchte auf die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes hinweisen, worüber noch gar nicht gesprochen wurde. Das ist jetzt der Übergang von der Wohnraumversorgung zur Segregation.

(Gestring Folie 10: „Versorgung mit Wohnraum“ – Statistik)

Das ist eine Karte von Hessen. Links sehen Sie die Bevölkerungsprognose des Hessischen Statistischen Landesamtes für den Zeitraum 2008 bis 2030. Hier wird unterschieden nach wachsenden und schrumpfenden Regionen innerhalb Hessens. Es wird davon ausgegangen, dass es in dem Städteband zwischen Frankfurt und Wiesbaden, im Wetteraukreis und bis hinunter nach Darmstadt ein Bevölkerungswachstum gibt. Je dunkler die anderen Kreise sind, desto stärker ist die Bevölkerungsabnahme.

Das ist eine wesentliche Determinante dafür, wie sich die Wohnungsmärkte entwickeln werden. Wenn z. B. in Kassel eine starke Schrumpfung stattfindet, könnte man davon ausgehen, dass es eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt geben wird. Da könnte man denken, dass das gut für die Migranten ist. Sie haben wenig Geld. Auf einem entspannten Wohnungsmarkt können sie sich eher bewegen. Dann sieht man aber, dass die SGB-II-Quote bei den Ausländern in Kassel 34,8 % beträgt.

Für schrumpfende Städte ist davon auszugehen, dass die Mittelschicht und die untere Mittelschicht sich stärker sortieren, sich neu orientieren, weil sie die Chancen nutzen, die ein entspannter Wohnungsmarkt bietet. Sie wohnen dann dort, wo sie wollen. Die sozial Abgehängten, die, die dauerhaft auf Transferleistungen angewiesen sind, werden sich in schrumpfenden Städten zunehmend in den benachteiligten Quartieren konzentrieren. Das ist ein Prozess, den wir auch schon in Leipzig und Essen festgestellt haben. Mit der Schrumpfung geht eine stärkere sozioökonomische Segregation einher. Davon werden in Kassel insbesondere die Ausländer – ich sage jetzt „Ausländer“, weil die Daten Deutsche und Nicht-Deutsche unterscheiden – betroffen sein.

Meine Vermutung ist, dass sozial schwache Haushalte aus Frankfurt insgesamt verdrängt werden. Es ist abzusehen, dass es in allen innenstadtnahen Quartieren Frankfurts den Prozess der Gentrification geben wird und dass sich in den Nachbarstädten, wie Offenbach, Dietzenbach usw., die sozial benachteiligten Haushalte stärker konzentrieren werden. Das wird mit einer Erhöhung der Migrantenanteile einhergehen.

Das sind Thesen, die aus der Bevölkerungsprognose abgeleitet sind. Wie Sie wissen, sind Prognosen immer schwierig, weil sie sich auf die Zukunft beziehen. Man ist sich nicht sicher. Aber man muss diese regional unterschiedlichen Voraussetzungen, Chancen und Risiken berücksichtigen, wenn man über die Wohnraumversorgung und die Segregation in hessischen Städten sprechen will.

Die beiden Thesen zu Segregation und Quartier lasse ich jetzt aus. Sie sind auf dem Thesenpapier aufgeführt. Das wäre eine Wiederholung.

(Gestring Folie 14: „Stadt- und Wohnungspolitik“ – Thesen 8 und 9)

Zur Stadt- und Wohnungspolitik. Wenn man eine integrative Stadt- und Wohnungspolitik machen will, darf man benachteiligte Quartiere nicht sich selbst überlassen. Das würde eine Abwärtsspirale in diesen Quartieren bedeuten. Das würde letztlich das Modell Los

Angeles Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre bedeuten. Wenn es zwischen den Gangs Schießereien gab, sperrte die Polizei den Block ab und ließ innerhalb des Blocks geschehen, was dort geschah. Es kam keiner mehr heraus. Das ist eine Stadtpolitik, die sich in deutschen Städten niemand leisten kann und wohl auch nicht leisten will.

Daher muss man intervenieren. Das Beispiel aus Dietzenbach hat deutlich gemacht, dass das keine punktuelle Aufgabe ist. Das ist keine Aufgabe, die man für fünf Jahre angeht, dann ist sie gelöst und man kann sich anderen Aufgaben widmen. In vielen sozial benachteiligten Quartieren wird das eine Daueraufgabe sein, wenn man Abwärtsspiralen verhindern will.

Die zweite These zur integrativen Stadt- und Wohnungspolitik heißt, dass sie sich erstens nicht ausschließlich auf diese benachteiligten Quartiere konzentrieren und sich nicht ausschließlich um diese kümmern kann, sondern dass so eine Politik auf die ganze Stadt zielt. Es geht also darum, sozialen Wohnungsbau weiterhin wahrzunehmen und die Gestaltungschancen durch kommunale Wohnungsunternehmen zu nutzen, diese nicht zu privatisieren.

Zweitens sollte man Sanierungen nach dem Prinzip der „behutsamen Stadterneuerung“ durchführen. Dieses Prinzip geht davon aus, dass die, die in den Häusern wohnen, nach einer Sanierung dort auch bleiben können. Man sollte die Sanierung daran orientieren, was sich die Menschen in den Wohnungen leisten können, nicht daran, was aus architektonischen oder sonstigen Gründen wünschbar ist.

Es kommt drittens darauf an, bezahlbare Wohnungen in vielen Stadtteilen zu schaffen und so der Segregation entgegenzuwirken, damit gewissermaßen die Wahlfreiheit, sich eine Wohnung zu suchen, erweitert wird.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Gibt es Fragen?

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Sie haben vorhin Vergleiche angestellt, nämlich zwischen Personen mit Migrationshintergrund – respektive Ausländern – und Deutschen in Bezug auf die ihnen zur Verfügung stehende Wohnfläche. Wenn man nicht diese Vergleiche nimmt, sondern den sozioökonomischen Status vergleicht, das heißt, bestimmte Milieus miteinander in Beziehung setzt, also Menschen, die ähnliche Lebensgrundlagen haben, fällt dann der Unterschied in der Wohnfläche ebenso groß aus, oder verringert er sich? Ich würde vermuten, dass er sich eher angleicht. Ein armer Deutscher lebt wahrscheinlich ähnlich wie ein armer Ausländer.

(Abg. Mürvet Öztürk: Er hat nicht so viele Kinder!)

– Er hat nicht so viele Kinder, sagt Frau Öztürk. Das kann sein. Das weiß ich nicht. Das ist meine erste konkrete Frage dazu.

Meine zweite Frage lautet: Sie haben die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt angesprochen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Ein anderer Grund für die unterschiedliche Situation bei den Mietpreisen könnte auch der der sozialen Netzwerke sein. Ich sage Ihnen ein Beispiel. Ich wohne in Bockenheim, einem sehr guten Stadtteil in Frankfurt, auf 104 m² für 600 €. Wie kommt das? Na ja, ich kenne jemanden, der in den 50er Jahren für die ehemaligen Besitzern gearbeitet, dort eine Ausbildung gemacht hat. Er hat gesagt: „Ihr seid Studenten, kein Problem, da nehme ich 100 € weniger Miete.“ Solche

Kontakte hat nicht jeder, vor allem nicht jemand, der vor zehn Jahren hierher gezogen ist und aus dem Ausland kommt. Ist der Punkt der sozialen Netzwerke neben der Diskriminierung nicht auch ein gewichtiger?

Herr **Dr. Gestring**: Zu Ihrer zweiten Frage: Ja, das ist so. Wenn die sozialen Netzwerke türkischer Migranten hauptsächlich wiederum aus türkischen Migranten bestehen, haben sie nur zu dem Teil des Wohnungsmarktes Zugang, der Türken offensteht. Andere kennen sie gar nicht. Da haben Sie völlig recht. Das spielt eine große Rolle.

Es spielt auch eine Rolle, dass Migranten „beweglicher“ sind, eventuell häufiger umziehen. Mit jedem Umzug steigt die Miete, da bei Neuvermietung mehr Geld genommen wird. Es spielt also eine Vielzahl von Aspekten eine Rolle.

Alle diese Vergleiche sind problematisch, wenn man nicht die soziale Lage bzw. die Schichtzugehörigkeit mit berücksichtigt. Wenn man den Durchschnitt der Migranten mit dem Durchschnitt der Deutschen vergleicht, müssen die Migranten nach den üblichen Indikatoren immer weit hinterherhinken, weil sie einer anderen Schicht zugehören. Wenn man die Schichtstruktur der Migranten und eine vergleichbare Schichtstruktur bei den Deutschen nehmen würde und die Daten vergleichen könnte, würde man an vielen Punkten erkennen, dass es gar keine großen Unterschiede mehr gibt. Das spricht für eine ganz gute Integration. Bei den Bildungsergebnissen wissen wir aus PISA-Studien, dass nach der Kontrolle der Schichtzugehörigkeit kaum noch etwas übrigbleibt.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Ich möchte auf die Mietpreise eingehen. Sie haben zwei, drei Faktoren angeführt, dass es unterschiedliche Gründe sind, warum Migranten durchschnittlich mehr Miete als deutsche Personen zahlen. Gibt es zu den Gründen, die Sie jetzt nicht alle differenziert aufgezählt haben, auch „gezielte“ Diskriminierungsansätze? Ich meine jetzt nicht Diskriminierung in dem Sinne, dass man jemandem eine Wohnung nicht gibt, sondern dass man ihm die Wohnung gibt und sagt: „Weil er fremd und Ausländer ist, wird er mir die Wohnung verhunzen; daher werde ich die Quadratmeterpreise von vornherein etwas höher ansetzen.“ Haben Sie auch dahin gehend Vermutungen?

Herr **Dr. Gestring**: Das ist eine Vermutung. Das kann man nicht empirisch untermauern. Jedenfalls kenne ich keine aktuellen Studien dazu. Dazu kann ich nichts sagen.

Sachv. **Dr. Stefan Luft**: Ich habe eine Verständnisfrage zu der These, dass die demografische Schrumpfung mit stärkerer Segregation einhergeht. Ich bitte Sie, das noch einmal zu erklären. Eigentlich würde sich durch Schrumpfung der Bevölkerung der Wohnungsmarkt entspannen. Man müsste eigentlich annehmen: Bei entspanntem Wohnungsmarkt verteilt es sich mehr.

Herr **Dr. Gestring**: Das Modell sieht wie folgt aus. Der Wohnungsmarkt entspannt sich. Nicht 20 % oder 30 %, sondern 50 % oder 60 % der Stadtbevölkerung können sich dann auf diesem Wohnungsmarkt relativ frei bewegen. Es entsteht selektive Mobilität: Die Integrierten ziehen weg, und die Nicht-Integrierten – ob die nun Migranten sind oder nicht – bleiben da. Diese selektive Mobilität erhöht sich, weil die untere Mittelschicht, die in-

tegrierte Arbeiterschicht usw., die Quartiere verlassen kann, was sie in Frankfurt, Hamburg oder München nicht kann.

Abg. **Hans-Christian Mick:** Ich möchte auf zwei Themenkomplexe eingehen, zum einen auf den Themenkomplex der sogenannten Ausländeraufschläge, die Sie angesprochen haben. Mich interessiert, wie Sie das gemessen haben. Meines Erachtens gibt es wahrscheinlich ein ziemlich hohes Dunkelfeld. Ich stelle mir den Vorgang an sich schwierig vor, weil es unzulässig ist, jemandem wegen seiner Eigenschaft als Ausländer eine höhere Miete abzuknöpfen, nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz sowieso, aber auch in mietrechtlicher Hinsicht. In Städten mit Mietspiegeln gibt es ohnehin nur einen bestimmten Bereich, in dem man sich bewegen kann. Wie haben Sie das gemessen? Ist das alles informell? Ist das Dunkelfeldforschung?

Ich möchte das Thema Gentrifizierung ansprechen. Sie haben damit, sehr spannend, ein Thema aus dem Frankfurter Kommunalwahlkampf in die Anhörung eingeflochten. Das finde ich sehr schön. Ich frage mich nur: Ist dieses Thema wirklich so wild, wie es gemacht wird? Das frage ich aus dem Bauch heraus, weil ich mich an eine Zeit erinnere, in der geklagt wurde, dass der gut verdienende Mittelstand aus der Stadt wegzog in den sogenannten Speckgürtel, also nach Eschborn usw. Ich finde nicht, dass wir anfangen sollten, uns zu beschweren, wenn der Mittelstand jetzt wieder in die Städte zurückkommt, weil das doch ein Element einer guten Mischung in einer Stadt wäre. Können Sie sagen, ob das eine Prognose für die nächsten 20 Jahre ist, wenn es so bleibt, oder sind wir schon an einem Punkt angelangt, an dem die Mischung so ungesund wird, dass Diskriminierung und Vertreibung der angestammten Bevölkerungsschichten aus den Stadtteilen, die Sie erwähnt haben, z. B. Bornheim-Nord, stattfinden?

Herr **Dr. Gestring:** Die Ausländeraufschläge sind eine These, die gewisse Umstände erklärt. Diese These ist aber empirisch nicht belegt. Das kann man empirisch auch nicht belegen. Wenn es das gibt, was ich vermute, läuft es nicht so, dass jemand sagt: „Ich habe eine Wohnung; dafür gibt es einen türkischen und einen deutschen Bewerber, und ich gebe sie dem türkischen Bewerber, weil ich von ihm 50 € mehr nehmen kann.“ In dem Sinne gibt es das nicht. Aber es gibt Bestände, die schwer vermietbar sind. Dann greift man von vornherein eher auf Ausländer bzw. Migranten zurück. In diesem Sinne ist das gemeint.

So ist die Segregation in Berlin zustande gekommen. Kreuzberg war ein Sanierungserwartungsgebiet. Da wurde nicht mehr investiert. Da hat man Türken hineingesetzt, weil man sie schnell wieder loswerden kann, wenn man das Haus tatsächlich abreißen will.

Zum Thema Gentrification. Ich bin kein Experte für Frankfurt, obwohl ich zurzeit in Frankfurt an der Universität bin. Menschen, die in Planungsbehörden sitzen und mit Immobilien zu tun haben, warnen aber davor. Ich weiß nicht, wer ein Bild von Bornheim vor Augen hat. Das ist kein superschöner Stadtteil. Ich bin gern in dem Stadtteil, weil er so vielfältig ist. Aber dass die Wohnungen dort so super attraktiv sind, kann man wahrscheinlich nicht sagen. Trotzdem gibt es dort einen rapiden Anstieg der Mieten.

Sie haben nach einem „Frühwarnsystem“ gefragt. Wenn man sieht, dass die Mieten rapide ansteigen, und man weiß, dass die Europäische Zentralbank in der Ecke, nicht weit entfernt, gebaut wird, dann ist es wirklich nicht schwer, zu sagen: Die Mischung in Bornheim wird in spätestens zehn Jahren ganz anders aussehen. Das geht auf Kosten derer, die eine geringe Zahlungsfähigkeit haben. Migranten gehören überdurchschnitt-

lich häufig zu dieser Gruppe. Im Gallus-Viertel kann man entsprechende Veränderungen wahrscheinlich über einen Zeitraum von 15 Jahren sehen.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Meine Frage schließt sich an: Welche Möglichkeiten hat Ihrer Ansicht nach eine Stadt, wenn sie gegensteuern will, wenn sie eingreifen will? Welche Möglichkeiten hat sie tatsächlich? Kennen Sie gute Beispiele von Städten, die ihre Chancen voll ausgenutzt haben? Sie haben gesagt, der Mietspiegel sei kein effektives Instrument. Gibt es gute Beispiele, an denen man sich orientieren könnte?

Herr **Dr. Gestring**: Das historische Beispiel dafür ist die IBA in Berlin aus den 80er Jahren, die den Begriff „behutsame Stadterneuerung“ in die Diskussion gebracht und das in vielen Teilen Kreuzbergs auch beispielhaft umgesetzt hat. Dort ist es gelungen, Häuser zu sanieren, Dachgeschosse draufzusetzen, die für viel Geld verkauft oder vermietet wurden. Im Prinzip wurde dabei die soziale und ethnische Struktur der Quartiere erhalten. Trotzdem wurden die Häuser saniert und erneuert. Wahrscheinlich reichen die Instrumente in der Regel nicht aus, um so etwas zu verhindern.

Verhindern kann es eine Stadt immer dann, wenn es ein Sanierungsgebiet ist und sie Sanierungsgelder mit ausgibt. Dann kann sie die Eigentümer über Verträge daran binden, bestimmte Mietpreise nicht zu überschreiten. Aber wenn privat saniert wird und die Eigentümer sagen, sie möchten kein Sanierungsgeld haben, weil sie völlige Handlungsfreiheit haben möchten, dann ist das unter den heutigen Bedingungen tatsächlich sehr schwierig, das zu verhindern. Aber Herr Dr. Holm als Experte für diese Frage kann das vielleicht genauer beantworten, auch im Hinblick auf die Instrumente der Stadtpolitik.

Vorsitzender: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich. – Herr Dr. Holm erhält das Wort.

Herr **Dr. Holm**: Vielen Dank für die Einladung. Ich bin jetzt in der privilegierten Lage, dass das meiste, was zum Thema zu sagen ist, schon gesagt wurde, und ich mich bemühen kann, im Sinne des Zeitmanagements ein bisschen durch meine Folien zu „hetzen“.

(Präsentation Holm siehe Anlage 4)

Für alle diejenigen, die das Material vorher gelesen haben: Ich habe einen Teil der Zahlen, auf die ich mich beziehe, im Thesepapier etwas ausführlicher dargelegt. Da kann man die Prozentzahlen hinter dem Komma nachlesen. Ich werde hier eher die allgemeinen Tendenzen beschreiben.

Ich möchte damit anfangen, zu beschreiben, was ich machen will: Ich möchte kurz etwas Allgemeines zum Zusammenhang von Wohnen und Integration sagen. Ich werde dann auf die Wohnungsversorgungssituation von Haushalten mit Migrationshintergrund in Hessen eingehen. Ich beziehe mich dabei auf den Mikrozensus von 2007. Ich werde die Bezüge zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt auslassen, weil das in mehreren Beiträgen schon deutlich genannt wurde und ich mich auf keine anderen Studien oder Zahlen beziehe als die Kollegen, die hier vorher schon gesprochen haben. Ich werde, wie es sich gehört, noch einige Schlussfolgerungen ziehen.

Wenn wir uns die Argumente von Herrn Prof. Dr. Siebel, der leider nicht mehr da ist, ins Gedächtnis zurückrufen: Er hat von einem relativ weiten Integrationsbegriff gesprochen. Er hat gesagt: Wir haben die gesellschaftlichen Institutionen des Marktes, der Demokratie, des Rechts, der Stadt, die allesamt für uns ein Integrationsmoment ausmachen, weil sie nach Logiken funktionieren – oder, in Klammern gesprochen: funktionieren sollten –, die unabhängig von der Herkunft eine Integration in die jeweiligen Sozialsysteme, die damit verbunden sind, schaffen. – Aus dieser Perspektive würde ich gerne über die Wohnsituation sprechen, gar nicht so sehr aus der Segregationsperspektive, bei der wir immer fragen, wohnen da jetzt zu viele Arme oder zu viele Ausländer auf einem Haufen und ist das für uns ein Problem? Das wird im Programm „Soziale Stadt“ zur Grundlage gemacht.

(Holm Folie „Wohnen und Integration“)

Ich schlage aus der erweiterten Integrationsperspektive vielmehr vor, die Wohnsituation als eine Art Gradmesser für Wohlstand in der Gesellschaft anzusehen. Die Wohnsituation von unterschiedlichen sozialen Schichten und Gruppen ist ein relativ zuverlässiger Indikator dafür, soziale Ungleichheiten in einer Gesellschaft zu messen. Das hat viel damit zu tun, dass die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik wesentlich über den Markt gesteuert wird. Das wissen alle, die schon einmal eine Wohnung angemietet oder ein Haus gebaut haben. Da geht es letztlich um die ökonomischen Ressourcen. Wir haben auch Beispiele gehört, wo soziale oder kulturelle Ressourcen wichtig sind, dass ich also jemanden kenne, der jemanden kennt, der mir eine preisgünstige Wohnung vermittelt. Genau aus dieser Perspektive heraus können wir feststellen: Die Wohnsituation ist ein guter Indikator für soziale Ungleichheiten. Das heißt aber auch, dass wir den Zugang zur Wohnungsversorgung als einen Ausdruck für Chancengleichheit oder für ein Maß an Chancenungleichheit beschreiben können.

Der Begriff Diskriminierung ist schon eingeführt worden. Wenn mir aufgrund meines Namens oder meiner ethnischen Herkunft, oder meiner religiösen Zugehörigkeit der Zugang zur Wohnungsversorgung versagt wird, ist die Chancengleichheit nicht mehr gegeben. Wir stehen da vor einem sehr allgemeinen Integrationsproblem, das Fragen an die Mehrheitsgesellschaft stellt: Inwieweit sind Mehrheitsgesellschaften zur Integration bereit? Inwieweit sind Hausbesitzer, Wohnungsunternehmen zur Integration bereit? Inwieweit sind die so genannten bildungsbürgerlich orientierten Eltern, deren Kinder auf gute Schulen gehen, bereit, in einem „Busing“-Konzept zu akzeptieren, dass da auch Kinder aus einem Problemviertel an die Schule kommen? Ich tippe nur an, was wir in der Diskussion schon angesprochen haben. Integration betrifft also nicht nur die Frage, inwieweit türkische oder arabische Familien bereit sind, sich anzupassen.

Im Zusammenhang mit den Stadtentwicklungsbedingungen spielt es aus meiner Perspektive bezüglich der Segregation, bezüglich der Konzentration bestimmter Gruppen in bestimmten Teilräumen der Gesellschaft eine relativ große Rolle, dass wir neben den selektiven Vergabepraktiken auch das berücksichtigen müssen, was Norbert Gestring dargelegt hat, dass wir in den Städten sehr differenzierte Teilmärkte haben. Wenn wir sagen, dass der Hauptmechanismus zur Verteilung im Raum der Markt ist, dann sind unterschiedliche Wohnungsteilsegmente der Nährboden, auf dem Problemviertel entstehen, auf dem aber auch die besseren Viertel entstehen und unsere Wertigkeiten verschiedener Stadtteile basieren. Ich werde am Ende darauf zu sprechen kommen, wie man mit diesem Problem, wenn man es als Problem ansehen will, umgehen könnte.

Die Fragen, die mir in der Einladung zur Sitzung der Enquetekommission vorgegeben wurden, waren: Wie unterscheiden sich die Wohnsituationen von Haushalten mit und

ohne Migrationshintergrund in Hessen? Gibt es migrationsspezifische Diskriminierungen? Das werde ich nicht so ausführlich behandeln. Wie wirken sich die aktuellen Tendenzen der Stadtentwicklung auf diese Segregationsdynamiken aus?

Zu den konkreten Zahlen, die vom Statistischen Landesamt aufbereitet wurden, sind mir ein paar Besonderheiten bei der Gruppe aufgefallen, die als „Haushalte mit Migrationshintergrund“ gezählt werden. Dazu muss mit einem großen Ausrufezeichen immer gesagt werden: Wir sprechen über eine Gruppe, die intern sehr differenziert ist. Wenn wir von „Menschen mit Migrationshintergrund“ sprechen, reden wir nicht nur von türkischen und arabischen Familien, die kein Einkommen haben oder die als sozial besonders benachteiligt gelten, sondern wir reden im gleichen Umfang auch von den gut verdienenden Akademikern und Akademikerinnen, die an den Frankfurter Hochschulen, Universitäten, Instituten arbeiten oder die an bestimmte international agierende Firmen gebunden sind. Das heißt: Alle Zahlen, die ich jetzt nenne, verschleiern die Binnendifferenzierung innerhalb dieser Gruppe ein bisschen und sollten uns darauf hinweisen, dass hinsichtlich der Benachteiligung im Bereich migrantischer Haushalte die Zahlen wahrscheinlich noch deutlicher sind, als ich sie hier jetzt darstellen kann.

(Holm Folie „Wohnungsversorgung – Haushalte mit Migrationshintergrund“)

Was die Statistiken des Mikrozensus 2007 ausdrücken, wird sich in den letzten Jahren vermutlich nicht gravierend geändert haben. Es gibt mehr Kinder und Jugendliche in den migrantischen Haushalten. Das sind 30 %. Ich glaube, der Vergleichswert zu den nichtmigrantischen Haushalten liegt bei 14 % oder 15 %. Sie wohnen zu 69 % häufiger in Familien. Der Vergleichswert der nichtmigrantischen Haushalte liegt bei knapp über 50 %. Sie haben weniger Erwerbstätige bei einer etwa vergleichbar großen Zahl von Erwerbspersonen. Das heißt, die Anzahl derer, die auf Transferleistungen angewiesen sind oder über Familientransfers ihren Lebensalltag finanzieren bzw. ihre Einkommen erzielen, ist mit 87 % deutlich größer als bei deutschen Familien. Und sie haben im Durchschnitt insgesamt geringere Einkommen. Bemerkenswert finde ich vor allen Dingen – in den Statistiken des Mikrozensus gibt es eine Klassifizierung nach dem Einkommen: unter 900 €, zwischen 900 und 1.200 € usw. –, dass fast die Hälfte der Haushalte mit Migrationshintergrund in der Einkommensgruppe bis 900 € liegen. Der Anteil ist mehr als doppelt so groß als der vergleichbare Anteil an deutschen Haushalten.

Aus dieser Struktur – mehr Familien, geringere Einkommen, weniger Erwerbstätigkeit, höherer Anteil von Kindern und Jugendlichen – würde ich die Schlussfolgerung ziehen: Familienhaushalte mit Migrationshintergrund in Hessen – das ist in anderen Bundesländern ähnlich – haben andere Haushaltsstrukturen als der Durchschnitt der Gesellschaft. Sie haben deshalb spezifische Wohnbedarfe. Ich glaube, dass wir das in der Stadtentwicklungspolitik zu selten berücksichtigen. Wir werden sehen, welche Effekte das hat.

Wir haben schon gehört, dass der Anteil von Miethaushalten unter migrantischen Haushalten größer ist. Ein größerer Anteil von ihnen wohnt in größeren Wohnanlagen. Das hängt sehr stark mit dem höheren Anteil von Migranten in den Städten zusammen. Wir haben trotz dieser unterschiedlichen Haushaltsgrößen – es gibt größere Familienverbände, die zusammenwohnen – einen geringeren Wohnflächenverbrauch. Wir haben im Durchschnitt kleinere Wohnungen, die von Familien mit Migrationshintergrund bewohnt werden. Wir haben eine geringere Wohndauer. Wenn man fragt, wie lange sie hier wohnen, ist bezüglich Migrationsfamilien der ersten Generation einleuchtend, zu sagen: Sie sind gerade erst gekommen; sie können ja noch gar nicht 20 Jahre in Frankfurt, in Kassel oder in Dietzenbach wohnen. – Das zieht sich aber als Muster einer erhöh-

ten Fluktuation und Mobilität in den nachfolgenden Generationen, die schon länger hier sind, durch.

Wir haben hier in Hessen im Durchschnitt deutlich höhere Mietkosten, auch auf den Quadratmeter bezogen höhere Mietkosten, und auch höhere Heizkosten. Ich glaube, dass es hierfür verschiedene Gründe sind. Es gibt unterschiedliche Traditionen, wie man eine Wohnung heizt. Es gibt aufgrund der geringeren Erwerbstätigkeit mehr Zeiten, die man zu Hause verbringt: Wenn ich nicht den ganzen Tag im Büro sitze, sondern zu Hause bin, heize ich auch länger. – Es hat Folgen, dass viele migrantische Haushalte regelmäßig auf die preiswertesten Bestände in den Städten angewiesen sind und dass dies die Wohnungsbestände sind, die, energetisch gesehen, die schlechtesten Kennziffern haben. Da kommen wir in ein ökosoziales Dilemma: Eigentlich sind das die Wohnungen, die es aus einer ökologischen Perspektive, z. B. der CO₂-Perspektive, am Nötigsten hätten, eine Generalsanierung der energetischen Rahmenbedingungen zu erhalten, also auch die Fassaden erneuert und neue Heizungsanlagen installiert werden müssten. Der Vorteil, den die Wohnungen im Moment bieten, nämlich die preiswertesten Wohnungen in den Städten zu sein – unsanierte oder teilsanierte Altbauwohnungen sind immer deutlich preiswerter als alle Sozialwohnungen, die es in den Städten gibt –, führen aber auch zu den von Norbert Gestring angesprochenen Gentrifizierungstendenzen in Form einer Ökosanierung, die möglicherweise in den Städten Raum greifen.

Die Bedarfe, die Haushalte mit Migrationshintergrund aufgrund der Sozialstruktur, der Einkommenssituation, der veränderten Haushaltsstruktur haben, sind familiengerechte und preiswerte Wohnungen, was es in dieser Koppelung in ganz vielen deutschen Städten, nicht nur in Hessen, nicht sehr häufig gibt. Sie stehen in Konkurrenz zu vielen anderen Nachfragegruppen, die ein beschränktes Budget haben. Das sind deutsche Haushalte, die nicht so viel Geld haben, die auf dieselben Wohnungen zielen. Das sind möglicherweise aber auch alternative und neue Wohnformen, z. B. studentische WGs, die sich vorstellen können, gern in größeren Wohnungen zusammenzuwohnen, die nicht viel Geld kosten. Aus dieser Perspektive gibt es um ein sehr spezielles Wohnungsmarktsegment in den Städten eine Konkurrenz zwischen migrantischen Haushalten und anderen Haushalten. Genau weil es die verstärkte Konkurrenz gibt, müssten Fragen der Diskriminierung auch noch aus dieser Perspektive besprochen werden. Da geht es nicht nur darum, die einzelnen Eigentümer oder die Wohnungsbaugesellschaft anzuklagen, dass sie die Wohnungen nicht gerecht verteilen, sondern es ist ein systematisches Problem, dass nämlich eine ganze Reihe von Haushalten mit sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Ressourcen und Ausstattungen auf denselben Wohnungsbestand drängen. Wie geht man in Städten mit dieser Konkurrenz um? Wie können solche Konkurrenzen geklärt werden? Wie kann Stadtpolitik darauf Einfluss nehmen?

(Holm Folie „Schlussfolgerungen“)

Eine erste Schlussfolgerung, die ich hier vorschlagen will, ist: Wenn man Integration über Wohnungsmarktsegmente ernst nimmt und sagt, man will die Lebensbedingungen und die allgemeinen Integrationsperspektiven verbessern, kommt die Stadtpolitik nicht darum herum, sich um den Ausbau von solchen preiswerten familiengerechten Wohnungen zu kümmern, weil genau das der freie Wohnungsmarkt in der Regel nicht zur Verfügung stellt. Es gibt architektonisch und städteplanerisch hervorragende Wohnungsbauprojekte im Neubaubereich, die familiengerechte Wohnungen zur Verfügung stellen. Diese sind aber in der Regel nicht preiswert. Es gibt auf der anderen Seite auch im privaten Wohnungsbau, vielleicht auch im genossenschaftlichen oder Gemeindewohnungsbau, Perspektiven, wo man preiswerte Wohnungen erstellt, die häufig aber nicht

mehr familiengerecht sind. In größeren Wohnanlagen gibt es z. B. viele Ein- und Zweiraumwohnungen. Das heißt, da müsste man sich spezielle Programme überlegen, wie man das als öffentliche Hand entweder selbst übernimmt oder wie man Anreize schafft, dass genau dieses spezifische Segment von Wohnungen geschaffen wird.

Bezogen auf die angesprochene Diskriminierung habe ich folgende Stichpunkte: konsequente Umsetzung, Kontrolle und Sanktion der Antidiskriminierungsgesetzgebung. Wir haben bei den Untersuchungen, die es sowohl vom Planerladen in Nordrhein-Westfalen als auch in verschiedenen Projekten in Berlin dazu gegeben hat, das deutliche Problem der Diskriminierung auf den Wohnungsmärkten festgestellt. Wir können sie systematisch erfassen. Man kann z. B. folgende Untersuchung durchführen: 100 Personen mit deutschem Namen bewerben sich, und 100 Personen mit türkischem Namen bewerben sich; wir haben als Ergebnis eine empirisch sehr klar feststellbare Diskriminierung. Aber das sanktionsfähig und kontrollfähig zu machen und dem einzelnen Wohnungsvermieter nachzuweisen, dass er aus rassistischen oder sonstigen Motiven jemanden ausgegrenzt hat, ist in der Tat relativ schwer. Da geht es neben Kontroll- und Sanktionsmechanismen auch darum, so etwas wie eine soziale Kultur des „Fair-Mietens“, fair im Sinne von „fair play“, durchzusetzen, wo man auch mit Eigentümerverbänden, z. B. Haus und Grund, ins Gespräch kommen könnte. Das wären Perspektiven, die es gibt.

Wir haben davon gesprochen, dass migrantische Haushalte in diesem Wohnungssegment der preiswerten familiengerechten Wohnungen in Konkurrenz zu anderen stehen und dass das eine Chance wäre, einen Ausgleich zu schaffen, wenn man öffentliche Wohnungsunternehmen, in öffentlichen Wohnungsbestände, die im Landesbesitz oder Kommunalbesitz sind, zu einem gezielten Protagonismus für benachteiligte Haushalte anregen würde. Das ist die Umkehrung der elenden Quotendiskussion, über die wir hier bereits gesprochen haben. Es geht nicht darum zu sagen, wir wollen eine Höchst- oder Mindestquote von bestimmten Haushalten haben, sondern man sollte ähnlich, wie das in Bewerbungsverfahren inzwischen üblich ist, sagen: Bei gleicher sozusagen Eignung, Mietzahlungsfähigkeit etc. werden benachteiligte Haushalte, weil sie sich gerade auf den freien Wohnungsmärkten nicht selbst versorgen können, von öffentlichen Wohnungsunternehmen bevorzugt behandelt. – Das wäre eine Perspektive, die man über die Eigentümerfunktion, die das Land, die Gemeinden und Städte in diesen Wohnungsunternehmen haben, über vertragliche Regelungen, Zielvorgaben usw. umsetzen könnte.

Mein Plädoyer, quasi als Schlusswort, wäre – das ist in der Anhörung schon zum Ausdruck gekommen –: Es sollte das Bewusstsein geben, dass Integrationspolitik immer auch Stadt- und Wohnungspolitik ist und wir die anderen Integrationsebenen, der Bildung, des Arbeitsmarktes etc., zwar nie vernachlässigen dürfen, diese speziellen stadt- und wohnungspolitischen Perspektiven hier aber auch diskutieren sollten.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Darf ich um Wortmeldungen bitten?

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich würde gern eine Personengruppe ansprechen, die heute nicht dezidiert genannt worden ist, die aber oft, wenn es um Wohnungspolitik oder Wohnsituationen und Diskriminierung geht, in der Dunkelziffer, wie ich glaube, sehr stark betroffen ist: die Personen, die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland haben, und jene Personengruppe, die man Illegalisierte nennen könnte, die es eigentlich gar nicht gibt, die es aber trotzdem gibt. Da gibt es, glaube ich, eine sehr verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt, vor allem was die Mieten betrifft. Haben Sie diesbezüglich

irgendwelche verwendbaren Erkenntnisse? Wird darüber Forschung betrieben? Oder ist das eher ein Feld, von dem man sagen kann: Darüber brauchen wir gar nicht zu reden?

Herr **Dr. Holm**: Ich kann jetzt leider nicht mit konkreten Zahlen, auch nicht mit Lösungsmöglichkeiten aufwarten.

Ich glaube aber, dass die Beobachtung durchaus richtig ist. Ohne eine konkrete Studie durchgeführt zu haben, ist relativ nachvollziehbar, dass sich für alle, die nur unter spezifischen Bedingungen überhaupt ein Mietvertragsverhältnis unterzeichnen können, die vielleicht auf informelle Lösungen mit legalisierten Freunden oder Familienmitgliedern angewiesen sind, die Auswahlmöglichkeiten an Wohnungen, bei denen ein Mietverhältnis überhaupt möglich ist, noch einmal deutlich einschränken. Ob man so weit gehen kann, zu sagen, dass dieses Problem mit öffentlichen Wohnungsunternehmen zu regeln ist, es irgendwo einen Bestand gibt, wo nicht nach einem Pass gefragt wird und die Städte trotzdem Mietverträge abschließen, halte ich für relativ utopisch unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen, die es in den meisten Städten gibt, und angesichts der allgemeinen Diskussionskultur.

Es gibt Beispiele in den USA und auch in Spanien, wo Kommunen ganz unabhängig von den nationalen Gesetzgebungen zur Einwanderung gesagt haben: Wir sind darauf angewiesen, wir haben hier eine bestimmte Anzahl von Leuten, die eigentlich als illegalisiert gelten, aber wir wollen trotzdem etwas für deren Versorgung, für deren medizinische Versorgung, für die Bildung ihrer Kinder tun und legen deshalb auf kommunal, auf städtischer oder Gemeindeebene fest, diese Haushalte zu versorgen, ohne sie an die nationalen Ein- und Auswanderungsabschiebebehörden auszuliefern. Meines Wissens gibt es in Deutschland aber noch keine sehr integrationsorientierte Gemeindepolitik.

Abg. **Gerhard Merz**: Ich möchte auf den Aspekt der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum, und zwar mit einem besonderen Blick auf kinderreiche Familien, zu sprechen kommen. Als ich Wohnungsdezernent war, habe ich immer geglaubt, wenn ich 150 bis 200 richtig große Wohnungen im sozialen Wohnungsbau für die vielen Dutzenden kinderreichen Familien hätte, denen man nichts anderes anzubieten hatte als eine Vier-Zimmer-Wohnung mit höchstens 85 qm² – das war das äußerste der Gefühle –, dann wäre man seine dringendsten Sorgen los.

Das würde eine Lösung nahe legen: Man muss diese Wohnungen bauen. Das Problem ist: Wenn Sie die üblichen Mechanismen des sozialen Wohnungsbaus nehmen – sowohl bei der Herstellung solcher Wohnungen durch Sanierung und Umbau als auch beim Neubau –, kommen Sie zu Quadratmeterpreisen, multipliziert mit der eigentlich benötigten Wohnungsfläche, die diese Familien nicht mehr bezahlen können – jedenfalls nicht mehr selbst bezahlen können.

Demgegenüber erfolgt die Feststellung der Angemessenheit des Wohnraums – sowohl was die Quadratmeterzahl angeht als auch was den Quadratmeterpreis angeht – durch die Ämter, früher durch die Sozialämter. Ich habe das heute schon einmal angesprochen. Vorhin war die Antwort: Das lösen Sie nur mit Geld. – Aber wo ist der Auflösungspunkt? An welchem Punkt müsste man den Subventionierungstatbestand festmachen? Wie bekommt man das hin? Durch eine pauschale Finanzierung von Wohnungsbau-Gesellschaften oder durch eine Subventionierung auf den Quadratmeterpreis? Irgendwie muss man mit dem Problem ja umgehen können.

Herr **Dr. Holm**: Das ist ein sehr gutes Beispiel. Ich glaube, dass sich daran relativ exemplarisch zeigen lässt, dass Wohnungspolitik und Stadtentwicklungspolitik nicht mehr mit einem „Königsweg“ zu regulieren sind. Das hat man bis in die 80er Jahre versucht, indem man gesagt hat: Wir haben entweder eine Wohngeldorientierung oder den sozialen Wohnungsbau.

Letztendlich braucht man für die aktuellen Herausforderungen, die differenziert sind – die Zahl der wirklich kinderreichen Familien mit geringem Einkommen ist ja kalkulierbar, man weiß ungefähr, wie viele in der Stadt oder in der Gemeinde leben –, einerseits Anreize, damit solche Wohnungen gebaut werden, entweder von privaten oder von öffentlichen Unternehmen, je nachdem, wie die Städte aufgestellt sind, andererseits könnte man überlegen, wie die von der Gemeinde steuerbaren Regelungen zu Kosten der Unterkunft eigentlich gestrickt sind. Benachteiligen sie Familien mit vielen Kindern systematisch über den Preis, der da zustande kommt? Kann man da nachregulieren und eine neue Verordnung erlassen?

Man sollte überlegen, wie verschiedene Fachbereiche in den Gemeinden dieses Problem gemeinsam lösen können, indem man sich hinsetzt und sagt: Der Baudezernent, der Sozialdezernent und die Ausländerbeauftragte – wenn es sie gibt – überlegen gemeinsam, ob eine Lösung dafür zustande kommt. – Ich würde mich scheuen, zu sagen: Es gibt den einen Trick, mit dem man sozial-integrative Stadtentwicklung betreiben kann.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Meine erste Frage geht in die gleiche Richtung. Sie sagen, wir brauchen einen preiswerten und familiengerechten städtischen Wohnungsbau. Sie sind noch nicht auf die genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften eingegangen. Meine Frage ist, da ich mich damit nicht so auskenne, ob die eine andere Orientierung haben. Ich habe das Gefühl, die Zahl dieser Gesellschaften ist sehr zurückgegangen. Stimmt das? Wenn ja, woran liegt das?

Meine zweite Frage lautet: Sie haben, was ich sehr richtig finde, eine konsequente Umsetzung, Kontrolle und Sanktion der Antidiskriminierungsgesetzgebung gefordert. Wie kann das gehen? Wer kann das durchsetzen? Wer kann das umsetzen? Passiert so etwas irgendwo schon?

Meine dritte Frage: Irgendwann in diesem Jahr läuft das Gesetz oder die Verordnung – ich weiß es nicht genau – zur Fehlbelegungsabgabe aus. Wie schätzen Sie das ein? Braucht man die? Braucht man sie zur Stützung des sozialen Wohnungsbaus? Was würden Sie vorschlagen, wenn man in die Richtung im Land nachdenkt?

Herr **Dr. Holm**: Zu der Schlussfolgerung, man braucht preiswerte und gleichzeitig familiengerechte Wohnungen. Die Auswertung der Haushaltsstrukturen migrantischer Haushalte in Hessen – und mit Sicherheit auch in anderen Städten anderer Bundesländer – war gar nicht darauf beschränkt, dass ich gesagt habe: Das muss im öffentlichen Wohnungsbau funktionieren. – Die Länder müssen jeweils überlegen, mit welchen Instrumenten sie arbeiten wollen. Kann man das im Rahmen der Wohnungsbauförderung machen, die es als Instrument des Bundes gibt? Wenn sich das Land entschließt, eine Komplementärförderung auf den Weg zu bringen, kann man es in einem solchen Rahmen machen? Kann man genossenschaftliche oder andere Eigentümerformen mit in den Fokus nehmen? Das hängt relativ stark von den jeweiligen wohnungspolitischen Traditionen und der Gesamtlage im jeweiligen Bundesland ab, welchen Weg man geht.

Um eine langfristige Steuerbarkeit dieser Wohnungspolitik und eine langfristige Vergabepolitik sicherzustellen, hat ein öffentlicher Wohnungsbau sicherlich gewisse Vorteile – wenn man ausklammert, dass wir gerade eine Phase hatten, in der viele öffentliche Wohnungen privatisiert wurden. Wenn das aber nicht stattfindet, ist das etwas, womit Gemeinden und Städte relativ langfristig kalkulieren können, sodass man sagen kann: Man hat diesen Wohnungsbestand, bei dem eine bestimmte Anzahl familiengerechter Wohnungen dabei ist. Wenn da jemand auszieht, sind die Kommunen in der Lage, die Belegung selbst zu steuern. Das wäre so ein Punkt.

Ein weiterer Punkt war die Vermietung. Es gibt aktuelle Beispiele. Dabei geht es nicht unbedingt darum, familiengerechte Wohnungen zu vermieten. Es gibt eine sehr kleinteilige Initiative in einem Berliner Stadtteil, in Neukölln, in dem die Gentrifizierungstendenzen, die Norbert Gestring angesprochen hat, ein bisschen „vor der Tür stehen“. Dieses Beispiel hat Walter Siebel vorhin als Negativbeispiel beschrieben. Dort gibt es die Struktur, dass ganz viele Einzeleigentümer einzelne Häuser haben. Die Eigentümer sind gerade dabei, sich über ein Quartiersmanagement, das ist die Berliner Fassung der „Soziale-Stadt“-Programme, zusammenfassen zu lassen. Sie überlegen nicht nur, wie sie das Wohnumfeld und das Image des Stadtteils aufwerten können, sondern sie diskutieren gemeinsam mit den Bewohnern des Quartiers darüber, wie eine Vermietungspraxis aussehen kann. Ich kann zwar noch keine Ergebnisse präsentieren, aber es ist zumindest deutlich: Es gibt so eine Konstellation. Die ist durchaus möglich. Da ist „Haus und Grund“ als Interessenvertreter dieser spezifischen Eigentümerstruktur aktiv mit im Boot mit den Bezirksvertretern. Das heißt, zumindest ist Kommunikation möglich.

Zweiter Punkt: Kontrolle und Sanktionen. Ich bin, was die Situation in Hessen anbelangt, überfragt, inwieweit es eine Landesregelung zum Antidiskriminierungsgesetz gibt und ob darin möglicherweise auch Sanktionsandrohungen formuliert werden. Rein theoretisch könnte man mit Straf- oder Bußgeldern genau das, was der Planerladen in Nordrhein-Westfalen gemacht hat, stichpunktartig auch als Amt machen, indem man sagt: Ich kontrolliere das nicht flächendeckend, sondern ich mache in einzelnen Regionen bei einzelnen Eigentübertypen Stichproben; wenn jemand dabei erwischt wird, dass er systematisch eine diskriminierende Wohnungsvergabe praktiziert, wird eine Sanktion verhängt. – Wenn die Strafe schmerzhaft genug ist, hat das vermutlich einen Lerneffekt für alle Vermieter und Eigentümer. Ich glaube, dass das tatsächlich im Rahmen der Gesetzgebung in das Antidiskriminierungsgesetz einbezogen werden muss.

Dritter Punkt: Fehlbelegungsabgabe. Sie wurde immer als Element diskutiert, um genau diese Ziele der „Sozialen Stadt“ im Sinne einer sozialen Mischung zu erreichen, das Wohnen für Mittelklassehaushalte bzw. besser verdienende Haushalte in sozialen Brennpunkten oder in Beständen des sozialen Wohnungsbaus zu verlängern, indem man sagt: Wir entlasten diese Haushalte von der Fehlbelegungsabgabe, damit sie in den Quartieren bleiben und nicht auch noch wegziehen. – Nach allem, was wir heute diskutiert haben, ist relativ deutlich geworden: Die räumliche Konstellation ist nicht die Ursache mangelnder Integration und Ausgrenzung. Ich würde eher darüber diskutieren, was mit den Einkünften aus der Fehlbelegungsabgabe gemacht wird. Werden sie z. B. für weiteren sozialen Wohnungsbau zweckgebunden eingesetzt? Möglicherweise macht es Sinn, das nicht über das Land, sondern in den Städten sehr spezifisch zu regeln. Angesichts der Situation in Frankfurt mit dem sehr angespannten Wohnungsmarkt wäre die Aufhebung der Fehlbelegungsabgabe wahrscheinlich nicht notwendig, um die Leute in ihren Wohnungen zu halten, in denen sie jetzt leben. In Kassel sieht das möglicherweise anders aus. Um dort die Perspektiven der freiwilligen Segregation, die Norbert Gestring beschrieben hat, zu dämpfen, könnte man sagen: Hier verzichten wir darauf.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass man nach den verschiedenen Lagen auf dem Wohnungsmarkt vorgeht. Aber eine pauschale Antwort kann ich dazu nicht geben. Ich glaube auch nicht, dass es die Integration tatsächlich fördert, zu sagen: Ich habe hier einen gewissen Anteil von Besserverdienenden und Mittelklassehaushalten. – Es kommt immer darauf an, wie das umgesetzt wird. Das ist so ähnlich wie in den amerikanischen Beispielen: Einfach nur den Wohnort irgendwohin zu verlagern, ohne dass es eine sozial begleitende Maßnahme gibt, bringt gar nichts. Nur weil mein Nachbar viel Geld hat oder zwei Professorenkinder im selben Haus wohnen, heißt das nicht automatisch, dass daraus irgendein Integrationseffekt hervorgeht. Das bedarf sowieso immer einer zusätzlichen Steuerung.

Abg. **Gerhard Merz:** Da, wo es die Fehlbelegungsabgabe gibt, sind die Mittel, zumindest in Hessen, zweckgebunden. Das Problem ist, dass das vielerorts die einzigen kommunalen Gelder sind, die noch in den sozialen Wohnungsbau fließen.

Ich möchte auf einen anderen Aspekt eingehen, der damit zusammenhängt. Es gibt eine Verpflichtung der Kommunen in Hessen, Wohnungsversorgungskonzepte aufzustellen. Ich weiß nicht, ob irgendjemand einen Überblick hat, ob alle ihrer Verpflichtung nachkommen und welche Rolle das Thema, das wir hier heute diskutieren, in diesen Wohnungsversorgungskonzepten spielt. Weiß das jemand? Wenn nicht, könnte vielleicht jemand forschungsmäßig nachgucken.

Herr **Dr. Holm:** Ich kann zur Lage in Hessen nichts sagen. Ich habe aber eine Weile hier an der Universität in Frankfurt gearbeitet und habe mich mit dem Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Frankfurt auseinandergesetzt. Meiner Einschätzung nach ist das ein Papier, das sehr ausführlich beschreibt, wie die Wohnungsversorgungssituation ist. Alle Zielformulierungen, die es enthält, sind für die Themen, die wir heute zur Sprache gebracht haben, viel zu pauschal. Es wird eher gesagt: Es gibt einen Bedarf. – Es wird auch gesagt, die unterschiedlichen öffentlichen Wohnungsunternehmen müssen die soziale Wohnraumversorgung sicherstellen. Wie das konkret geschieht, ob es Zielvereinbarungen in Prozenhöhen etc. gibt, wie viele preiswerte Wohnungen darunter bleiben müssen, ist in diesem Wohnraumversorgungskonzept noch gar nicht so ausformuliert.

Ich glaube, dass das eigentlich ein gutes Instrument wäre, um sehr spezifische Bedarfe – beispielsweise: Wir brauchen für Familien mehr als 200 Wohnungen, die mehr als sechs Zimmer haben – dort hineinzuschreiben, wenn man als Stadt in der Lage ist, den Bedarf tatsächlich zu erfassen. Das ist aber in dem Frankfurter Wohnraumversorgungskonzept nicht so spezifiziert.

Vorsitzender: Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Ich darf mich bei Ihnen ebenfalls sehr bedanken.

Wir kommen zu unseren ständigen Sachverständigen. Die agah hat sich für heute entschuldigen lassen, hat aber schriftlich Stellung genommen.

Ich bedanke mich, dass Herr Dr. Hilligardt vom Hessischen Landkreistag mit großer Geduld an den Sitzungen teilnimmt. Sie erhalten das Wort.

Herr **Dr. Hilligardt**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte insbesondere Schlüsse für das praktische Handeln vor Ort aus diesen Diskussionen ziehen.

Erlauben Sie mir dennoch, mich mit Blick auf die Uhr sehr kurz zu fassen. Ich möchte einige Anmerkungen zum Befund der heutigen Anhörung machen und kurze Ausführungen zu den möglichen abzuleitenden Handlungsmöglichkeiten.

Zum Befund: Aus dem Blickwinkel der Landkreise und des ländlichen Raumes war es auffallend in dieser Diskussion, dass man heute insbesondere auf sozial schwache Migranten in benachteiligten Quartieren fokussiert hat. Das ist sicherlich das brennende Thema. Man muss aber auch sehen, dass es – das wurde gerade in dem letzten Vortrag deutlich –, ganz andere Migrantengruppen gibt, die außerhalb dieser Quartiere leben, gut integriert im Umfeld Frankfurts und im Ballungsraum, natürlich auch in den Neubaugebieten. Das Thema Integration fokussiert sich natürlich nicht nur auf die Gebiete, die heute im Mittelpunkt der Diskussion standen.

Nicht ganz klar geworden ist die Frage, inwieweit das Thema Wohnraum und Integration nicht nur ein städtisches ist. Wir haben 426 Kommunen in Hessen, wovon sicherlich weit über 200 nicht städtisch, sondern eher dörflich sind. Ich habe versucht abzuleiten, ob dort dieselben Probleme im Kleinen stattfinden oder ob dort die Situation im Bereich Wohnraum und Integration eine gänzlich andere ist. Das ist sicherlich ein Thema, das man noch weiter gehend trefflich erörtern könnte. Das zum Thema Befund.

Als Handlungsalternativen, bei denen ich Steuerungsmöglichkeiten oder einen Hebel für die Landkreise sehe, möchte ich drei nennen, die mir in dieser Diskussion zuvorderst klar geworden sind. Dazu zählt – das ist allerdings nur ein randläufiger Bereich für die Kreise –, dass man, sofern man an Wohnungsbaugesellschaften beteiligt ist, dort ganz konkret im städtisch-kommunalen Bereich an den hier geforderten Konzepten mitarbeiten und mitwirken kann.

Wir haben einen anderen Bereich, bei dem das Thema Wohnraum und Integration schon seit vielen Jahren ganz offenkundig ist. Das ist im Bereich der Unterbringung, im Bereich des Flüchtlingswesens und im Asylbewerberwesen der Fall, wo die Standortfrage – momentan ist dieses Thema ein wenig abgeflaut, womöglich kommt es wieder ganz stark –, die Frage der Verteilung auf ganz Hessen, auch auf den ländlichen Raum, für die Landkreise eine immer wiederkehrende ist: An welchen Standorten kann ich tatsächlich eine Unterkunft eröffnen? Kann ich unterbringen, ohne dass soziale Brennpunkte entstehen?

Ein letzter Punkt, allerdings ohne dass ich mir eine Antwort geben konnte: Es wurde das Wohngeld angesprochen, für das die Kreise in großen Teilen zuständig sind; außerhalb der kreisfreien Städte sind sie komplett zuständig. Bei den Kosten für die Unterkunft ist immer wieder angesprochen worden, dass in der Art der Leistungsgewährung vielleicht eine Steuerungsmöglichkeit liegen könnte. Ich persönlich kann die nicht richtig greifen.

Aber das wäre für mich aus der Sicht der Landkreise die Schlussfolgerung, wenn man versucht, zu identifizieren, wo die Hebel sind, an denen etwas getan werden könnte: Ansatzpunkte gibt es, wenn überhaupt, bei den Wohnungsbaugesellschaften, im Flüchtlingswesen und in der Leistungsgewährung im Bereich der Unterkunftskosten.

Abg. **Gerhard Merz**: Ich möchte auf den letzten Punkt eingehen: die Kosten der Unterbringung betrifft. Es ist vielleicht weniger das, was man tut, als das, was man nicht tut,

vielleicht auch nicht tun kann, nämlich die Frage des Überprüfens, was ein angemessener Wohnraum für eine Familie wäre, und das nicht an starren Grenzen zu messen, sondern an den besonderen Umständen der jeweiligen Familie oder Einzelperson, einschließlich der Frage, wie die sozial-räumliche Verteilung funktioniert. Wenn man das Ermessen etwas flexibler und großzügiger handhaben würde, wäre das nicht nur dem Einzelfall angemessen, sondern wahrscheinlich würden in vielen Fällen mittel- und langfristige Kosten an mancher Stelle durch eine bessere Integration eingespart. Dieser Überzeugung bin ich relativ stark.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Herr Hilligardt, Sie haben bei mir eine kleine Spannung aufgebaut, als Sie gesagt haben, Sie haben heute Morgen die Diskussion über die Großstadt gehört und hätten sich immer wieder gefragt, was unterschiedlich sei. Ich habe erwartet, dass Sie uns sagen, was Sie gedacht haben, was Ihre Beobachtungen sind, was in den dörflichen Verhältnissen grundlegend anders ist.

Herr **Dr. Hilligardt:** Wir haben in unserer Stellungnahme geschrieben, dass wir unter den Kreisen in Vorbereitung auf diese Sitzung zu diesem Thema keine Umfrage durchgeführt haben. Die Frage wäre beim Städte- und Gemeindebund besser aufgehoben.

Ich kann Ihnen eine Antwort geben, die rein aus persönlichen Erfahrungen beruht. Ich wohne in einer Stadtumlandgemeinde – sowohl Stadtumland zu Darmstadt als auch zu Frankfurt – in einem Neubaugebiet, in dem es eine Vielzahl gemischter Ehen gibt, sogar zwei Sozialwohnungsbauten, wo das Miteinander sowohl im Kindergarten als auch in der nahe liegenden Grundschule hervorragend funktioniert. Ich kann Erfahrungen aus anderen Gemeinden nicht wiedergeben. Da wäre der Städte- und Gemeindebund sicherlich der bessere Ansprechpartner. Wir sind heute Morgen in der Anhörung immer wieder im städtischen Bereich gelandet, da das Thema soziale Brennpunkte eine besondere Bedeutung hat.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Auch ich möchte einen Punkt nachfragen, weil Sie die Frage für sich verfolgt haben, was die Kreise machen können, und gezielt die Personengruppe angesprochen haben, die ich eben nur am Rande erwähnt habe, und zwar Asylsuchende und Flüchtlinge. Da haben wir die Situation, wenn wir von großen Wohnquartieren sprechen, dass bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Kleinen die Gemeinschaftsunterkünfte teilweise „so etwas Ähnliches“ sind. Wir erleben vor Ort oft die Situation, wenn sogar die Kreise die Zahl der Gemeinschaftsunterkünfte minimieren und die Personen gern in normalen Wohnungen unterbringen wollen, dass sie teilweise keine bezahlbaren Wohnungen finden und nicht immer auf Akzeptanz in der Nachbarschaft stoßen. So entsteht eine gewisse Schwierigkeit. Wenn man diese Personen schneller in den Arbeitsmarkt, in die Gesellschaft integrieren will, ist es kontraproduktiv, sie in Gemeinschaftsunterkünften weitab von der Stadt unterzubringen. Nichtsdestotrotz ist das oft die Realität in den Kreisen.

Deshalb ist meine Frage an Sie: Die Flüchtlingszahlen sind im letzten Jahr gestiegen, nach einer Presseerklärung des Herrn Sozialministers Grüttner ungefähr um 50 %. Die Kreise haben Probleme, die Personen unterzubringen. Sehen Sie, auch in Anbetracht der heutigen Diskussion, für den Landkreistag konkrete Handlungsanweisungen, wie man mit dieser Situation anders, vielleicht besser umgehen kann?

Herr **Dr. Hilligardt**: Wir haben in diesem Fall die besondere Herausforderung, dass man nicht weiß, ob im Einzelfall ein Aufenthaltsrecht aus der Situation resultiert. Das heißt, die Frage nach einer Unterbringung in den Arbeitsmarkt und einer ständigen Unterbringung ist eine, die sich für diese Personen in den ersten Monaten überhaupt nicht stellt. Wir haben außerdem die landespolitische Entscheidung, die Betroffenen hessenweit zu verteilen, also nicht nur in städtische Bereiche, sondern nach ganz bestimmten Schlüsseln auch in die Landkreise, die im ländlichen Bereich natürlich schauen, wo die geeigneten Standorte sind, auch unter dem Aspekt der zur Verfügung stehenden Gelder.

Ich möchte hier die Diskussion nicht führen, ob die Gelder auskömmlich sind. Nach einer Evaluation haben wir uns gerade wieder an das Innenministerium und das Sozialministerium gewandt, weil die Gelder nicht auskömmlich sind. In diesem Spannungsfeld eine Lösung zu finden, zu meinen, sofort integrieren zu können, dafür gibt es sicherlich gute Beispiele vor Ort, aber es gibt kein Muster, nach dem empfohlen wird, die Kreise sollen so oder so vorgehen, dann kommen am wenigsten Spannungen heraus. Ich glaube, das Hauptproblem ist, dass es eine Zwischenphase für die Menschen und für die Kreise ist, die diese Menschen betreuen. Diese Phase kann man nicht auflösen.

Abg. **Gerhard Merz**: Ich möchte zwei subjektive Eindrücke zu dem beisteuern, was Herr Prof. Heckmann angesprochen hat. Meinem Eindruck nach ist es so, dass sie in den Dörfern und in den kleinen Städten ähnliche Prozesse haben, wie wir sie in den Großstädten oder in den mittleren Großstädten, wie beispielsweise Gießen oder Wetzlar, haben.

In den Dorfkernen gibt es, wie ich glaube, überdurchschnittlich hohe Konzentrationen von migrantischer Bevölkerung. Anders ausgedrückt: Die migrantische Bevölkerung, die es in den Dörfern und Kleinstädten gibt, wird sich überdurchschnittlich häufig in den Ortskernen, in den alten Kleinstadtkernen wiederfinden, weniger – das liegt eigentlich nahe – in den Neubauvierteln rundherum. Das liegt allein schon aufgrund der Befunde nahe, die wir vorhin gehört haben. Auch nach meiner Wahrnehmung ist das so.

Es wäre ganz spannend, bei dem anderen Prozess, der Gentrification, von dem hier die Rede war, zu schauen, welche Effekte die Stadt- und Dorferneuerungsprogramme in diesem Zusammenhang gehabt haben, ob sie diesen Prozess eher befördert oder ob sie stabilisierend gewirkt haben. Das wäre vielleicht etwas, was man untersuchen könnte. To whom it may concern.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Ich versuche, die Frage von Herrn Holm zu übernehmen. Ich weiß nicht, ob ich sie richtig wiedergeben kann. Es geht um die Frage der Bemessungsgrenze für die Unterkunft. Er hat mir gesagt, dass es in Hamburg ganz gut gelöst worden sei, weil dort die Bemessungsgrenze je nach Stadtteil unterschiedlich festgesetzt worden ist, man dadurch auf die unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen kann und nicht alle in die billigeren Stadtteile ziehen. Die Frage ist, ob es solche Differenzierungen z. B. auch in den Landkreisen gibt und wie sich das auswirkt, ob das, was Sie an Steuerung erwarten, auch eintritt.

Herr **Dr. Hilligardt**: Wir haben im Bereich des SGB II Rahmenfestlegungen für alle Landkreise, insbesondere für die Optionskommunen. Wir haben auch Gerichtsurteile, an denen man sich dann orientiert, wenn es um die Festlegung der Angemessenheit der Wohnung und damit der Kosten für Unterkunft und Heizung geht. In der Tat ist da immer ein Ermessensspielraum mit drin. Wir haben bundesweit eine Diskussion über Pauschalie-

rungen oder Festlegungen von Beträgen. Das ist aber in der Umsetzung momentan nicht so, sondern es gibt diese Ermessensspielräume, mit denen je nach Situation vor Ort und je nach „Philosophie“ der Landkreise umgegangen werden kann. Diese Ermessensspielräume zielen nicht mit besonderem Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern im Grunde genommen auf die jeweiligen Empfänger, sodass ich – bei dieser Fragestellung müsste ich noch etwas mehr in die Praxis blicken – allerdings nicht beurteilen kann, inwieweit dadurch Integration verhindert wird bzw. künftig befördert werden könnte. Natürlich kann ich die Betroffenen mit einem Mehr an Ausgaben – aber das müsste alle bedürftigen Gruppen betreffen – in ganz andere Wohnlagen bringen. Das ist aber nicht das System, das wir bei den Kosten der Unterkunft bundesweit verfolgen.

Vorsitzender: Danke schön. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich bedanke mich. – Der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund sind heute nicht mehr vertreten. – Herr Redert vom Statistischen Landesamt.

Herr **Redert:** Ich bin sehr viel mehr als Sie, Herr Holm, in der privilegierten Lage, dass eigentlich schon alles gesagt wurde.

Ich habe mir ein paar Punkte notiert, die ich mit nach Hause nehme. Da geht es vor allem darum, dass hier diskutiert wurde, inwieweit man die Ergebnisse regionalisieren kann. Das können wir uns gern einmal anschauen – auch das, was Herr Nogueira angesprochen hat, inwieweit man die Unterschiede bei den Wohnverhältnissen kontrollieren kann, wenn man die soziale Lage berücksichtigt. Ich habe das ansatzweise getan, indem ich die Lebensformen bzw. die Haushaltsgrößen in das Thesenpapier aufgenommen habe. Da zeigt sich, dass diese Unterschiede durchweg bestehen. Sie sind mal stärker, mal weniger stark ausgeprägt, aber dieser generelle Unterschied in den Wohnverhältnissen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bleibt bestehen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, auch für die Ausarbeitung. – Es gibt noch Fragen. Bitte schön, Herr Prof. Heckmann.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Ich habe die Stellungnahme des Hessischen Städtetages gelesen, in der ein meines Erachtens sehr problematischer Satz steht, den ich kenne, weil er aus einem Papier der Schader-Stiftung übernommen wurde. Das ist ungefähr drei Jahre alt. Da heißt es: „Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ... nimmt die Bedeutung des Arbeitsplatzes als Integrationsfaktor ab.“ Ich finde es sehr problematisch – auch in Übereinstimmung mit Herrn Siebel –, die Bedeutung des Arbeitsplatzes für die Integration herunterzuspielen und das gewissermaßen mit einer höheren Bedeutung des Wohnens aufzuwiegen, statt den intimen Zusammenhang dieser beiden Dinge darzustellen.

Dieser Satz ist mir schon vor drei Jahren aufgefallen. Er geistert offenbar ein bisschen herum. Ich finde ihn wissenschaftlich falsch und politisch verhängnisvoll.

Vorsitzender: Sie haben jetzt dafür gesorgt, dass es im Protokoll so steht. Das ist der Sinn der Übung.

Gibt es zur Statistik noch Wortmeldungen? Falls Sie bei Ihren Forschungen noch etwas herausbekommen, würden Sie uns daran teilhaben lassen? – Herzlichen Dank.

Wir sind am Ende der Anhörung der Sachverständigen. Ich bedanke mich sehr.

(Schluss: 14:25 Uhr)

Wiesbaden, 11. April 2011

Für die Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Karl-Heinz Thaumüller

Jürgen Banzer

Vorstellung

Walter Fontaine

Fachbereichsleiter Soziale Dienste der Kreisstadt Dietzenbach

Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH
(Gesellschafter: Kreisstadt Dietzenbach und Nassauische
Heimstätte/Wohnstadt), die 92 Wohnungen im Sozialen
Problemgebiet „Östliches Spessartviertel“ besitzt.

Verantwortlicher der Stadt Dietzenbach für das Bund-Länder-
Programm „Soziale Stadt“



Gliederung des Vortrags

1. Vorstellung des sozialen Problemgebietes „Östliches Spessartviertel“ in Dietzenbach vor den Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“.
2. Dokumentation des baulichen Zustandes der Wohnanlage anhand von Bildern aus dem Jahre 1997.
3. Beginn der Sanierungsmaßnahmen und Auflistung flankierender sozialer Maßnahmen.
4. Dokumentation der baulichen Sanierungserfolge anhand von Bildern aus dem Jahre 2008.
5. Auswertung, Ausblick und Empfehlungen.



Gegenstand des Vortrags

- Am Beispiel des bundesweit bekannten sozialen Problemgebietes „Östliches Spessartviertel“ (ehemaliger Starkenburgring) soll dargestellt werden,
- wie räumliche, soziale und kulturelle Segregation entstehen kann,
- welche – insbesondere auch bauliche – Formen Segregation annehmen kann, und
- welche Möglichkeiten es gibt, den o.a. Segregationsformen entgegenzuwirken.



Die Wohnanlage

- Die fünf Hochhäuser sind zwischen 9 und 17 Stockwerke hoch (2 x 17, 2 x 14 und 1 x 9 Stockwerke).
- Die Anlage umfasst 1019 Wohnungen.
- Pro Etage liegen bis zu 16 Wohnungen, die zwischen einem und vier Zimmer groß sind.
- Die Flure sind bis zu 30 Meter lange, dunkle Sackgassen, in die wegen der Rundumbauung kein Tageslicht einfällt.
- Keine Gemeinschaftsräume.
- Nutzung der Balkone als Lagerfläche
- Defekte Fahrstühle



- Vermüllung der Treppenhäuser.
- Die Außenanlagen bestanden im Wesentlichen aus ungepflegten Grünflächen ohne jeglichen Gebrauchswert, die durch Zäune unterteilt waren, ohne Verbindung der Häuser untereinander.
- Es gab nur einen kleinen und heruntergekommenen Spielplatz.
- Parkdecks standen voll mit ausgeschlachteten und ausgebrannten Autos.
- Im Viertel fehlten Freizeit-, Einkaufs- u. Arbeitsmöglichkeiten.



- Es gab keine Anbindung über den öffentlichen Personennahverkehr an die anderen Stadtteile.
- Die 1019 Wohnungen der Wohnanlage gehörten ca. 750 verschiedenen Eigentümern aus ganz Deutschland und teilweise aus dem angrenzenden Ausland, die ihr Eigentum zum großen Teil an gewerbliche Mietverwalter abgegeben hatten, deren Maxime es war, Gewinne zu erwirtschaften.



- In der Folge zogen viele Menschen mit geringem oder keinem Einkommen in die Wohnungen, insbesondere Migranten aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet.
- Verdichtete Bebauung, ausschließliche Nutzung für Mieter, mietfreies Wohnen und starker Zuzug von Migranten aus bildungsfernen Schichten bildeten somit die Keimzelle der beginnenden räumlichen und sozialen Segregation.



Das „Östliche Spessartviertel“

- Die Großwohnanlage wurde in den Jahren 1970 – 1974 im Bauherrenmodell gebaut. Im Gegensatz zu vielen anderen Großwohnsiedlungen, also nicht im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus, sondern als Anlage- u. Abschreibungsobjekt. Somit waren die Eigentümer verpflichtet, die Wohnungen 10 Jahre lang über einen gewerblichen Zwischenvermittler zu vermarkten.
- Die Wohnanlage war wegen der damaligen Wirtschaftskrise von Anfang an schlecht zu vermarkten. Daher vermieteten Eigentümer, um Leerstand zu verhindern, einige Monate mietfrei.



Die Menschen im Quartier und die Sozialstruktur

- Ca. 35000 Menschen wohnten in den 5 Hochhäusern, hiervon ca. 1500 Kinder und Jugendliche.
- Ca. 96 % der Menschen haben Migrationshintergrund (über 80 verschiedene Nationen).
- Die beiden größten Einwanderungsgruppen stammen aus der Türkei und Marokko.
- Viele Bewohner sind aus eher ländlichen und als bildungsfern definierten Milieus zugewandert.



- Hohe Arbeitslosigkeit und finanzielle Transfersleistungen kennzeichnen die Lage im Quartier. Lt. Bericht der Sozialplanung des Kreises Offenbach vom 29.1.2007 beziehen ca. 25 % der Bewohner staatliche Hilfen, fast ein Drittel hiervon waren Kinder unter 13 Jahren.
- Arme oder potenziell von Armut betroffene Personen konzentrieren sich in hohem Maße auf das Quartier, weshalb man hier von einem räumlich und sozial segregierten Quartier sprechen kann.



Probleme und Verwahrlosungserscheinungen in der Wohnanlage

- Die Wohnanlage und das gesamte Wohnumfeld waren Mitte der 90-er Jahre von Verwahrlosung gekennzeichnet.
- Teilweise aus Angst vor Schaben und Kakerlaken wurden die verdreckten Müllbehälter nicht benutzt. Stattdessen wurde der Müll über die Balkone und Fenster entsorgt.
- Kellerverschläge brannten oft und in leeren Wohnungen und im Kellerbereich übernachteten Obdachlose und illegal beschäftigte Bauarbeiter, meist aus Osteuropa.
- Auf den zweigeschossigen Parkdecks hinter den Hochhäusern standen Dutzende von ausgeschlachteten und ausgebrannten Autos. Sperrmüll wurde dort gelagert.



- Die Vandalismusschäden waren erheblich:
Glasscheiben eingeschlagen, Briefkästen eingetreten,
Feuerlöscher in den Fluren beschädigt oder gestohlen.
- Die Kriminalitätsrate, besonders unter Jugendlichen, war enorm hoch.



In Folge der zunehmenden Verwahrlosung zog Mitte der 90-er Jahre fast ein Drittel der Bewohner weg und der Leerstand der Wohnungen wuchs beträchtlich (ca. 200 leer stehende Wohnungen, ca. 20 %).



- Die Nebenkosten der Mieter stiegen auf 12 DM pro qm, was nahezu einer zweiten Miete entsprach.
- Viele Eigentümer und Mieter waren nicht mehr liquide und es konnte in die Wohnanlage für dringend erforderliche Sanierung nicht mehr investiert werden. Folge war ein weiterer Verfall der Wohnanlage und des Wohnumfeldes.



- Die Abwärtsspirale des Quartiers war nicht mehr zu übersehen.



Die Dietzenbacher Bevölkerung mied dieses Quartier immer stärker. Das Wohnquartier war nahezu „abgehängt“ von der restlichen Stadt.



Luftbildaufnahme „Östliches Spessartviertel“



Luftbildaufnahme Östliches Spessartviertel vor dem Hintergrund der ursprünglichen Kernstadt



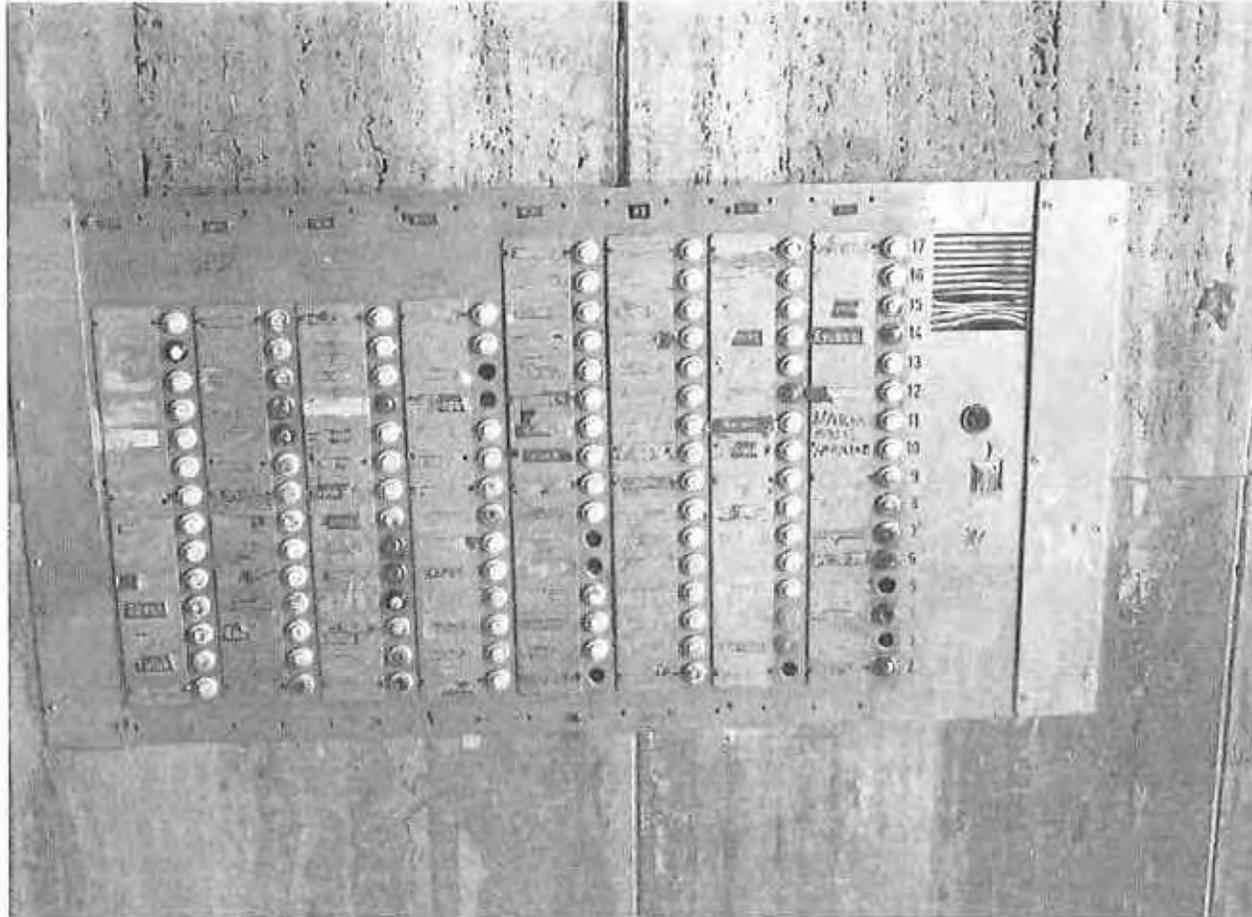
Bis zu 17 Stockwerke



Balkon statt Keller als Aufbewahrungsort



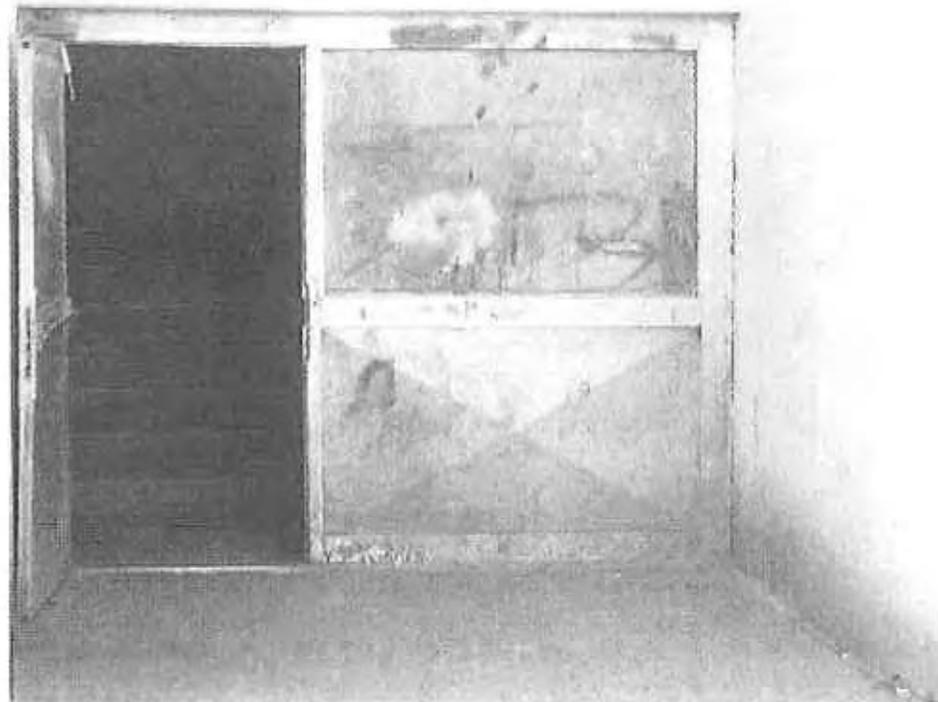
Defekte Klingelanlagen



Defekte Briefkastenanlagen



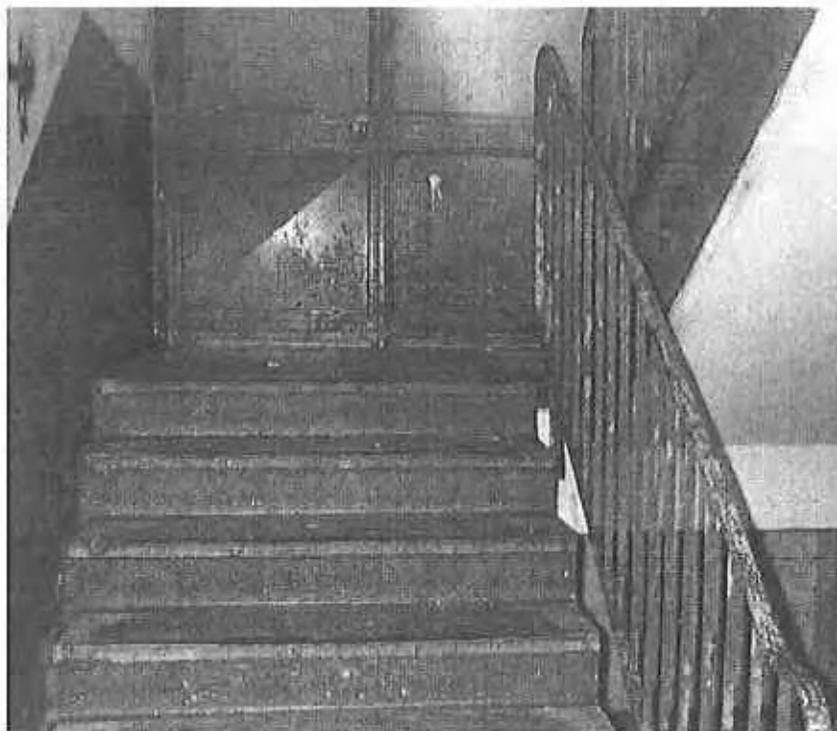
Defekte Hintertüren



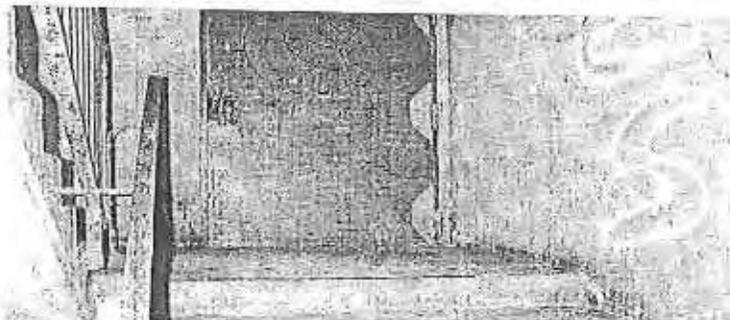
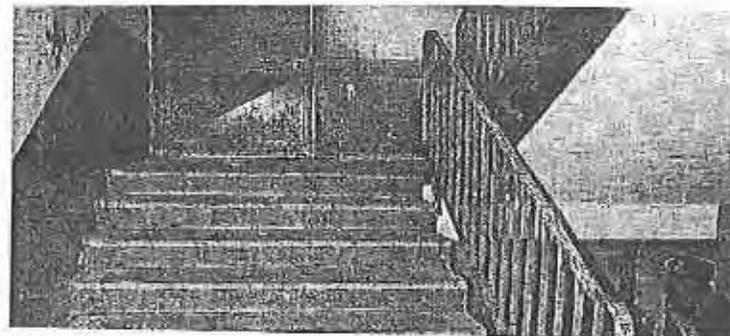
67 dunkle und verdreckte Flure



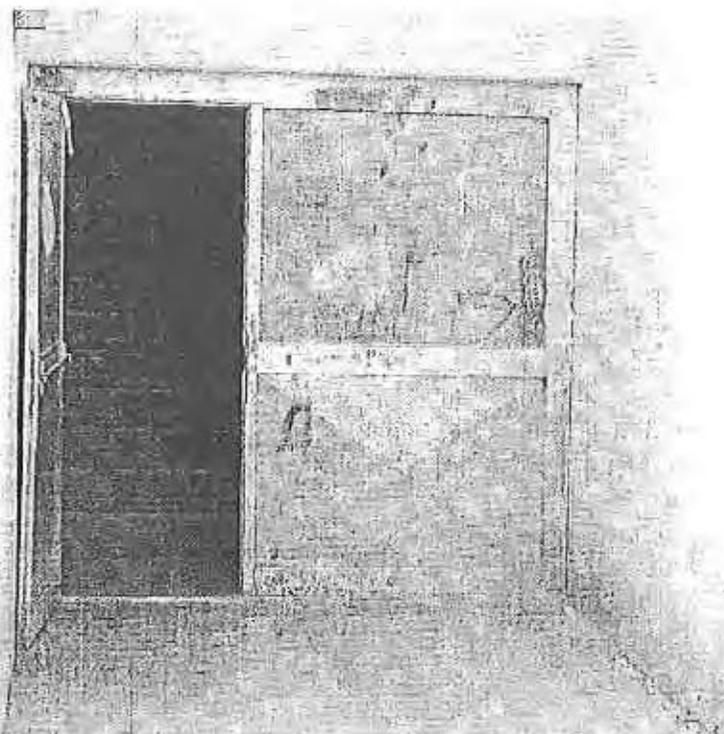
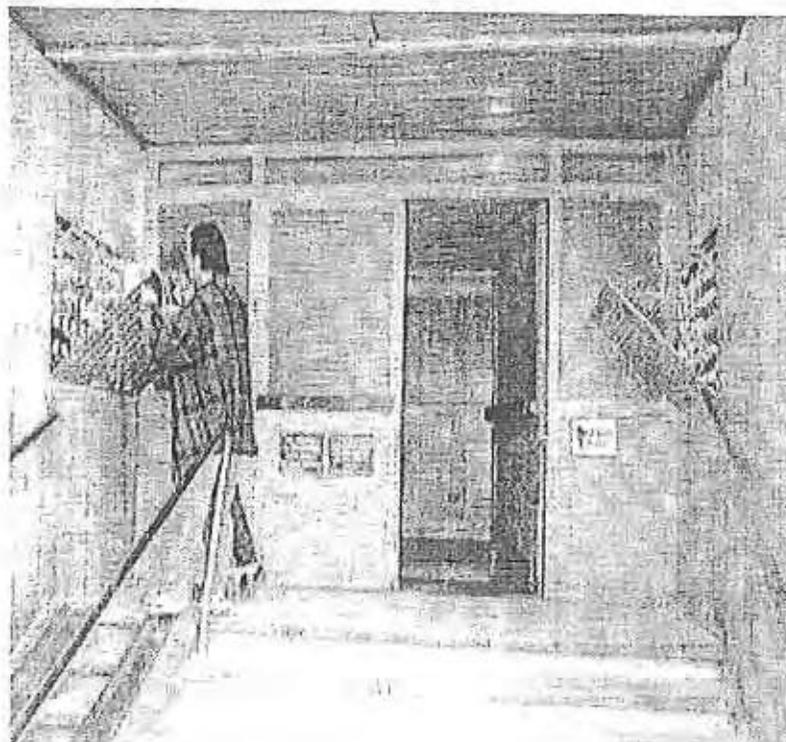
Treppengang



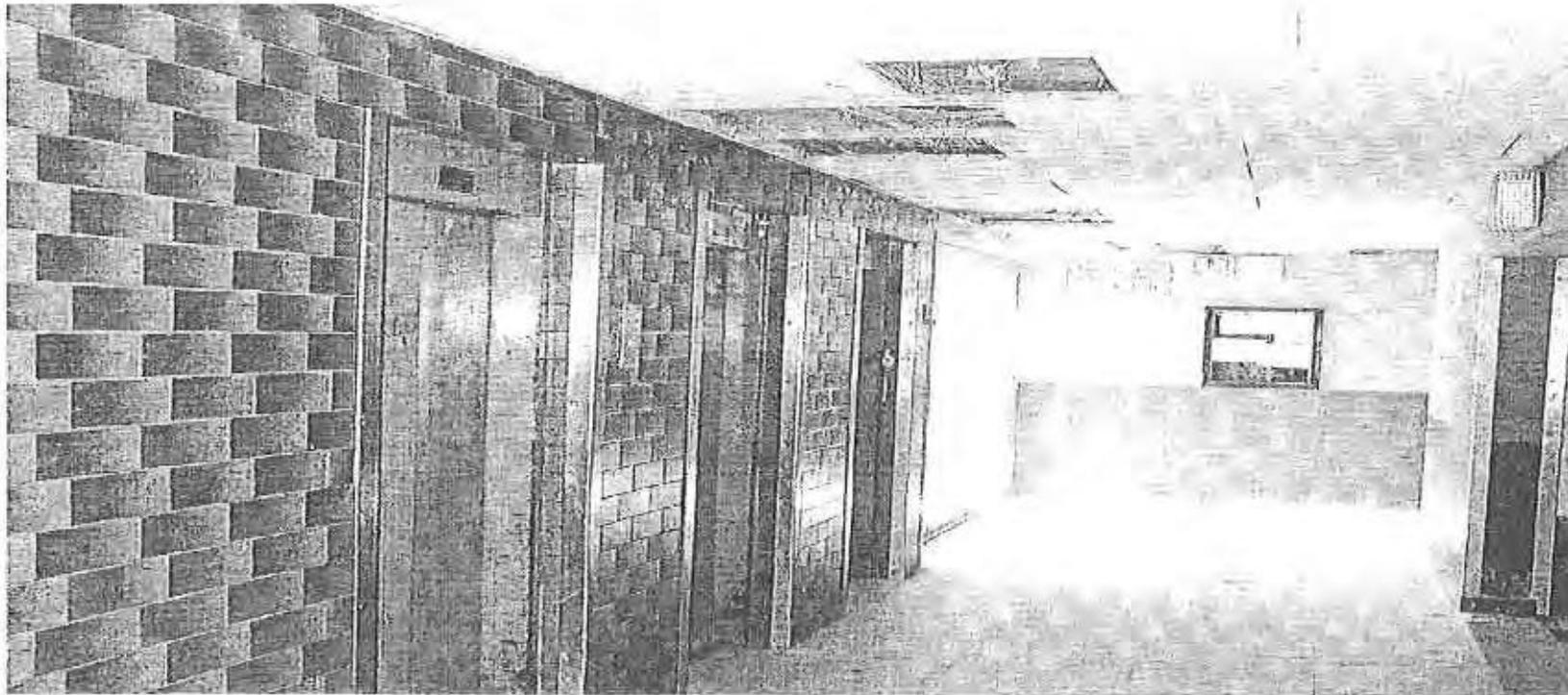
Treppengänge



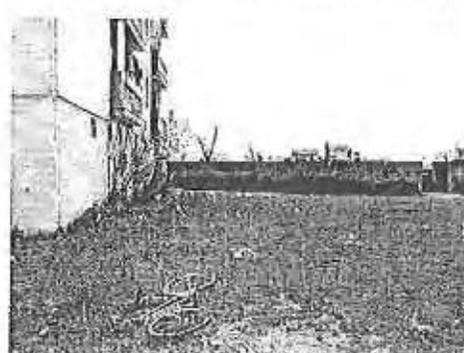
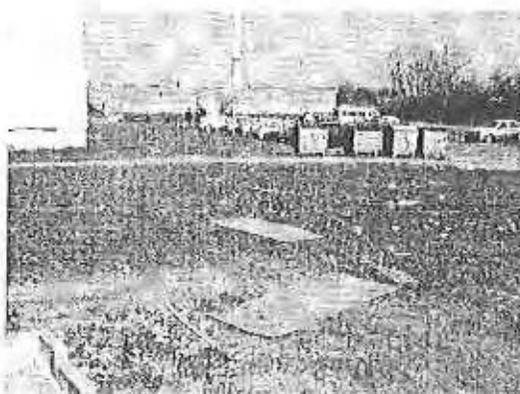
Eingangsbereich und Hintertür



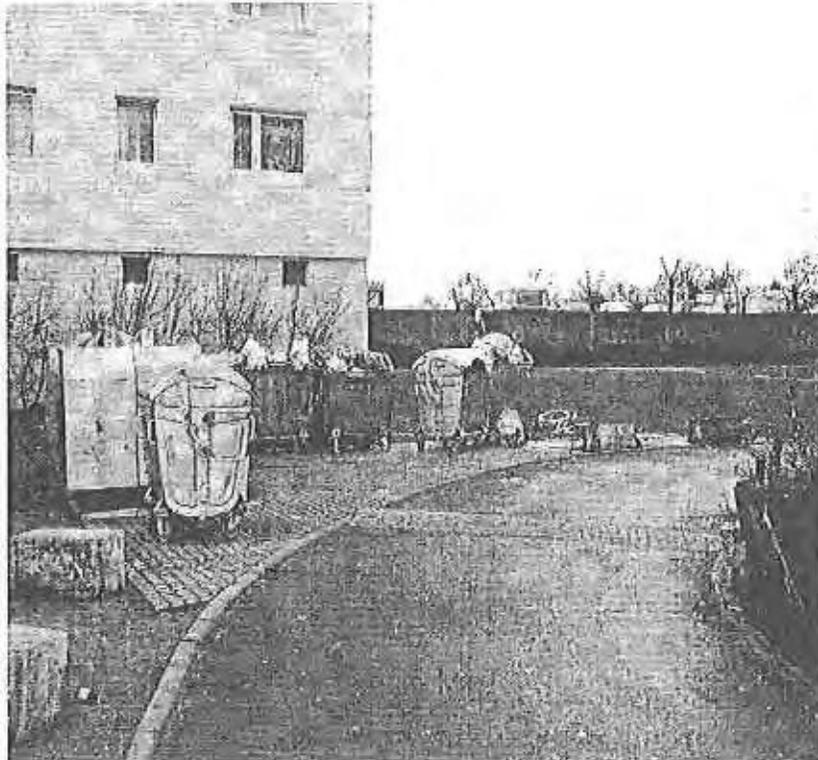
Störanfällige Aufzüge



Außenanlage und Parkdeck



Außenanlage und Müllbehälter



Folgen der Segregation

- Ein wesentliches Kriterium für eine gesellschaftliche Integration ist die Einbindung in den Arbeitsmarkt.
- Da diese nur schwach entwickelt ist, auch aufgrund des relativ niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveaus, kommt der Bildung eine zentrale Rolle zu, zumal es teilweise erhebliche Sprachdefizite gibt.



- Wegen enger Wohnverhältnisse und damit einhergehend eingeschränkten Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten haben Kinder verstärkt Probleme in der Motorik und leiden unter Konzentrations- und Aufmerksamkeitsdefiziten.
- Mit fehlender Qualifikation und hoher Arbeitslosigkeit steigt das Risiko der Ausgrenzung und somit die Chance auf eine gesellschaftliche Integration.



Beginn und Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 bis 2006

- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen:
 - a. Neugestaltung der Eingänge
 - b. Einbau neuer Klingelanlagen
 - c. Einbau neuer Briefkästenanlagen
 - d. Neugestaltung der Foyers mit neuen Lichtbändern
 - e. Einrichtung von Concierge-Räumen
 - f. Installierung von Videoüberwachungssystemen in den Eingangsbereichen und in den Foyers

Durch diese Maßnahmen wurde der Vandalismus eingedämmt und die Sicherheit in der Wohnanlage erhöht.



- In weiteren Sanierungsabschnitten wurden in den ersten drei Etagen der 5 Hochhäuser die Fußböden und die Decken erneuert sowie neue, hellere Lampen installiert und die Wände neu gestrichen.
- Die ersten 7 von 12 Aufzugsanlagen wurden saniert.



Umgestaltung des Wohnumfeldes (Außenanlage)

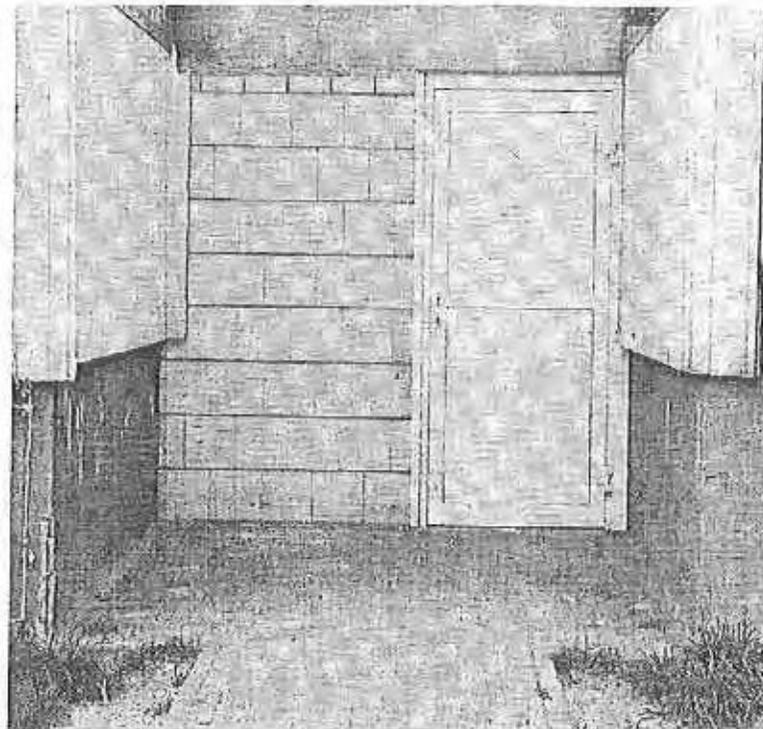
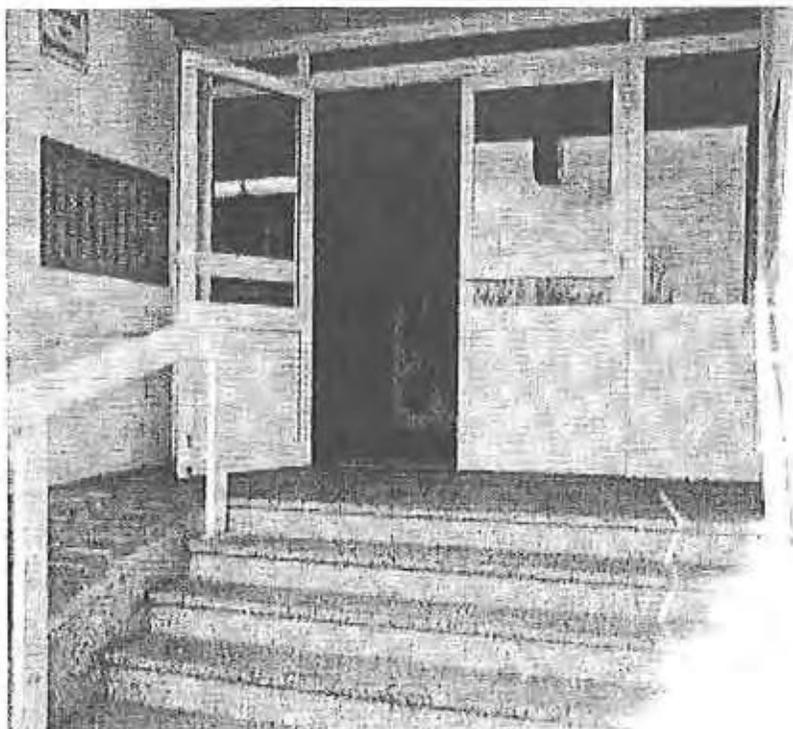
- Die Stadt Dietzenbach ließ sich von der Eigentümergemeinschaft 1999 das Außengelände per Vertrag bis Ende 2013 übertragen (Voraussetzung für Umgestaltung).
- Das Wohnumfeld wird 2001/2002 in einem Partizipationsverfahren unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen komplett umgestaltet.
- Zäune zwischen den Häusern wurden entfernt.
- Auf den so geschaffenen freien Flächen wurden kleine Hügel angelegt und Bäume und Sträucher gepflanzt.
- Neue Wege von Haus zu Haus wurden angelegt.
- Naturnahe Kinderspielplätze entstanden auf der gesamten Freifläche vor und hinter den Häusern (Spiellandschaft).



- Überdachte Sitzgruppen für Erwachsene wurden geschaffen (Soziale Kontrolle).
- Die zweigeschossigen Parkhäuser hinter den Häusern wurden beleuchtet, Schrottfahrzeuge dort konsequent abgeschleppt.
- Das durch starken Wildwuchs gekennzeichnete Gelände auf der anderen Straßenseite der Hochhäuser wurde 2002 von der Stadt erworben, in den Folgejahren gerodet und bekam eine beleuchtete und leicht bepflanzte Durchwegung zu zwei angrenzenden Kindertagesstätten.



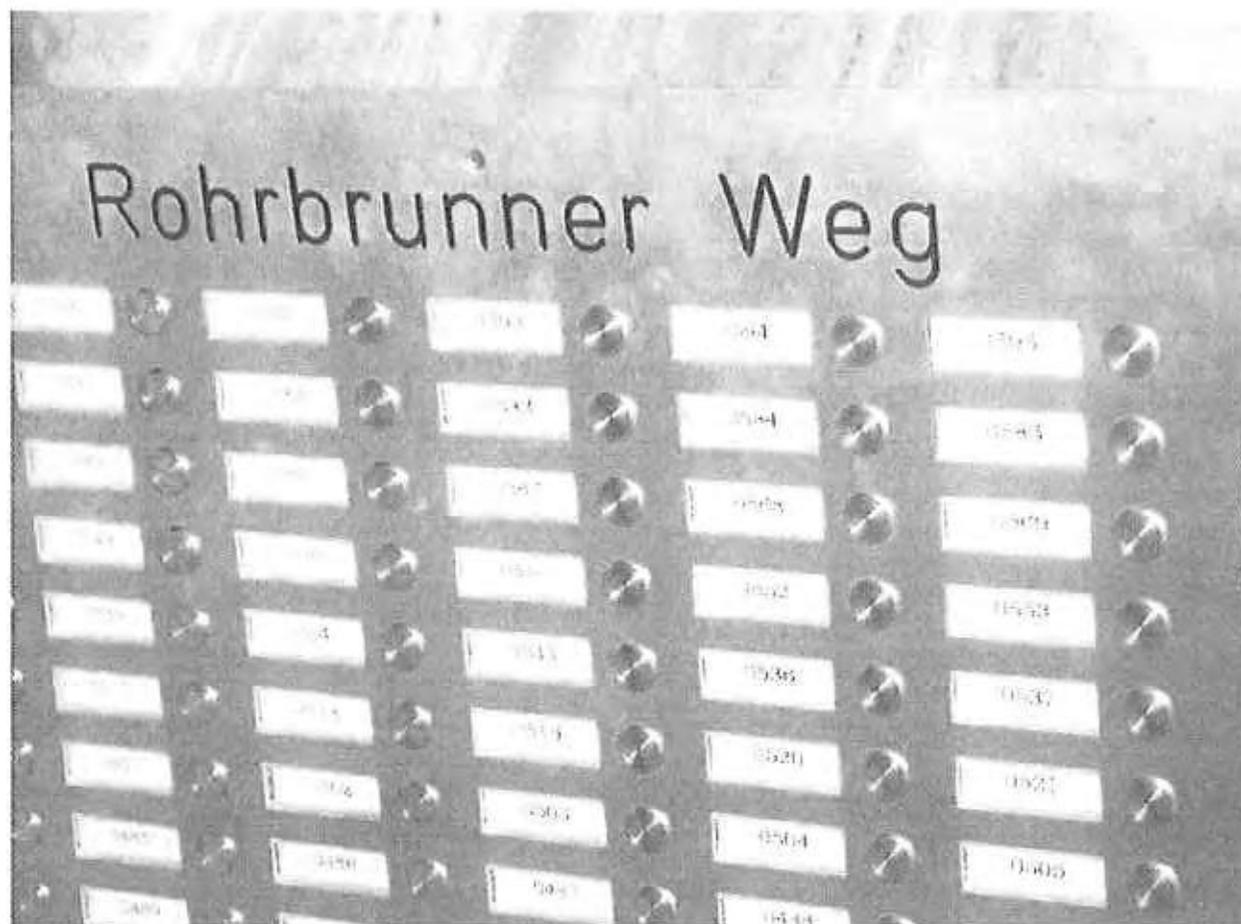
Saniertes Eingangsbereich und sanierte Hintertür



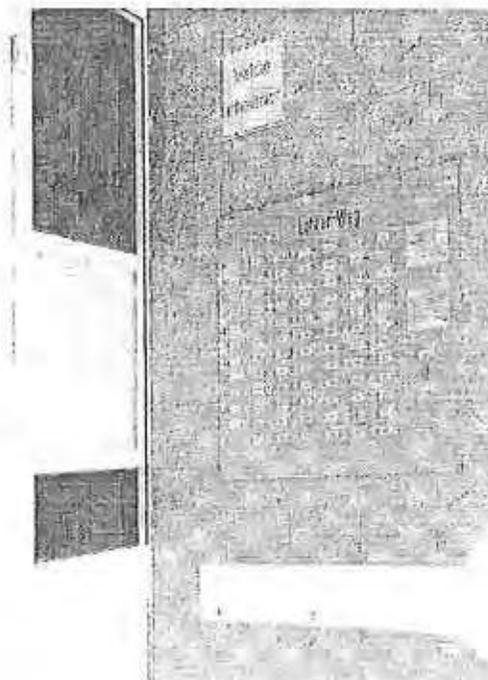
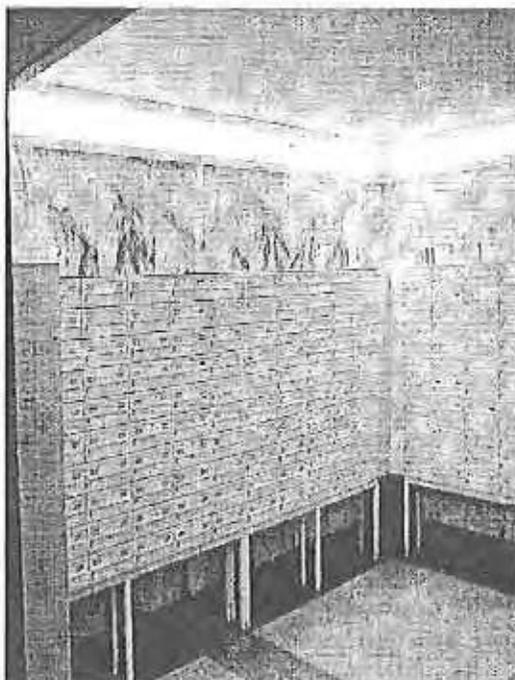
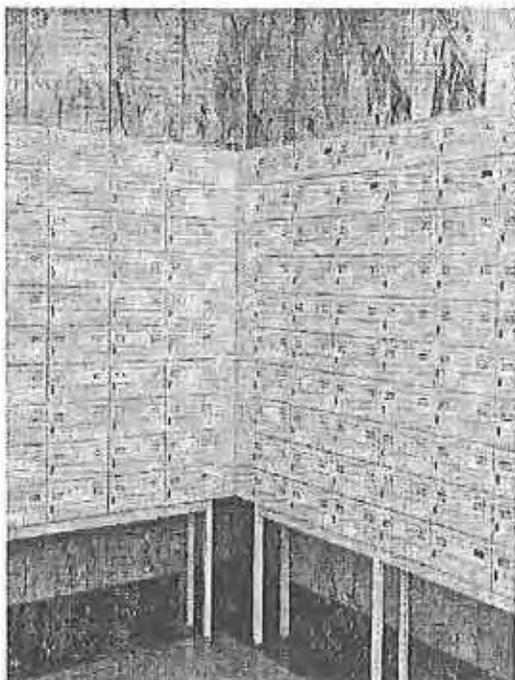
Sanierte Hintertüren



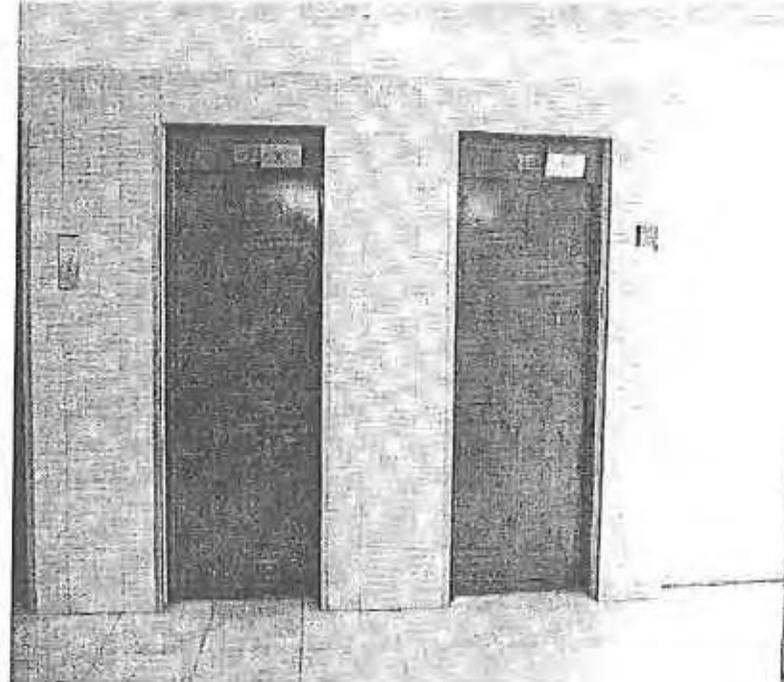
Sanierte Klingelanlage



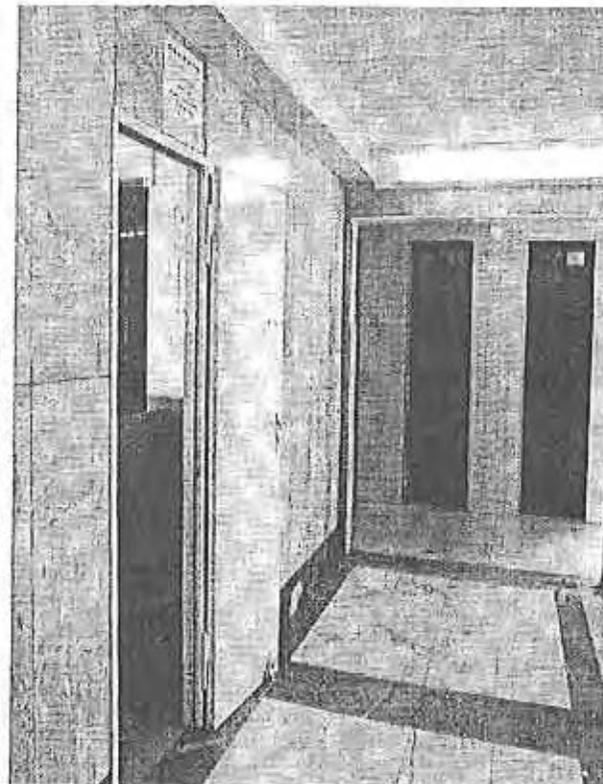
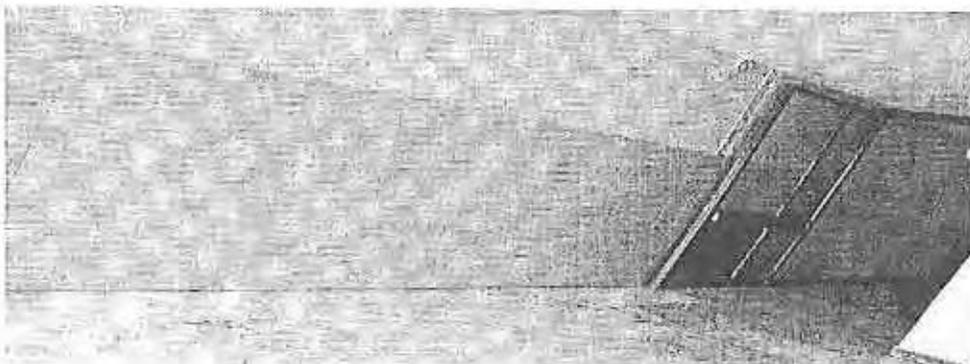
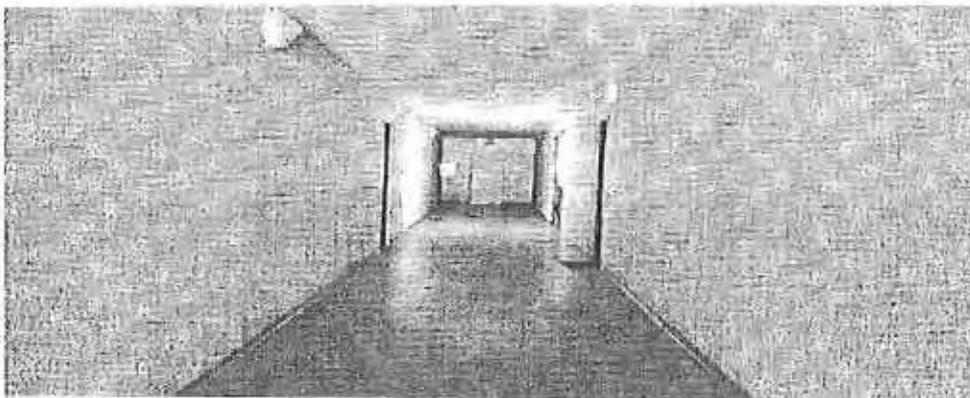
Sanierte Klingelanlagen und Briefkästen



Sanierte Aufzüge



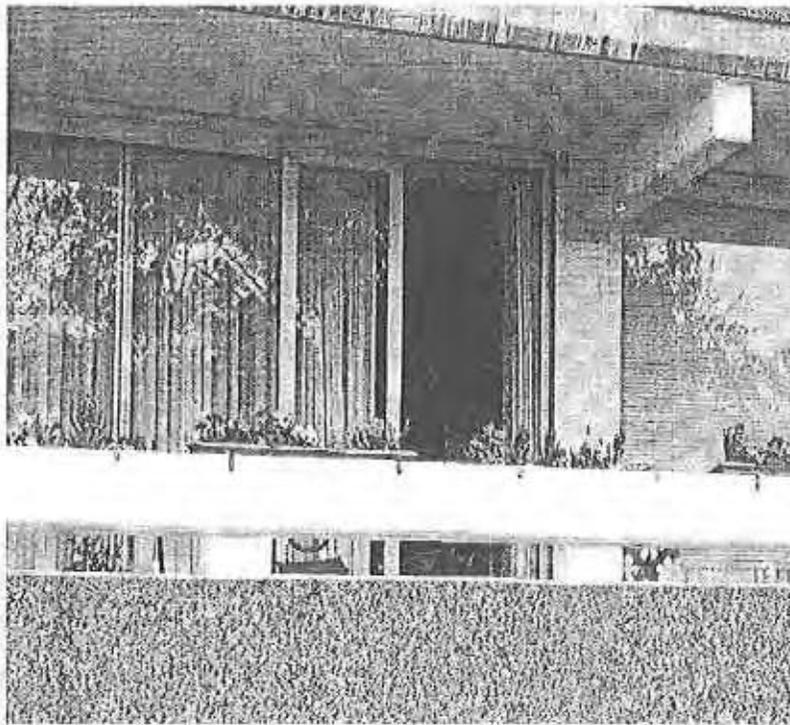
Sanierte Flurbereiche



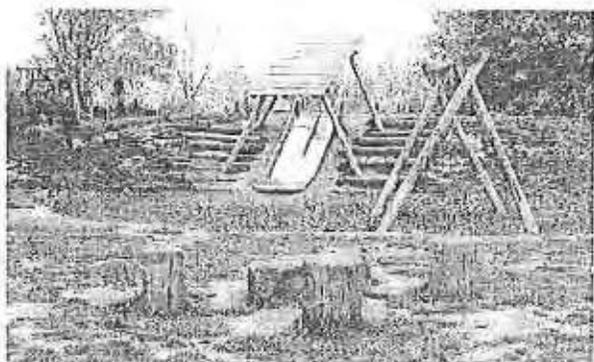
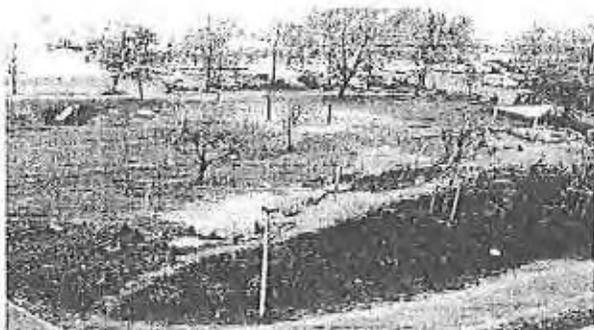
Sanierung der Treppenanlagen



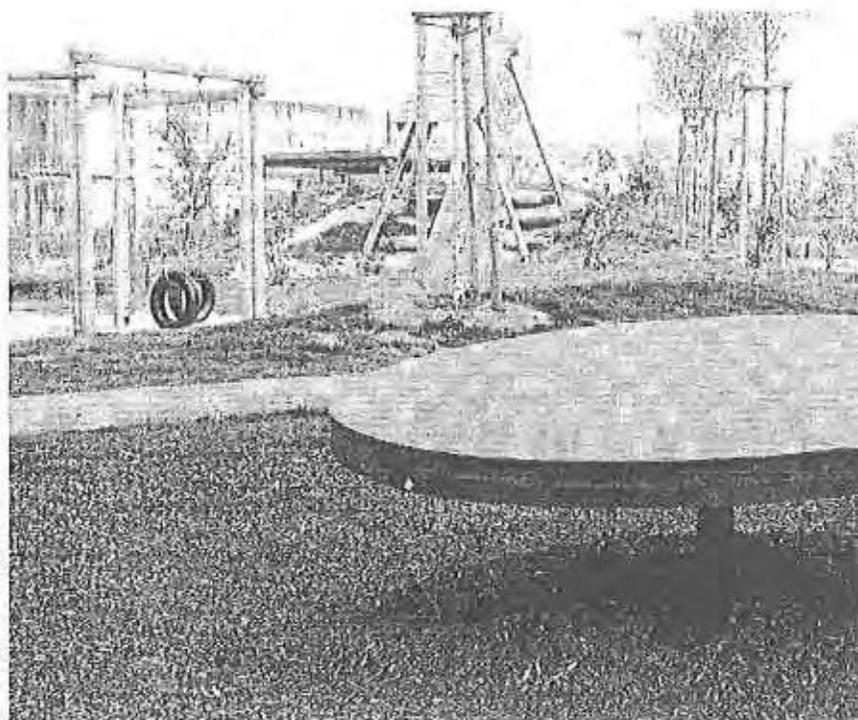
Beispiel eines Balkons nach der Sanierung



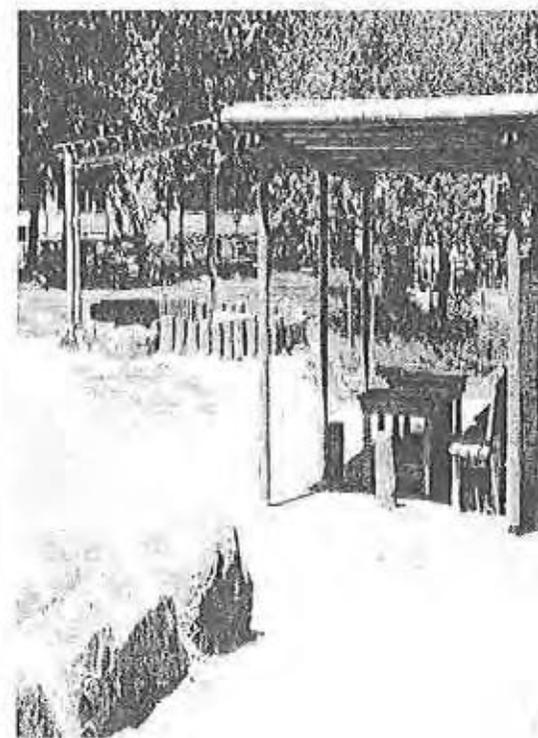
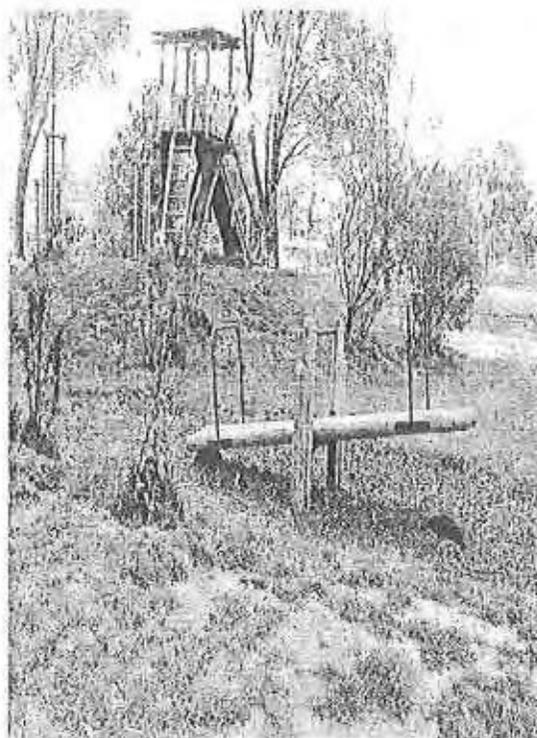
Sanierte Außenanlage mit Spielbereich



Saniertes Außengelände und Spielanlage



Sanierte Außenanlage mit Spielgeräten und Unterständen



Sanierte Wertstoffinsel



Verbesserung der individuellen Lebenschancen

- Zur Verbesserung der sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastruktur wurde Anfang 2004 ein „Stadtteiltreff“ in einer 3-Zimmer-Wohnung in einem der Hochhäuser eingerichtet.
- Neben Mutter-Kind-Spielbereichen, einer internationalen und einer marokkanischen Frauengruppe, treffen sich dort Frauen zu Deutschkursen (VHS) und es werden seitens der Stadt Beratungsangebote und Formularhilfen angeboten. Auch Integrationslotsinnen werden dort ausgebildet.
- Zwei Streetworker wurden 2001 eingestellt und bieten in einer 2-Zimmer-Wohnung neben sozialer Beratung und individuellen Hilfen auch Gruppenangebote (hauptsächlich Sportangebote) in nahegelegenen Turnhallen an.



- Der Mitternachtssport wurde 14-tägig in einer Halle beim Wohnquartier eingerichtet.
- Ein sozialpädagogisch begleitetes „Box-Projekt“ für ca. 70 Jugendliche, hauptsächlich aus dem Wohnquartier, wurde in einer angemieteten Halle seit 2009 durchgeführt, mit ersten Erfolgen bei der Ausbildung bzw. bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- Ein Quartiersmanager wurde 2007 eingestellt, der auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingeht und diverse Projekte initiiert und begleitet (Ausbildung von Integrationslotsinnen, Informationsveranstaltungen, Bewohnerfeste ...).



- Verstärkter Einsatz von Schulsozialarbeiter/innen, die an allen 8 Schulen in Dietzenbach tätig sind (Träger: Stadt Dietzenbach).
- Ausbau der Hausaufgabenhilfen der Stadt und anderer Träger an allen Grundschulen (360 Kinder täglich) im Rahmen der pädagogischen Mittagsbetreuung.
- Ausbau der externen Sprachförderungsangebote in den drei am Wohnquartier gelegenen Kindertagesstätten (135.000 Euro per anno) seit 2003.
- Ausbau der Sprachangebote („Mama lernt Deutsch“) für Mütter der Kinder, die in den Kindertagesstätten betreut werden (z.Zt.125 Mütter).



Auswertung, Ausblick und Empfehlungen

- Die Verzahnung des Maßnahmenkataloges in sozialer und baulicher Hinsicht trug Früchte:
- Die Verslumung der Wohnanlage und die Abwärtsspirale konnten gestoppt werden.
- Die Lebensumstände der Bewohner konnten stark verbessert werden.
- Die Wohnanlage befindet sich in einem normalen und ordentlichen Zustand vergleichbarer Hochhäuser anderer Städte.
- Die Kriminalitätsrate konnte fast um die Hälfte gesenkt werden, auch durch verstärkte Präsenz und vertrauensbildende und präventive Maßnahmen der Polizei (z. B. „Kontaktbeamter“).



- Die Maßnahmen auf dem sozialen Sektor, wie z. B. verstärkte Sprachförderung in den Kitas, Sprachkurse für Frauen, Ausbildung von Integrationslotsinnen und Elternlotsinnen, Durchführung von Dutzenden von Mikro-Projekten im Rahmen des Programms „Stärken vor Ort“ und ausgezeichneten „HEGISS-Projekten“ u.s.w. führten zu einer Befriedigung der sozialen Situation.
- Die Anzahl der im Quartier lebenden Menschen ist innerhalb von 12 Jahren um ca. $\frac{1}{4}$ gesunken. Derzeit leben nur noch ca. 2800 Menschen dort.
- Daraus folgert, dass die Wohnungen größtenteils nicht mehr überbelegt sind.



- Der Wohnungsleerstand beträgt heute ca. 8 %, also für eine Wohnanlage dieses Zuschnitts eine normale Quote.
- Die Geburtenrate ist mittlerweile in Dietzenbach stark rückläufig – trotz gegenteiliger Prognosen (Bertelsmann-Stiftung). Statt ca. 400 Geburten pro Jahr (üblicher Wert der vergangenen zwei Jahrzehnte) wurden 2010 nur noch 303 Geburten gemeldet, was auch im „Östlichen Spessartviertel“ zu einem weiteren Rückgang der Bevölkerungszahlen führen wird.
- Mittelfristig führt dies zu einer Verminderung der Anzahl der zu betreuenden Kinder pro Gruppe in den Kindertagesstätten, was zu einer Qualitätssteigerung führen wird („Bildung von Anfang an“) mit Auswirkungen auf Schul- und Berufsabschlüsse.



- Das Mitte 2011 in Betrieb gehende „Bildungshaus“ in unmittelbarer Nähe des Wohnquartiers, mit einer Bündelung (2,7 Mio. Euro, hiervon 1,5 Mio. von der „Sozialen Stadt“) von Bildungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wird mittelfristig das Bildungsniveau heben.



Aus einem „abgehängten“ Stadtteil wird ein Stadtteil, der sich auf dem Wege der Eingliederung und der Integration befindet.



Risiken nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt“

- Fehlende Finanzierung des Quartiermanagers.
- Fehlende Finanzierung der Beteiligungsprojekte („HEGISS“ und „Stärken vor Ort“).
- Fehlende Finanzierung weiterer erforderlicher baulicher Investitionen (bröckelnde Fassaden, undichte Flachdächer, marode Wasserleitungen, Pflege der Spielplätze).





Die aufgehaltene Abwärtsspirale könnte wieder beginnen, sich zu drehen.



Weitere finanzielle Mittel der öffentlichen Hand sind dringend erforderlich, um dieses Risiko zu minimieren und die Integration des Stadtteils „Östliches Spessartviertel“ und der dort lebenden Menschen weiterhin zu fördern.



„Webfehler“ bei der Sanierung des Quartiers und Empfehlungen

- Die Eigentumsverhältnisse (650 Eigentümer) machen es schwierig, die dort lebenden Mieter in die Sanierungsmaßnahmen einzubeziehen.
- Die Eigentümer repräsentieren nur in geringem Maße die Bewohnerschaft, haben aber das Sagen.
- Mitbestimmung und Partizipation bei einem Großteil der Menschen konnte kaum umgesetzt werden (Männer verweigerten sich nahezu komplett).
- Ein direkter Austausch zwischen den Repräsentanten der Stadt und der Bewohnerschaft fand nur sporadisch statt. Das führt dazu, dass die Bewohner sich oft nicht „ernst genommen“ fühlen.



- Ein Großteil der im Quartier lebenden Menschen ist nicht wahlberechtigt, ist politisch nahezu ausgegrenzt.



- Um die Situation im „Östlichen Spessartviertel“ nachhaltig zu verbessern, und um der Ausgrenzung entgegenzuwirken, bedarf es der stärkeren Einbindung der Menschen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.
- Es müssen Beteiligungsgremien geschaffen werden, die zur Aktivierung von Selbsthilfe und letztlich auch zur Übertragung von Kompetenzen und Verantwortung auf die betroffene Bürgerschaft führen müssen.



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !



„Integration und Wohnen in Hessen“
25.2. 2011 im Hessischen Landtag

- Unterschiede in der Wohnsituation?
- Segregation
- Eigentum oder Miete?
- Milieus zur Beschreibung der sozialen Lagen
- Handlungsfeld Wohnen

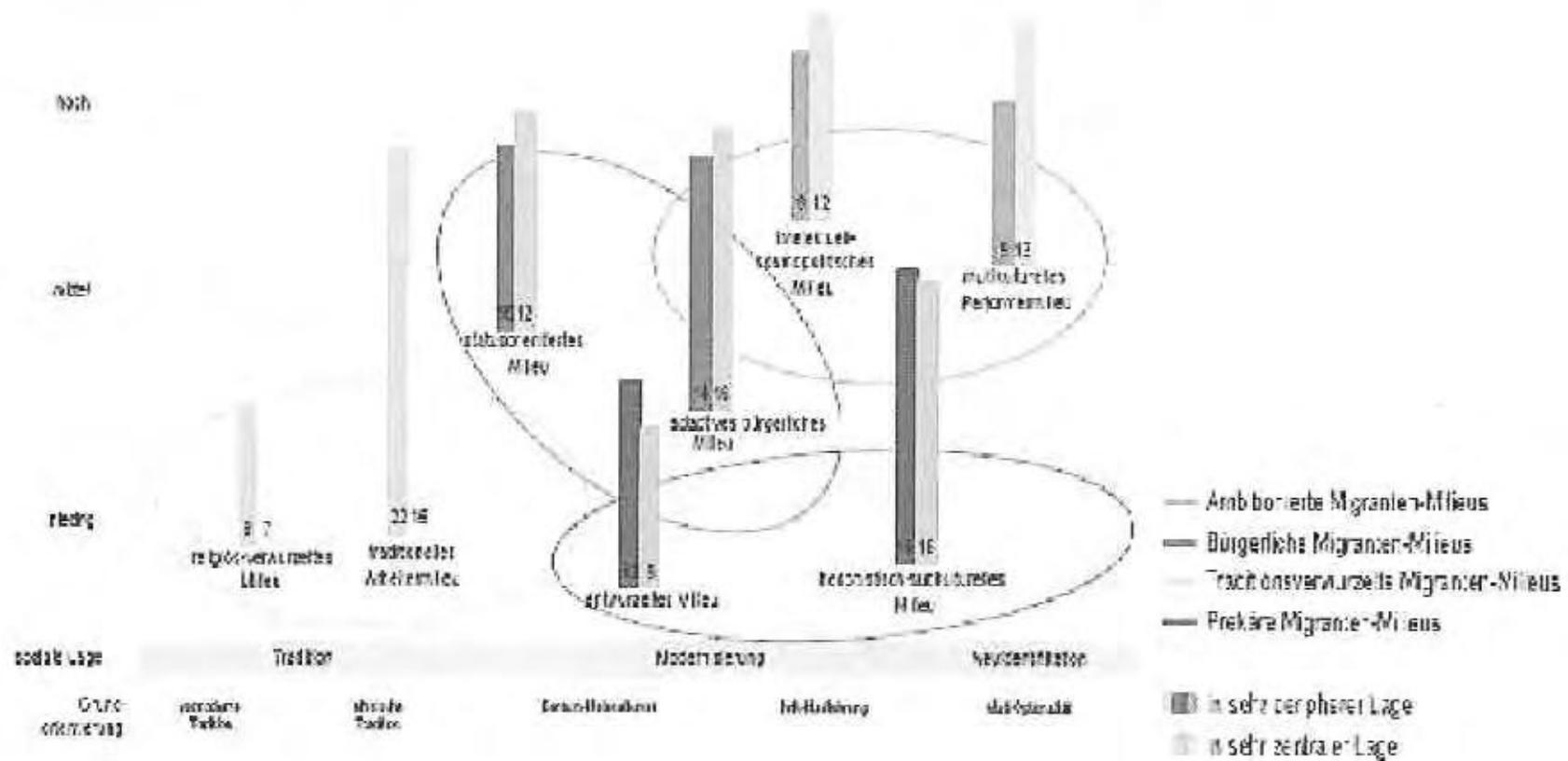
Unterschiede im Wohnbereich?

- Migranten wohnen trotz Aufholprozessen beengter und teurer
- Migranten wohnen urban, sind auf umkämpfte Segmente angewiesen
- Unterschiede lassen sich zu weiten Teilen durch sozio-ökonomische Lage erklären (Einkommen; größere Haushalte)
- Diskriminierung ist immer noch Alltag

Soziale und ethnische Segregation

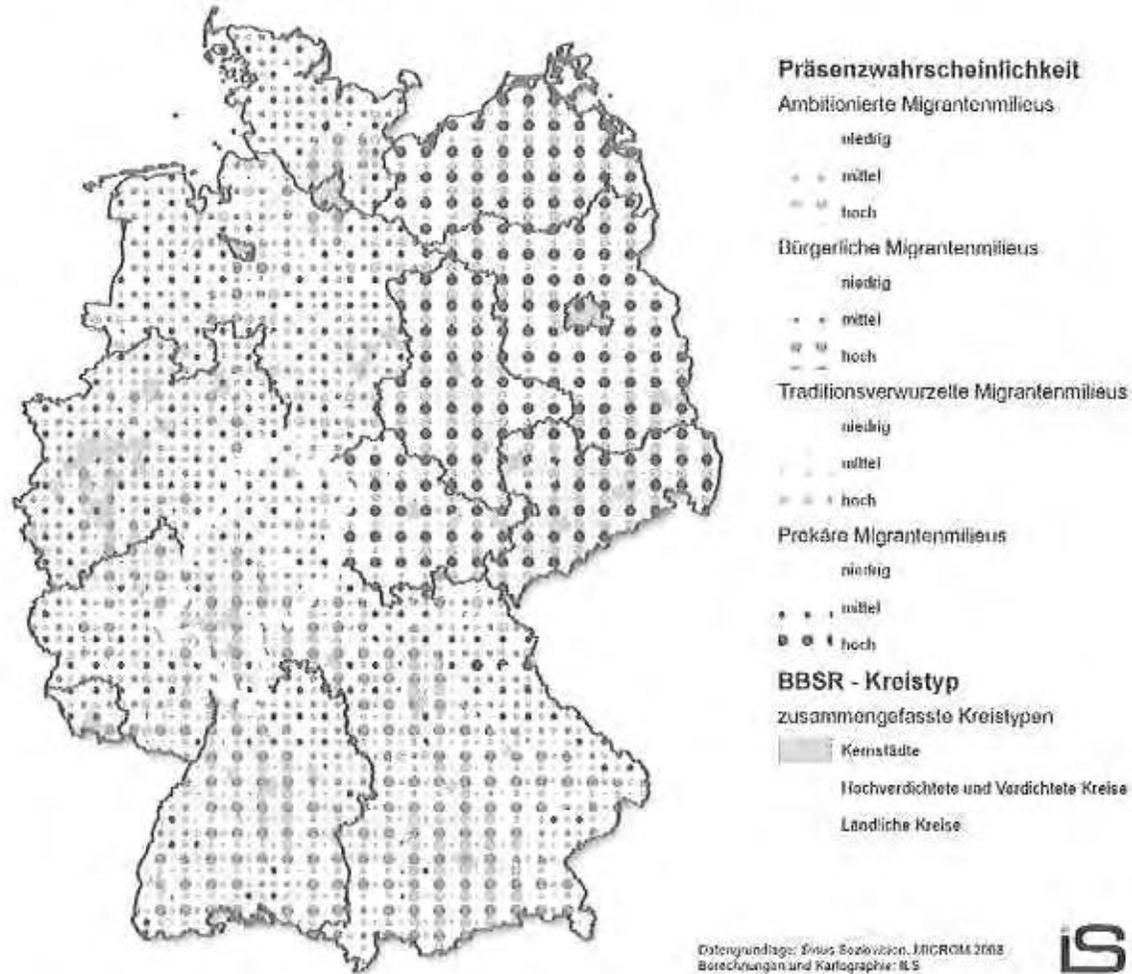
- Zunehmende **Überlagerung ethnischer und sozialer Segregation** (Häußermann/Kronauer 2010; Friedrichs/Triemer 2008)
- Gleichzeitig: **Soziale Ausdifferenzierungsprozesse** innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Gestring et al 2006; Dangschat 2004)
- Verfestigung Segregation durch sozial selektiven Fortzug: **Kopplung von sozialer und räumlicher Mobilität**
- Motivationen des „Gehens“ oder „Bleibens“ je nach **Milieuzugehörigkeit** (vhw 2008)

Sinus-Migrantenmilieus in Stadt und Land



Sinus-Migrantenmilieus in sehr zentralen und sehr peripheren Lagen

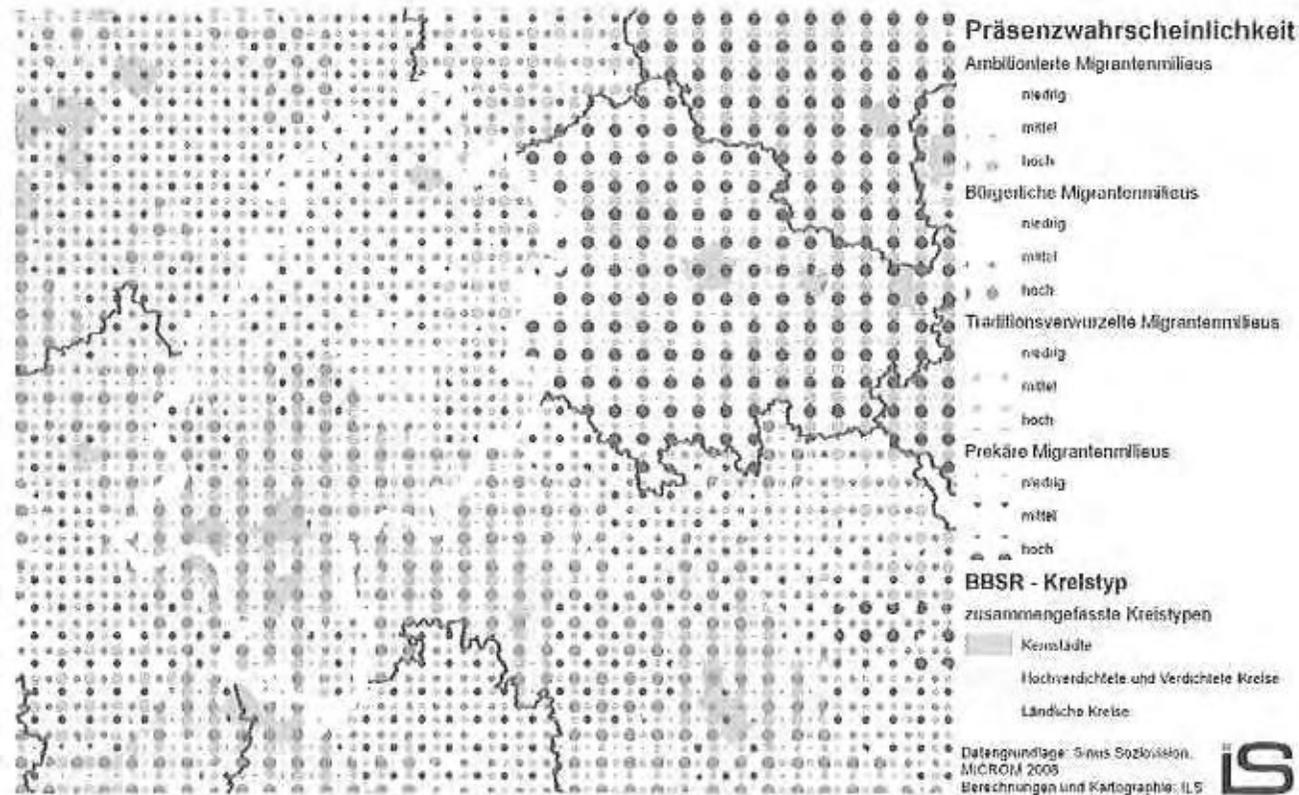
Migrantenmilieus in Deutschland



Datengrundlage: Census Sozialwissenschaften, MICROM 2008
Berechnungen und Kartographie: ILS



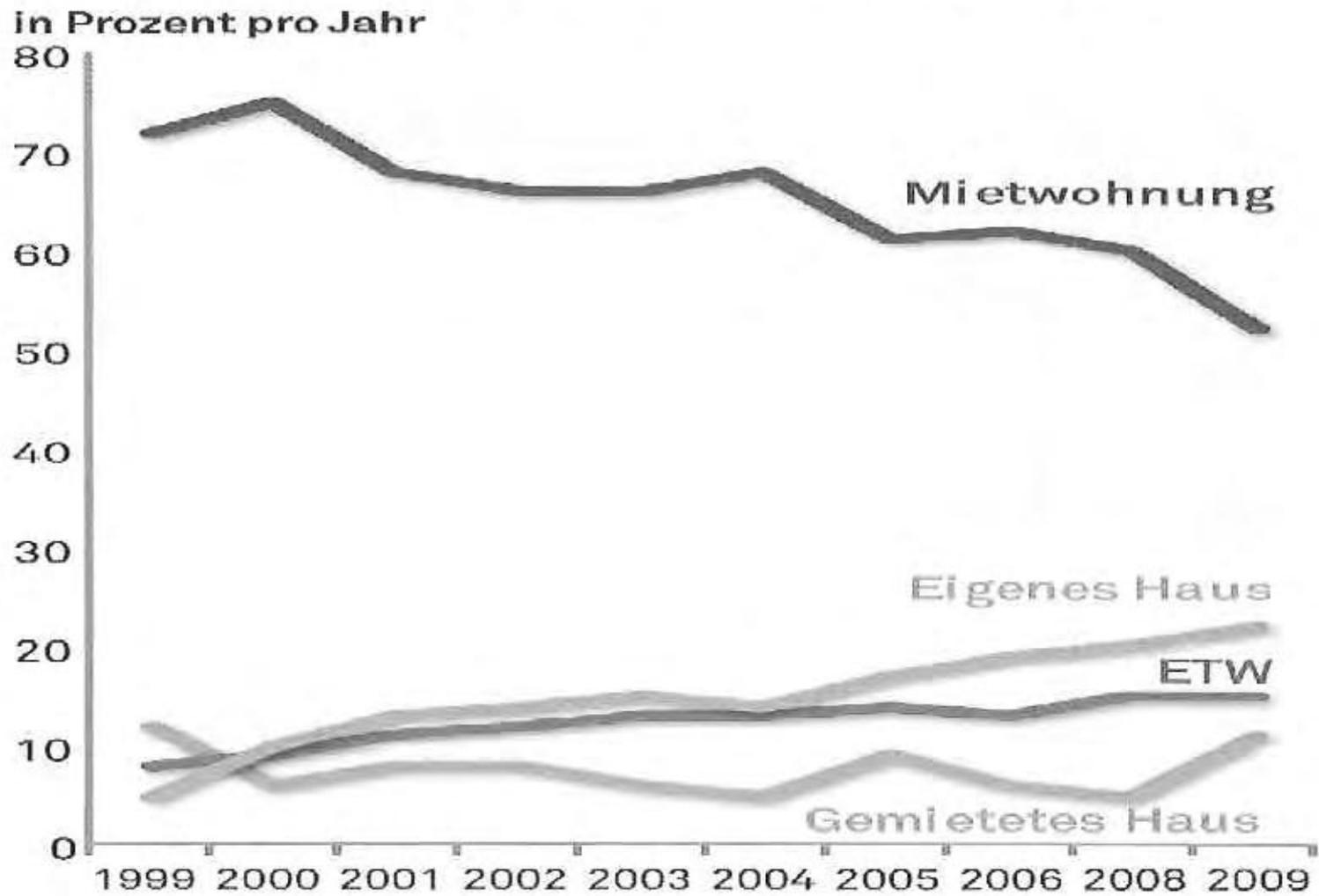
Milieupräsenzen in Hessen



Eigentum als Integrationsbarometer und Eigentümer als Quartiersretter?

- Eigentumsquoten von Migranten teils **rasant gestiegen**
- Quoten besonders hoch in **ländlichen Kreisen** (MIG: 31%; Eigentümer ohne MIG: 55%, MZ 2006)
- Mit Eigentumserwerb ist **längere Wohndauer und höhere Wohnzufriedenheit** verbunden (Blasius et al 2009)
- Weg aus **begrenzten Mietsegmenten** und **Diskriminierung**
- Eigentum als **Prozessbeschleuniger** der Standortwahl (Loslösung aus Heimatquartier)
- Aber: **Wenig empirisches Wissen** über kleinräumige Muster, Motive und Wirkungen

Eigentumsbildung Türkeistämmiger in NRW (ZfT 2009)



Handlungsfeld Wohnen

- Drastische Programmkürzung „Soziale Stadt“ und Konzentration auf bauliche Maßnahmen begrenzen integrative Ansätze
- Integration in Wohnbereich zukünftig weiter verzahnen mit anderen Disziplinen (Bildung als zentraler Motor)
- Kenntnisstand um räumliche Benachteiligung verbessern: Kleinräumiges Bildungsmonitoring hilfreich
- Milieus „auf dem Sprung“: Kleinräumige Qualitäten von Bedeutung
- Integration vor Ort? Durchlässigkeit nach innen und außen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Wohnen und Segregation von Migranten in Hessen

Dr. Norbert Gestring

Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“,
Wiesbaden, 25.02.2011

1. Versorgung mit Wohnraum
2. Segregation und Quartier
3. Stadt- und Wohnungspolitik

1. Versorgung mit Wohnraum

- (1) These: Die (wenigen) verfügbaren Daten sprechen für einen Prozess der Integration von Migranten im Bereich des Wohnens – allerdings gibt es nach wie vor Probleme der Unterversorgung.**

1. Versorgung mit Wohnraum

| | Deutsche | | | Nicht-Deutsche | | |
|---------------------------------------------------------|-------------------|-------|-------|----------------|-------|-------|
| | 1993 | 2006 | Entw. | 1993 | 2006 | Entw. |
| Wohnstatus | in Prozent | | | | | |
| Eigentümerhaushalte | 39,2 | 42,4 | 3,2 | 10,9 | 17,6 | 6,7 |
| Hauptmieterhaushalte | 58,9 | 56,0 | -2,9 | 80,7 | 79,9 | -0,8 |
| Untermiete | 1,3 | 1,6 | 0,3 | 5,0 | 2,5 | -2,5 |
| Wohnheim | 0,5 | | | 3,5 | | |
| Wohnfläche je Wohnung | in m ² | | | | | |
| Eigentümerhaushalte* | 111,2 | 118,0 | 6,8 | 107,2 | 109,5 | 2,3 |
| Hauptmieterhaushalte* | 68,0 | 71,0 | 3,0 | 66,0 | 66,9 | 0,9 |
| Mietkosten | in Prozent | | | | | |
| Anteil der Mietbelastung am Haushaltsnettoeinkommens | 19,0 | 22,8 | 3,8 | 21,0 | 24,2 | 3,2 |
| * Durchschnittswerte | | | | | | |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, <https://www-ec.statistik.de>, eig. Berechnungen

1. Versorgung mit Wohnraum

Wohnfläche und Eigentumsquote in Hessen, 2006

| | Haushalte | |
|---------------------------------------|-------------|------------|
| | ohne Mighd. | mit Mighd. |
| Wohnfläche pro Kopf in Familien in qm | 33,4 | 25,6 |
| Eigentumsquote in % | 49,6 | 22,4 |

Quelle: Hess. Min. der Justiz 2010: 78, 79

1. Versorgung mit Wohnraum

Wohnfläche, Eigentumsquote und Unterversorgung mit Wohnraum in Frankfurt a.M., 2006

| | Haushalte | |
|------------------------------|-----------|------------|
| | Deutsche | Nicht-Dte. |
| Wohnfläche pro Kopf in qm | 40,5 | 19,0 |
| Eigentumsquote in % | 19,0 | 8,0 |
| Unterversorgte Haushalte (1) | 16,0 | 33,0/50,0* |

* EU 15-/übrige Ausländer; Quelle: Lüken-Klaßen 2007,

(1) Unterversorgung nach den „Kölner Empfehlungen“: 1 Erw. – 37 qm, 1 Erw., 1 Kind- 51 qm, 2 Erw., 2 Kinder – 71 qm

1. Versorgung mit Wohnraum

(2) These: Der Prozess der Integration hängt in hohem Maße von der sozioökonomischen Lage der Migranten ab.

- Sozioökonomische Faktoren erklären auch Unterschiede zwischen Migrantengruppen.
- Migranten der zweiten Generation haben keine anderen Ansprüche an Wohnungen.

(3) These: Eine Integration im Sinne einer vollständigen Angleichung von Migranten an die nicht-migrantische Bevölkerung ist nicht zu erwarten.

- Migranten wohnen häufiger in Großstädten (höhere Kosten, niedrigere Eigentumsquoten).
- Ein Teil der Migranten plant nicht eine dauerhafte oder ausschließliche Niederlassung in Deutschland resp. Hessen.

1. Versorgung mit Wohnraum

Formen der Migration (in Anlehnung an Pries 2008)

| | Verhältnis zur Herkunfts- region | Verhältnis zur Ankunfts- region | Dauer | Beispiel |
|----------------------------------|-------------------------------------------------|------------------------------------------------|------------------------------|---------------------------------------------------|
| Emigrant / Immigrant | Rückbezug / Abschied | Integration / neue Heimat | unbefristet / langfristig | Europäische Auswanderer im 19./20. Jhd. |
| Rückkehrer/ Remigrant | Dauerbezug / Identität wahren | Differenz / Gastland | befristet / kurzfristig | Südeuropäische Arbeitsmigran- ten 1960/70er |
| Diaspora – Migrant | Dauerbezug als 'Gelobtes Land' | Differenz / Erleidensraum | befristet | Südafrikaner in Sambia bis 1994 |
| Transmigrant | ambivalent / Gemengelage | ambivalent / Gemengelage | unbestimmt / sequenziell | Polen in Berlin <i>und</i> Polen |

1. Versorgung mit Wohnraum

(4) These: Der Prozess der Integration wird beeinträchtigt durch Diskriminierung.

- Geringere Chancen bei der Wohnungssuche mit türkischem Namen
- „Ausländeraufschläge“
- Praxis der Quotierung durch Wohnungsbaugesellschaften

Mietkosten von Deutschen und Nicht-Deutschen 2006

| | Deutsche | Nicht-Deutsche |
|-----------------------------------|----------|----------------|
| | in EURO | |
| Bruttokaltmiete je Wohnung* | 408 | 423 |
| Bruttokaltmiete je m2 Wohnfläche* | 5,90 | 6,33 |

* Durchschnittswerte

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, <https://www-ec.statistik.de>

1. Versorgung mit Wohnraum

- (5) These: Der Prozess der Integration wird beeinträchtigt durch eine Verknappung des Angebots im Segment der preiswerten Mietwohnungen.**
- Abbau des sozialen Wohnungsbaus (in Frankfurt von ca. 70.000 auf ca. 30.000 Wohnungen) verschlechtert die unmittelbare Wohnversorgung und kann zur Konzentration von sozial Benachteiligten führen
 - Luxussanierung in innenstadtnahen Altbauquartieren (Gentrification)
 - Regionale Unterschiede innerhalb des Landes

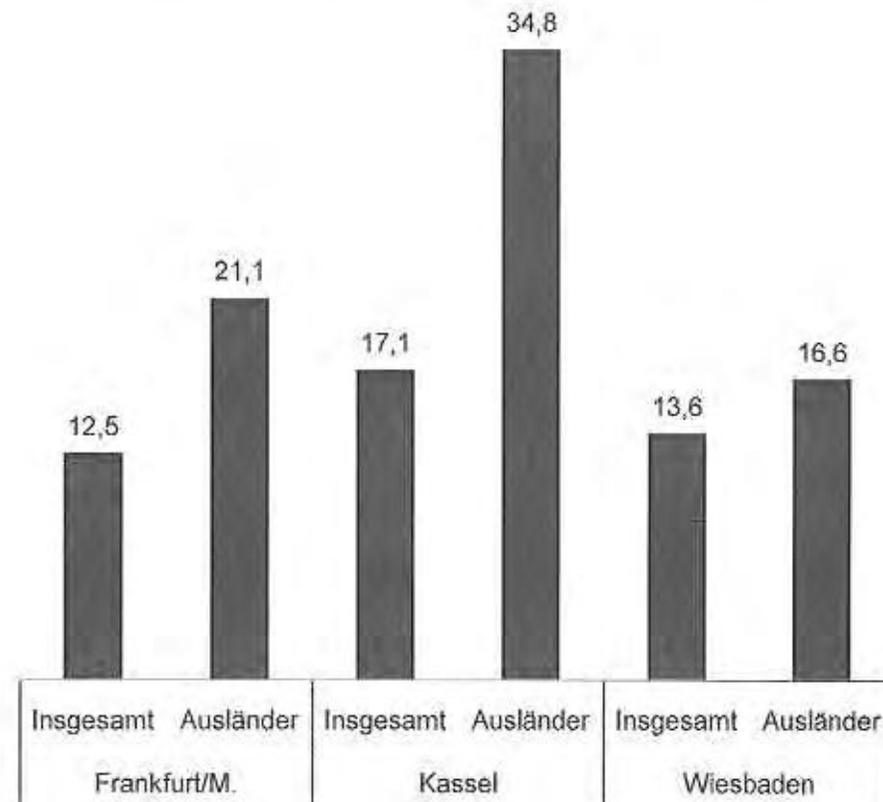
1. Versorgung mit Wohnraum

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung 2030 gegenüber 2008 in %



Quelle.: Hessisches Statistisches Landesamt 2010

SGB II-Quote 2008 (in %)



Quelle.: www.wegweiser-kommune.de

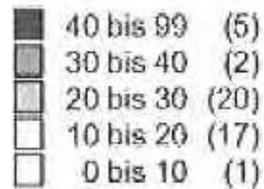
2. Segregation und Quartier

- (6) **These: Problematisch ist nicht die ethnische Segregation nach Herkunft, sondern die soziale Segregation nach sozio-ökonomischer Lage (benachteiligte Quartiere).**
- Die ethnische Segregation ist in deutschen Städten im europäischen Vergleich niedrig, und sie ist gesunken.
 - Es gibt eine starke Überlagerung von sozialer und ethnischer Segregation
- (7) **These: Die Stigmatisierung von Quartieren mit hohen Migrantenanteilen („Parallelgesellschaft“) erschwert die Integration ihrer Bewohner.**
- Symbolische Überhöhung und dadurch Verstärkung sozialer Ausgrenzung

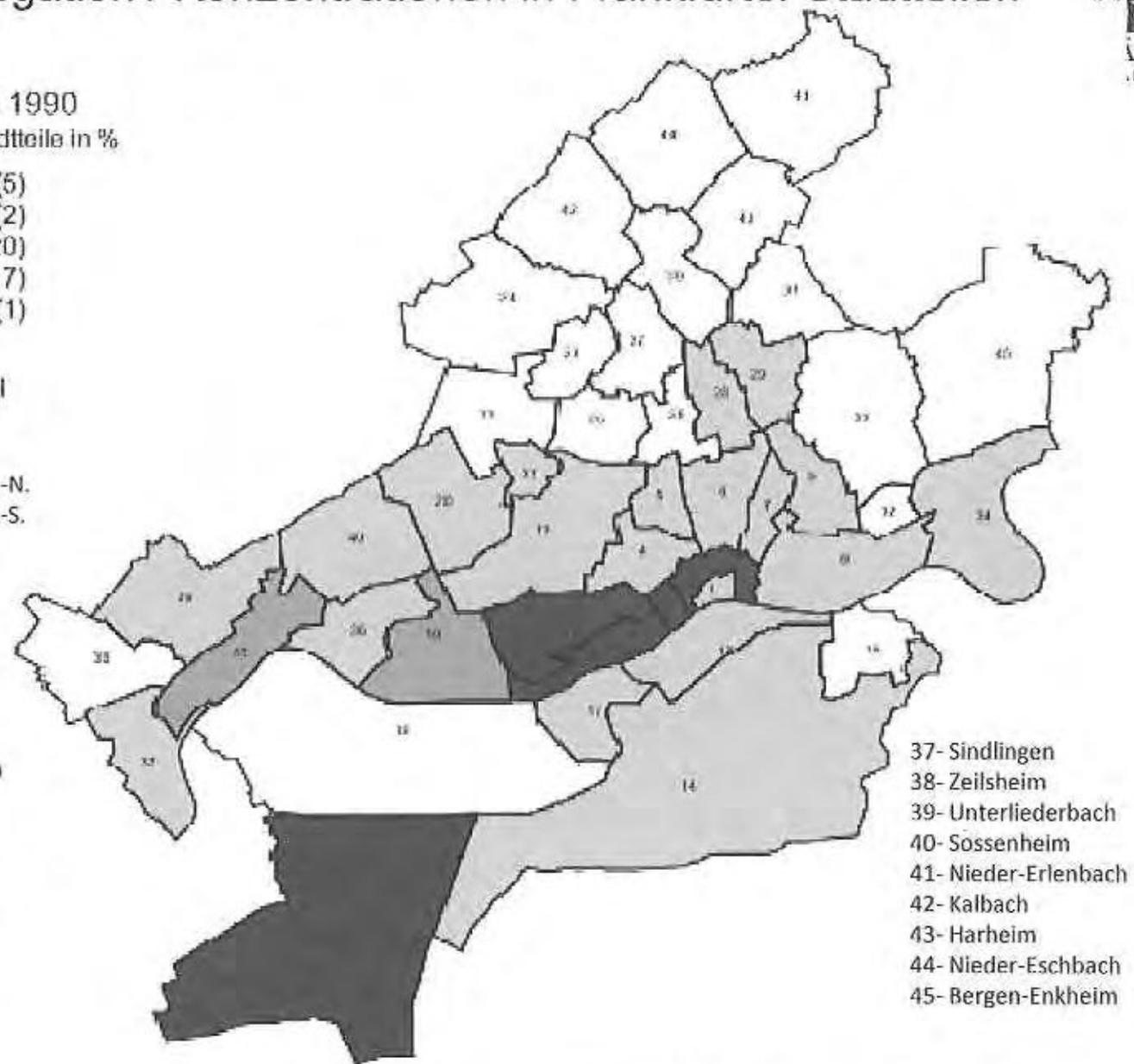
Ethnische Segregation / Konzentrationen in Frankfurter Stadtteilen



Frankfurt am Main 1990
Ausländeranteile der Stadtteile in %



- | | |
|--------------------|----------------------|
| 1- Altstadt | 10- Gutleutviertel |
| 2- Innenstadt | 11- Gallusviertel |
| 3- Bahnhofsviertel | 12- Bockenheim |
| 4- Westend-Süd | 13- Sachsenhausen-N. |
| 5- Westend-Nord | 14- Sachsenhausen-S. |
| 6- Nordend-West | 15- Flughafen |
| 7- Nordend-Ost | 16- Oberrad |
| 8- Ostend | 17- Niederrad |
| 9- Bornheim | 18- Schwanheim |
| 19- Griesheim | 28- Eckenheim |
| 20- Rödelheim | 29- Preungesheim |
| 21- Hausen | 30- Bonames |
| 22- Praunheim | 31- Berkersheim |
| 23- Heddernheim | 32- Riederwald |
| 24- Niederursel | 33- Seckbach |
| 25- Ginnheim | 34- Fechenheim |
| 26- Dornbusch | 35- Höchst |
| 27- Eschersheim | 36- Nied |

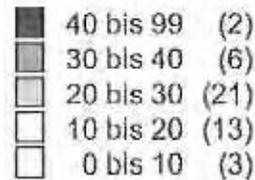


Quelle: Friedrichs/Triemer 2009

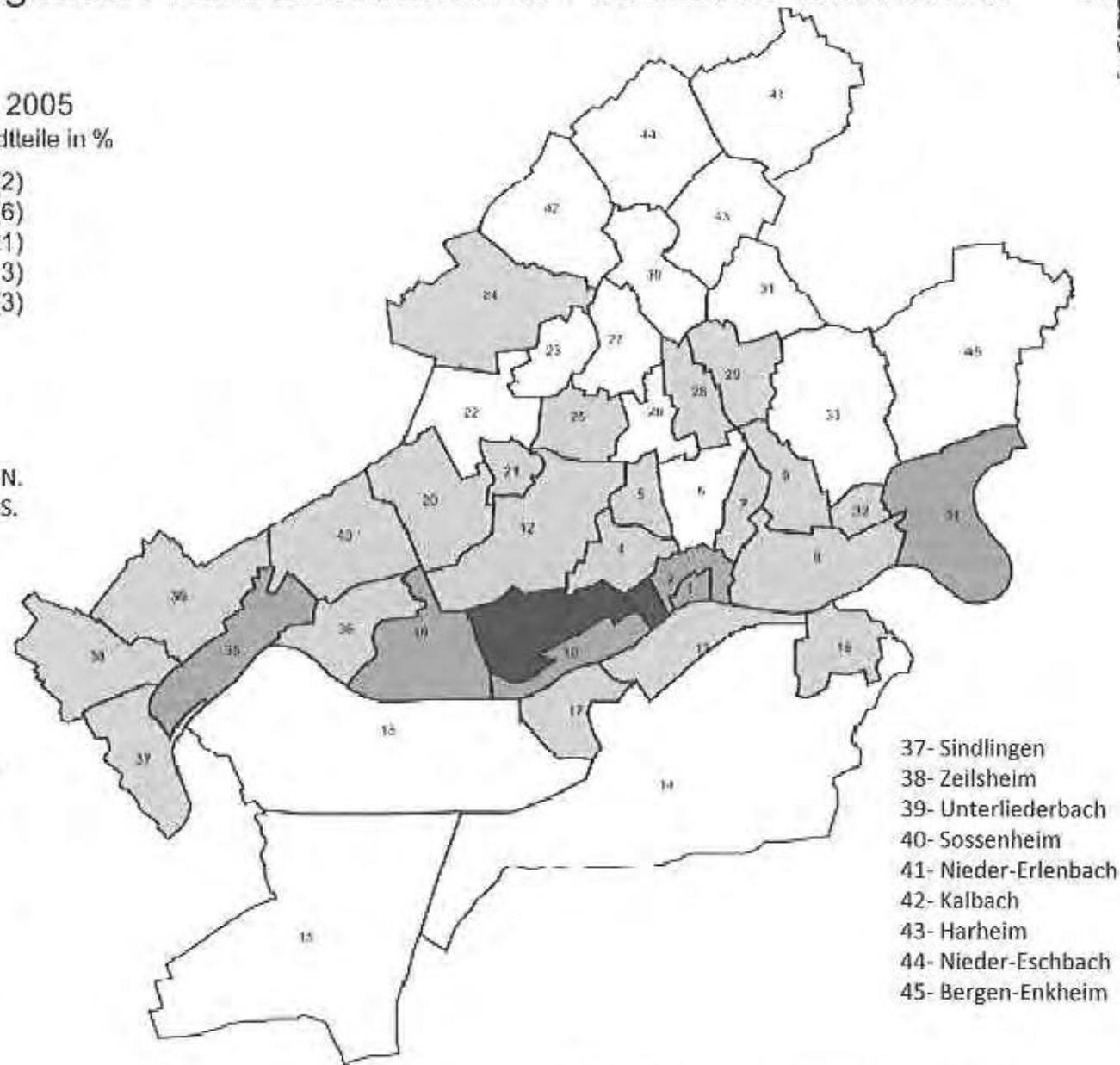
Ethnische Segregation / Konzentrationen in Frankfurter Stadtteilen



Frankfurt am Main 2005
Ausländeranteile der Stadtteile in %



- | | |
|--------------------|----------------------|
| 1- Altstadt | 10- Gutleutviertel |
| 2- Innenstadt | 11- Gallusviertel |
| 3- Bahnhofsviertel | 12- Bockenheim |
| 4- Westend-Süd | 13- Sachsenhausen-N. |
| 5- Westend-Nord | 14- Sachsenhausen-S. |
| 6- Nordend-West | 15- Flughafen |
| 7- Nordend-Ost | 16- Oberrad |
| 8- Ostend | 17- Niederrad |
| 9- Bornheim | 18- Schwanheim |
| 19- Griesheim | 28- Eckenheim |
| 20- Rödelheim | 29- Preungesheim |
| 21- Hausen | 30- Bonames |
| 22- Praunheim | 31- Berkersheim |
| 23- Heddernheim | 32- Riederwald |
| 24- Niederursel | 33- Seckbach |
| 25- Ginnheim | 34- Fechenheim |
| 26- Dornbusch | 35- Höchst |
| 27- Eschersheim | 36- Nied |



Quelle: Friedrichs/Triemer 2009

3. Stadt- und Wohnungspolitik

- (8) These: Eine integrative Stadt- und Wohnungspolitik kann benachteiligte Quartiere nicht sich selbst überlassen.**
- Soziale Stadt (Quartiersmanagement, Konfliktvermittlung etc.) – eine Daueraufgabe.
- (9) These: Eine integrative Stadt- und Wohnungspolitik kann sich nicht auf die benachteiligten Quartiere konzentrieren, sondern zielt auf die ganze Stadt.**
- Sozialen Wohnungsbau und Gestaltungschancen kommunaler Wohnungsunternehmen nutzen.
 - Sanierung nach den Prinzipien der ‚behutsamen Stadterneuerung‘.
 - Bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen

- Friedrich, Lena 2008: Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Integrationsreport Teil 4 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Friedrichs, Jürgen 2008: Ethnische Segregation. In: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. Wiesbaden, 380-411
- Friedrichs, Jürgen & Triemer 2009: Gespaltene Städte. Wiesbaden: VS Verlag
- Gestring, Norbert 2011: Wohnen und Sozialraum. In: Fischer, Veronika & Monika Springer-Geldmacher (Hg.): Handbuch Migration und Familie. Grundlagen für die sozialpädagogische Arbeit mit Familien. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 127-139
- Gestring, Norbert, Andrea Janßen & Ayça Polat 2006: Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2010: Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor. Wiesbaden
- Hessisches Statistisches Landesamt 2010: Hessen 2060. Wiesbaden
- Jacobs, Herbert et al. 2002: Frankfurter Sozialbericht. Teil V.: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten Problemlagen. Stadt Frankfurt am Main
- Lüken-Klaßen 2007: Kommunale Wohnpolitik zur Integration von Migranten in Frankfurt am Main. Bamberg: efms
- Pries, Ludger 2008: Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- van Kempen, Ronald 2005: Segregation and Housing Conditions of Immigrants in Western Europe Cities. In: Kazepov, Yuri (Hg.): Cities of Europe. Oxford, 190-209

Wohnen und Segregation von Migranten in Hessen

Dr. Norbert Gestring

Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“,
Wiesbaden, 25.02.2011

Wohnungsversorgung von Haushalten mit Migrationshintergrund in Hessen

- Wohnen und Integration
- Wohnungsversorgung von Haushalten mit Migrationshintergrund
- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
- Schlussfolgerungen

Wohnen und Integration

- Wohnsituation als Gradmesser für Wohlstand bzw. Indikator für soziale Ungleichheiten
- Zugang zur Wohnungsversorgung als Ausdruck von Chancengleichheit
- Differenzierte Wohnungsteilmärkte und selektive Vergabepraktiken als (eine) Ursache der Segregation

Wohnen und Integration

- Wie unterscheiden sich die Wohnsituationen von Haushalten mit Migrationshintergrund und denen ohne?
- Gibt es migrationsspezifische Diskriminierungen bzw. Benachteiligungen bei der Vergabe von Wohnungen?
- Wie wirken sich die aktuellen Tendenzen der Stadtentwicklung auf die Segregationsdynamik aus?

Wohnungsversorgung

Haushalte mit Migrationshintergrund:

- mehr Kinder und Jugendliche (30 Prozent)
- größerer Anteil von Familien (69 Prozent)
- weniger Erwerbstätige (87 Prozent)
- geringere Einkommen (48 Prozent unter 900 €)

Wohnungsversorgung

Haushalte mit Migrationshintergrund:

- größerer Anteil von Miethaushalten (72 Prozent)
- höherer Anteil in größeren Wohnanlagen
- geringerer Wohnflächenverbrauch
- geringere Wohndauer
- höhere Mietkosten
- höhere Heizkosten

Diskriminierung und Benachteiligung

Haushalte mit Migrationshintergrund:

- Angewiesenheit auf familiengerechte und preiswerte Wohnungen
- Konkurrenz mit anderen Nachfragergruppen (mit beschränkten Budgets) um diese Wohnungen
- Benachteiligung von Bewerber/innen mit 'ausländisch klingenden Namen' bei der Wohnungsvergabe

Schlussfolgerungen

Haushalte mit Migrationshintergrund:

- Ausbau und räumliche Integration von Wohnungssegmenten mit preiswerten und familiengerechten Wohnungen
- Konsequente Umsetzung, Kontrolle und Sanktion der Antidiskriminierungsgesetzgebung
- Gezielter Protagonismus für benachteiligte Haushalte durch die öffentlichen Wohnungsunternehmen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

andrej.holm@uni-oldenburg.de